Dienstag, 18. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 219 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Handelsgespräche: Auf sowjetischen Wunsch ist die für nächste *Woche in Bonn* vorgesehene Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission verschoben worden. Als Grund gab Moskau den Tod des sowjetischen *Kommissionsvorsitzenden* Kostandow an. Mit der Ernennung eines Nachfolgers und einem Vorschlag für einen neuen Termin sei in Kürze zu rechnen.

Ausländer: Die Zahl ausländischer Schüler in der Bundesrepublik geht zurück. Im Schuljahr 1983/84 waren 720 000 oder neun Prozent der Schüler Nicht-Deutsche. Das sind 11 000 oder 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Eichmann-Jäger: Jehuda Arbel, Chef des israelischen Verfol*gerteams, das den ehemaligen* SS-Offizier Adolf Eichmann 1960 aus Argentinien nach Israel entführte, starb 63jährig. Er war bis kurz vor seinem Tod Geheimdienstagent.

Extremismus: Unter den Jugendlichen von 16 bis 25 Jahren sind in der Bundesrepublik nach einer Allensbach-Studie 13,1 Prozent (rund 1,7 Millionen) als aktive Extremisten einzustufen. (S. 10)

Neues Thema: Nach Nachrüstung und Arbeitszeitverkürzung will die *SPD* die Umweltproblematik zu ihrem neuen zentralen politischen Thema machen. (S. 4)

Treibminen: Die internationale Armada von Kriegsschiffen, die im Golf von Suez und im Roten Meer seit Wochen nach Minen sucht, ist erstmals fündig geworden. Französische Schiffe entdeckten und sprengten eine Mine sowjetischer Bauart, die vermutlich aus dem Yom-Kippur-Krieg stammt. Das US-Kontingent gab inzwischen seine Suche auf.

Ägypten: Als nicht haltbar bezeichnete der Staatsminister im Außenministerium, Ghali, Forderungen nach einem Einfrieren des Friedensvertrags mit Israel. Der Vertrag sei nicht der Grund für die zahlreichen inner-arabischen Konflikte, und eine Abkehr würde diese Konflikte nicht lösen.

Angola: In Südafrika verstärkt *sich der Verdacht, daß jetzt auch* Nordkoreaner an der Seite der Regierungstruppen gegen die prowestliche Befreiungsbewegung Unita kämpfen. Die Unita hatte in jüngster Zeit erstmals Niederlagen hinnehmen müssen. (S. 6)

US-Wahlen: Präsident Reagan liegt in der Gunst der Wähler 18 Prozentpunkte vor seinem demokratischen Rivalen Mondale, ergab die jüngste Gallup-Umfrage.

Heute: Sitzung der deutsch-bulgarischen Wirtschaftskommission in Bonn. – Großbritanniens Außenminister Howe besucht die Bundesrepublik.

ZITAT DES TAGES



»Andreottis Äußerungen sind ein Schlag ins Gesicht eines befreundeten Volkes und zudem politisch abwegig«

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Hausse hält an: *In hektischem* Geschäft kletterte der Dollar gestern in Frankfurt auf einen Mittelkurs von 3,0621 nach 3,0263 am Freitag. Commerzbankchef Seipp rechnet mit anhaltender Stärke, jedoch nicht mit weiteren spekulativen Kursausschlägen.

Kapitalmarkt: Die Rendite der Bundesobligationen wird heute erneut gesenkt (um 0,10 Prozent). Der Verkaufskurs der 7,5prozentigen Obligationen der Serie 49 von 1984 wurde von 100,40 auf 100,80 heraufgesetzt. Das ergibt eine Rendite von 7,30 Prozent.

Italien: Knapp 650 000 Milliarden Lire (1083 Milliarden DM) wird die Staatsschuld 1985 erreichen. Das entspricht 95,5 Prozent des erwarteten Bruttosozialproduktes.

Fernwärme: Kostensteigerungen bis 25 Prozent kommen nach Angaben der kommunalen Versorger in den nächsten Jahren auf den Verbraucher zu. Grund: die gesetzlichen Auflagen zur Reinhaltung der Luft. (S. 11)

Börse: Die Börsenwoche begann mit einer Atempause, wobei die Kurse aber stabil blieben. Der Rentenmarkt war etwas leichter. *WELT-Aktienindex 150,0 (150,2).* Dollarmittelkurs 3,0621 (3,0263) Mark. Goldpreis pro Feinunze 335,25 (339,40) Dollar.

KULTUR

Oper: Furioser Start der neuen Männer an der Hamburger Staatsoper: Intendant Kurt Horres und *Generalmusikdirektor* Hans Zender produzierten einen „Boris Godunow", der ein Gemisch von ekstatischem Beifall und wütendem Protest erzeugte. (S. 19)

ARD-Wettbewerb: Der erste Preis für Gesang beim Internationalen Musikwettbewerb der ARD ging an Maria Russo (USA), der zweite an Mariana Slawowa (Bulgarien). Bei den Sängern gab es keinen ersten Preis, den zweiten erhielt André Howard (Südafrika).

SPORT

Fußball: Nationalspieler Hans-Peter Briegel war der Star am ersten Spieltag der italienischen Meisterschaft. Mit seinem neue Klub Verona gewann er gegen Neapel 3:1.

Eishockey: Kanada gewann das erste Endspiel in Calgary um den Canada-Cup gegen Schweden mit 5:2. Die Kanadier benötigen heute in Edmonton noch einen zweiten Sieg zum Titelgewinn. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Unfallstatistik: Die Zahl der deutschen Verkehrstoten sank im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,5 Prozent auf 4792. Verkehrsexperten erwarten, daß sich dieser positive Trend im zweiten Halbjahr durch die jetzt gültige Anschnallpflicht noch verstärkt.

Scheinehen: Die simple Prozedur der Eheschließung in London nutzt ein internationales Betrügersyndikat aus, um Asylanten in der Bundesrepublik zu deutschen Pässen zu verhelfen. (S. 20)

Wetter: Überwiegend bewölkt, zeitweise Regen. 15 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bundesbank ist optimistisch: Die Preise bleiben stabil

Pöhl: Folgen der Arbeitskämpfe werden aufgeholt / Export stützt Konjunktur

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland bietet ein insgesamt erfreuliches Bild und zeigt aufsteigende Tendenz, Anzeichen für eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sind nicht zu erkennen. Diese Auffassung vertritt Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl. Die *neuesten statistischen Daten ließen* eine eher noch zuversichtlichere Einschätzung der Wirtschaftslage zu, als er sie vor gut zwei Wochen gegeben habe, sagte der Bundesbank-Chef in einem Gespräch *mit* Wirtschaftsjournalisten.

Es sehe so aus, als würden die gravierenden Streik-Folgen zu einem erheblichen Teil wieder aufgeholt. Allerdings dürfte das Wirtschaftswachstum wegen der Streiks geringer ausfallen als ursprünglich erwartet. Sehr enttäuschend sei weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit, bei der sich, wie Pöhl vermutet, auch die Streiks un*günstig ausgewirkt hätten.*

Als erfreulich bezeichnete es der Bundesbankpräsident, daß trotz des sehr hohen Dollarkurses die Preisstabilität in der Bundesrepublik *Deutschland nicht gefährdet ist.* Die Inflationsrate bewegt sich, nach amerikanischer Methode für die letzten sechs Monate auf Jahresrate hochgerechnet, bei lediglich etwas über einem Prozent. Selbst die Bundesbank habe mit einer derart günstigen Entwicklung ursprünglich nicht gerechnet. Dies sei im wesentlichen der Kostendisziplin im Inland und dem Rückgang der Rohstoffpreise zu verdanken. Es sei jedoch ungewiß, ob diese beiden wichtigen Kostenfaktoren auch im nächsten Jahr so stabil bleiben.

Zu der günstigen Konjunkturentwicklung trage nicht zuletzt der vom hohen Dollarkurs geförderte Export bei. Dieser „warme Regen" dürfe die Unternehmen aber nicht dazu verleiten, nur wegen des Wechselkurses langfristige Investitionen zu planen, warnte Pöhl unter Hinweis auf zahlreiche Fehlinvestitionen, die in den 60er Jahren auf der Basis eines zu niedrigen Wechselkurses der DM vorgenommen wurden.

SEITE 11:
Querelen

Der Frankfurter Notenbankchef machte deutlich, daß ihm ein niedrigerer Dollarkurs lieber wäre. Allerdings habe es keinen Sinn, wenn sich die Bundesbank – allein oder in konzertierter Aktion mit anderen Zentralbanken – mit Interventionen dem Markttrend entgegenstemme. Mit dem Hinweis, daß die Bundesbank nur Dollars am Devisenmarkt verkaufe, die ihr vor allem aus Zinseinnahmen für die in Dollar angelegten Währungsreserven zufließen, trat Pöhl der Meinung entgegen, die Bundesbank unternehme doch Interventionsversuche. Die Bundesbank nutze *lediglich hohe* Dollarkurse verstärkt, um einen guten Verkaufserlös zu bekommen.

An dem Spiel einer Wechselkurs- oder Zinsprognose will sich der Bundesbankpräsident nicht beteiligen. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß der Dollarkurs zu hoch sei. Das sei nur möglich, weil es den USA vor allem mit kurzfristigen Kapitalzuflüssen gelinge, das *Leistungsbilanzdefizit* „überzufinanzieren". Pöhl nannte es „ungewöhnlich", daß offizielle US-Delegationen in Europa für amerikanische Regierungsanleihen werben.

In dem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA, das sich in diesem Jahr auf 80 Milliarden Dollar verdoppelt hat und das für 1985 auf 120 Milliar*den prognostiziert wird, sieht der* Bundesbankchef ein erhebliches Risiko für die Finanzmärkte. Dennoch hofft er auf eine „weiche Landung" auch der Konjunktur.

DER KOMMENTAR

Fernwirkung

CLAUS DERTINGER

Die *Bundesrepublik* Deutschland ist zwar wirtschaftlich und politisch keine Insel der Seligen. Doch steht sie im internationalen Vergleich sehr ordentlich da. Die Wirtschaft wächst nach dem Arbeitskampf wieder in moderatem Tempo. Die Inflationsrate ist so niedrig wie in keinem anderen *Land* der Welt und so niedrig wie bei uns seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Gleichzeitig sinken die Zinsen, was in einer konjunkturellen Auf*schwungsphase – auch wenn* starker Schwung fehlt – äußerst ungewöhnlich ist. Die Leistungsbilanz zeigt einen Überschuß. Drei Ziele des magischen Vierecks, welches das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz beschreibt, sind also erreicht. Nur bei der Vollbeschäftigung hapert es noch, und zwar voraussichtlich auch noch recht lange.

Das darf aber kein Grund sein, die anderen Erfolge für gering zu erachten und nun ständig *nach neuen politischen* Aktivitäten zu rufen. Die Gewerkschaften, die sich als Anwälte der Arbeitnehmer ausgeben, sollten besser die Kritik zur *Kenntnis nehmen, daß sie mit* Arbeitskämpfen nicht neue Arbeitsplätze schaffen, sondern bestehende vernichten. Das hat ihnen der Bundesbankpräsi*dent jetzt in diplomatischer* Verkleidung ins Stammbuch geschrieben.

Es gibt vielerlei Möglichkeiten, die bisherigen wirtschaftspolitischen Erfolge wieder aufs Spiel zu setzen. Eine Variante davon sind die innenpolitischen Querelen. Wenn im parteipolitischen Streit um die Absage des Honnecker-Besuchs oder um die Äußerungen Andreottis die Fetzen fliegen, wird manches politische Vertrauenspotential zerschlagen. Wer dies im Ausland verfolgt, muß den Eindruck bekommen, als seien die Deutschen politisch nicht mehr ganz beieinander.

Man muß sich dann nicht wundern, wenn derartige Querelen nicht nur als politische Unreife angesehen werden, sondern auch ökonomi*sche Reaktionen hervorrufen* können – zum Beispiel, wenn ausländische Anleger abgeschreckt würden, Kapital in der Bundesrepublik anzulegen. Das schlüge *indirekt auf die* deutschen Zinsen durch und damit auch auf die Wirtschaft sowie auf jeden Privatmann, der Zinsen zahlen muß. Aber so weit *denken wohl jene nicht, die mit* ihren Kampagnen alles in den Schmutz zu ziehen versuchen, was in der letzten Zeit geleistet wurde.

Kohl: Fall Andreotti nicht vom Tisch

Britischer Außenminister stützt öffentlich die deutsche Position / SED zitiert Ehmke

DW. **Bonn**

Die Verstimmung zwischen Bonn und Rom wegen der Äußerungen von Außenminister Andreotti zur deutschen Frage ist trotz der persönlichen Botschaft des italienischen Regierungschefs Craxi an Bundeskanzler Kohl nicht überwunden. Der Kanzler besteht darauf, daß der von Andreotti erhobene Pan-Germanismus-Vorwurf zurückgenommen wird. „Diese Sache muß vom Tisch", zitierte Regierungssprecher Boenisch Kohl.

Der Kanzler bestätigte in der „Bild"-Zeitung, daß er auf ein weiteres Wort aus Rom wartet. „Besonders verärgert bin ich darüber, daß ein italienischer Christdemokrat unsere Friedens- und Verständigungspolitik als Pan-Germanismus verteufelt hat." *Auf die Zusammenarbeit in der euro*päischen Union der Christdemokraten – hier ist Andreotti der Vorsitzende – „können seine Äußerungen nicht ohne Auswirkungen bleiben".

In Bonn wurde gestern mit Befremden registriert, daß sich der Chef der italienischen Christlichen Demokraten, Ciriaco De Mita, in vorsichtiger Form hinter seinen Parteifreund Andreotti gestellt hat. De Mita gab zu erkennen, daß er zwar den Zeitpunkt der Äußerung Andreottis für unglücklich hält, im Kern aber die Einschätzung durch den Außenminister teilt. Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei heute nicht aktuell praktikabel, ohne einen Krieg auszulösen. Und: „Die Wiedervereinigung *kann ein Ziel sein, aber man muß* sagen, daß damit die Gleichgewichte in der Welt substantiell verändert würden."

SEITE 3:
Das Verdikt
SEITE 10:
Innenpolitischer Streit

Andreotti selber forderte mit einer in Saudi-Arabien abgegebenen Erklärung Widerspruch in Bonn heraus. Äußerungen der Art, wie er sie in der vergangenen Woche auf einem Fest der KPI gemacht habe, habe er früher mehrfach bei internationalen Treffen vertreten, bei denen auch Bundesaußenminister Genscher anwesend gewesen sei. Man habe ihm dabei nie widersprochen. Aus Agenturberichten ging hervor, daß Andreotti das EG-Ministertreffen von Dublin meinte. Genscher bestritt die Version seines italienischen Kollegen. Ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes sagte der WELT, „auch nicht andeutungsweise" seien solche Bemerkungen gefallen. Generell beharrte Andreotti auf seinem Standpunkt: „Mir scheint, daß ich einen Sturm im Wasserglas ausgelöst habe. Europa hat bereits zu viele Probleme, als das man die Frage der Revision der Grenzen aufs Tapet bringen kann."

● **Fortsetzung Seite 10**

Reagan spricht mit Gromyko über Nicaragua

DW. **Washington**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird bei seiner Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am 28. September im Weißen Haus in Washington die Frage sowjetischer Waffenlieferungen an Nicaragua zur Sprache bringen. Wie der stellvertretende amerikanische Außenminister Richard Burt in Washington erklärte, würden die Rolle der UdSSR in *Mittelamerika* und *insbesondere* „das Problem der sowjetischen Militärunterstützung für Nicaragua" erörtert werden.

Burt reagierte damit auf die Erklärung des sandinistischen Verteidigungsministers Humberto Ortega, Nicaragua wolle sich um den Erwerb sowjetischer „MiG-21"-Abfangjäger für seinen neuen Militärflughafen be*mühen. Vizepräsident George* Bush warnte, die „Einführung dieser hochmodernen Maschinen in ein marxistisch-leninistisches Land würde eine destabilisierende Wirkung haben" und ein in der Region „beispielloses" Ereignis darstellen.

Ortega hatte angekündigt, Nicaragua werde seinen Flughafen bis Ende dieses Jahres oder bis Anfang 1985 fertigstellen und bis dahin mehrere Dutzend Piloten ausgebildet haben. Moskau hätte sich noch nicht entschieden, ob es die gewünschten Flugzeuge liefern würde. Der Verteidigungsminister zeigte sich aber zuversichtlich, daß er trotz der Warnungen der USA die MiG-21-Jäger entweder von der Sowjetunion oder von einem anderen Land wie etwa Frankreich beziehen könnte.

Israel wertet Schekel ab. Etat wird gekürzt.

DW. **Tel Aviv**

Israels neugebildete große Koalitionsregierung aus Arbeiter-Partei und Likud-Block hat gestern die Landeswährung Schekel um neun Prozent im Verhältnis zum US-Dollar abgewertet. Außerdem wurden die Benzinpreise erhöht. Die Maßnahme ist Teil eines Sofortprogramms zur Überwindung der israelischen Wirtschaftskrise. Am Vortag hatte das Kabinett beschlossen, die bisher auf umgerechnet *23 Milliarden Dollar* (69 Milliarden Mark) veranschlagten Staatsausgaben im Haushaltsjahr 1984/85 um umgerechnet eine Milliarde Dollar zu kürzen.

In der vom staatlichen Rundfunk verbreiteten Erklärung des Finanzministeriums hieß es, die neue Parität werde 397 Schekel zu einem US-Dollar betragen. Ein Sprecher Peres' be*stätigte, daß der Beschluß über die* Abwertung „besonders durch die Tatsache ausgelöst wurde, daß die Bevölkerung allein am vergangenen Freitag rund 65 Millionen US-Dollar den Banken abgekauft" und damit die „ohnehin kritische Devisenlage verschärft hatte".

Aus Regierungskreisen hieß es, daß die neubeschlossenen Schritte sowohl bei Ministern der Arbeiter-Partei als auch bei Ressortchefs des Likud-Blocks auf Widerstand gestoßen seien. Dabei seien die Bedenken offenbar der gleichen Art, wie sie bereits zu Zeiten des bislang allein regierenden Likud-Blocks unter dem jetzigen stellvertretenden Regierungschef und Außenminister Yitzhak Shamir vorgetragen worden seien.

Paris: Rückzug aus Tschad am 25. September

DW. **Paris**

Frankreich und Libyen haben sich auf einen Rückzug ihrer Truppen aus Tschad geeinigt. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums in Paris gab bekannt, der Rückzug solle am 25. September beginnen. Die Einigung über das Rückzugsabkommen sei vor kurzem während eines Aufenthalts des französischen Außenministers Claude Cheysson in Tripolis zustandegekommen. Dieser Besuch, dessen Datum nicht genannt wurde, sei auf Einladung des libyschen Außenministers Abdessalam Triki erfolgt. Cheysson habe auch mit dem libyschen Revolutionsführer Muammar el Khadhafi Gespräche geführt. Dabei sei *der Wunsch* beider Länder zur Verbesserung der Beziehungen und der Zusammenarbeit deutlich geworden. Dazu sollen noch bestehende Hindernisse beseitigt werden.

Seite 5: Tripolis und Paris

Frankfurter Grüne unter Verdacht der Sabotage

DW. **Frankfurt**

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt gegen Stadtverordnete der Grünen wegen des Verdachts der Sabotage. Die Grünen und Vertreter von „Friedensinitiativen" hatten am vergangenen Sonntag sieben Sprengschächte der verkehrsreichen Frankfurter Friedensbrücke zugemauert. Die Schächte sollen im Verteidigungsfall zur Sprengung von Brükken dienen, um den Vormarsch gegnerischer Truppen zu erschweren.

Die Staatsanwaltschaft sieht nach Mitteilung eines Sprechers nicht nur eine Sachbeschädigung; sie hat, gestützt auf Paragraph 109 e des Strafgesetzbuchs, gegen 14 Beteiligte ein *Ermittlungsverfahren* wegen „Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln" eingeleitet. Das Delikt kann mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren geahndet werden.

Seite 2: Die Weg-Bereiter

Paris verspricht Amman Lieferung von Waffen

DW. **Amman**

Frankreich will nach den Worten seines Verteidigungsministers Charles Hernu Waffen an Jordanien liefern. Hernu sagte nach einem zweitägigen Jordanien-Besuch in Amman, beide Länder wollten auch die bereits bestehende Zusammenarbeit bei der militärischen Ausbildung verstärken. Der französische Verteidigungsminister machte keine Angaben darüber, ob Jordaniens König Hussein Kampfflugzeuge oder Raketen wolle.

Damit setzt sich Paris über amerikanische Bedenken an Waffenlieferungen in das nahöstliche Krisengebiet hinweg. Noch im März hatten es die USA abgelehnt, Flugabwehrraketen des Typs Stinger an Jordanien zu liefern. Ein ursprünglich vorgelegtes Verkaufsangebot war – offensichtlich nach israelischer Intervention – wieder zurückgezogen worden.

Ein Tempolimit findet keine Mehrheit

Koalition weitgehend einig über Einführung abgasarmer Autos auf freiwilliger Basis

MANFRED SCHELL, **Bonn**

In der Bonner Koalition sind die Diskussionen über Einzelheiten bei der Einführung des schadstoffarmen Autos viel weiter gediehen, als dies aus öffentlichen Erklärungen des einen oder anderen Politikers geschlossen werden kann. Im Bundeskanzleramt hieß es, das Projekt könne bei dem heute angesetzten Koalitionsgespräch bei Bundeskanzler Kohl unter Dach und Fach gebracht werden. Die Entscheidung des Kabinetts ist dann für Mittwoch vorgesehen.

Nach den vorliegenden Informationen soll es dabei bleiben, die abgasarmen Autos ab 1. Januar 1986 auf „freiwilliger Basis", gefördert durch Steuererleichterungen, einzuführen. Für alle Katalysatoren-Autos soll es nach diesem Konzept eine Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer über einen Zeitraum von zehn Jahren geben. Die Käufer kleinerer Automobile sollen die letzten fünf Jahre der Steuerbefreiung schon vorab als „Rückvergütung" auf die Hand bekommen. Auf diesen Kaufanreiz legt vor allem Bundesinnenminister Zimmermann Wert. Damit sollen die *Mehrkosten* für einen Katalysator, die bei diesen Modellen mit bis zu 1500 Mark veranschlagt werden, erstattet werden. Die Käufer größerer Fahrzeuge sollen diese *Rückvergütung nicht erhalten*, weil sie durch die höhere Steuerersparnis die Mehrkosten binnen weniger Jahre wieder hereinbekommen.

Die ursprünglich intern ventilierte Idee, die Käufer kleinerer Autos durch eine Steuervergütung zum freiwilligen Erwerb eines abgasarmen Fahrzeugs zu bewegen, die Käufer größerer Automobile jedoch gesetzlich dazu zu zwingen, ist hinfällig geworden. Auch hier war an ein „Splitting" an der Grenze der Zwei-Liter-Wagen gedacht worden. In Regierungskreisen hieß es dazu, dieses Vorhaben sei aus rechtlichen Gründen nicht zu realisieren gewesen.

Inzwischen sind wiederum Forderungen nach Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Autobahnen laut geworden. Der SPD-Politiker Hauff *und der FDP-Abgeordnete Hirsch* haben diese Thematik aufgeworfen. Die Erklärung von Hirsch wurde wiederum von anderen FDP-Politikern als „rein persönlich" bezeichnet; sie fin*de in der FDP keine Mehrheit.*

Bundesverkehrsminister Dollinger wandte sich gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen und gegen Autobahngebühren. Das Thema Autobahngebühren werde zu einer „immer schlimmeren Sache", sagte Dollinger mit Blick auf das Vorhaben der Schweiz, solche Gebühren zu erheben. Nach Auffassung der Bundesregierung sei das 1928 zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich geschlossene Abkommen über die Belastung von Fahrzeugen noch gültig. Dies aber bedeute, daß für deutsche Autofahrer die Gebührenerhebung in der Schweiz nicht gelten könne.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Warum es Gromyko eilt

Von Heinz Barth

Erich Honecker durfte nicht nach Bonn. Hingegen läßt Andrej Gromyko, der ihm die deutsch-deutsche Begegnung verbot, die Kontakte mit den „Imperialisten" in Washington nicht verkommen. Sein bevorstehender Besuch im Weißen Haus, kaum sechs Wochen vor der amerikanischen Präsidentenwahl, ist keine geringe Hilfe für Ronald Reagan. Nun war es noch nie sowjetische Art, einem Präsidenten, der in Moskau als kältester der kalten Krieger gilt, Wahlgeschenke auf silbernem Tablett darzubringen.

Man beachte den Termin. Eine Fehlkalkulation wie bei seiner Kampagne gegen die westliche Nachrüstung möchte der Kreml diesmal nicht riskieren. Darum hat er die Hoffnung von vornherein abgeschrieben, daß die Wiederwahl Reagans noch zu verhindern sei. Um so dringender ist es für die Sowjetunion, mit ihm noch vor dem 6. November zu einer Verständigung über die Rüstungsbegrenzung zu kommen.

Durch die drastische Erhöhung der Getreidelieferungen an die UdSSR gab der Präsident auch zu erkennen, daß er zur Zeit gesprächsbereit ist. Nach seinem Wahlsieg könnte es für Gromyko zu spät sein, sich mit ihm über das Problem der „Militarisierung" des Weltraumes zu einigen, das für die Sowjets zu einer Existenzfrage im nuklearen Machtduell geworden ist. Der technologische Vorsprung, über den Amerika auf diesem Gebiet verfügt, gefährdet die Überlegenheit, die sich die Sowjets seit 1972 durch das ABM-Verbot strategischer Abwehr-Raketen sicherten.

Der Vorsprung droht verloren zu gehen, den sie in einem Jahrzehnt fieberhafter Atomrüstung unter dem Schutz der „Strategie des offenen Himmels" ausbaute. Gromykos Taktik läuft darauf hinaus, Zeit zu gewinnen und den Amerikanern den vorläufigen Verzicht auf die strategische Überlegenheit abzuhandeln, die ihnen sicher ist, wenn es gelingt, die Kuppel des offenen Himmels zu schließen. Es wäre ein hoher Preis. Ronald Reagan könnte ihn nur bezahlen, wenn die Sowjets zur Rückkehr an den Verhandlungstisch und zu vernünftigen Lösungen beim Abbau nuklearer Angriffswaffen bereit sind.

Katerlysator-Stimmung

Von Peter Gillies

Die Befürchtung, das Gezerre um ein abgasarmes Auto könne zu einer Art „Buschhaus Zwei" werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Nach einem furiosen, vom Bundesinnenminister inszenierten Auftakt verstrickte sich die Politik allzulange im Gewirr der Interessen. Dieser Knoten soll nun morgen durchschlagen werden.

Die Autoindustrie, die Mineralölwirtschaft, die Autofahrer und -käufer, nicht zuletzt die europäischen Nachbarn, brauchen endlich klare Vorgaben. Der entschuldigende Hinweis, schließlich hätte die Bundesregierung schon vor rund einem Jahrzehnt handeln müssen, als Japan und die USA mit niedrigen Abgaswerten vorangingen, ist aufschlußreich, hilft aber heute nicht weiter.

Leider hat die vorpreschende Ankündigung manche Sackgasse eröffnet, in die man auch prompt hineintappte. Dazu gehört der Vorschlag einer Kaufprämie für den Katalysator ebenso wie der wettbewerbsverzerrende und von Neidgefühlen inspirierte Vorschlag, zuerst bei größeren Wagen ab zwei Liter Hubraum zu beginnen. Der erste verstößt gegen die Ordnungspolitik und gegen Europa, der zweite dürfte vor Gericht kaum standhalten, begünstigt er doch bestimmte Hersteller einseitig zu Lasten anderer.

Viele gutwillige Umweltschützer haben auch die europäische Dimension verkannt. Hier geht es nicht um abstrakte Rechtsfragen, sondern um knallharte Milliardenmärkte. Lieferten die Deutschen als größte Exportnation ihren wichtigsten Abnehmern protektionistische Argumente, folgte die Revanche auf dem Fuß. Manche Industrie in Italien, Frankreich oder Großbritannien wartet nur auf ein Argument, sich gegen deutsche Produkte abzuschotten. Ihnen dieses auf dem Tablett zu servieren, stiftete einen noch nicht absehbaren Schaden.

Das abgasarme Auto kommt, es kommt sogar schneller, als viele heute glauben. Der Markt wird es, beginnend mit dem Modellwechsel 1985/86, erzwingen. Bisher hat sich der Sog neuer Technologien noch immer als stärker erwiesen. Die staaatlichen Subventionen sollten dabei nicht überschätzt werden. Entscheidend kommt es darauf an, daß der Staat klare Daten vorgibt. Morgen ist die Klarstellung fällig.

Die Weg-Bereiter

Von Enno v. Loewenstern

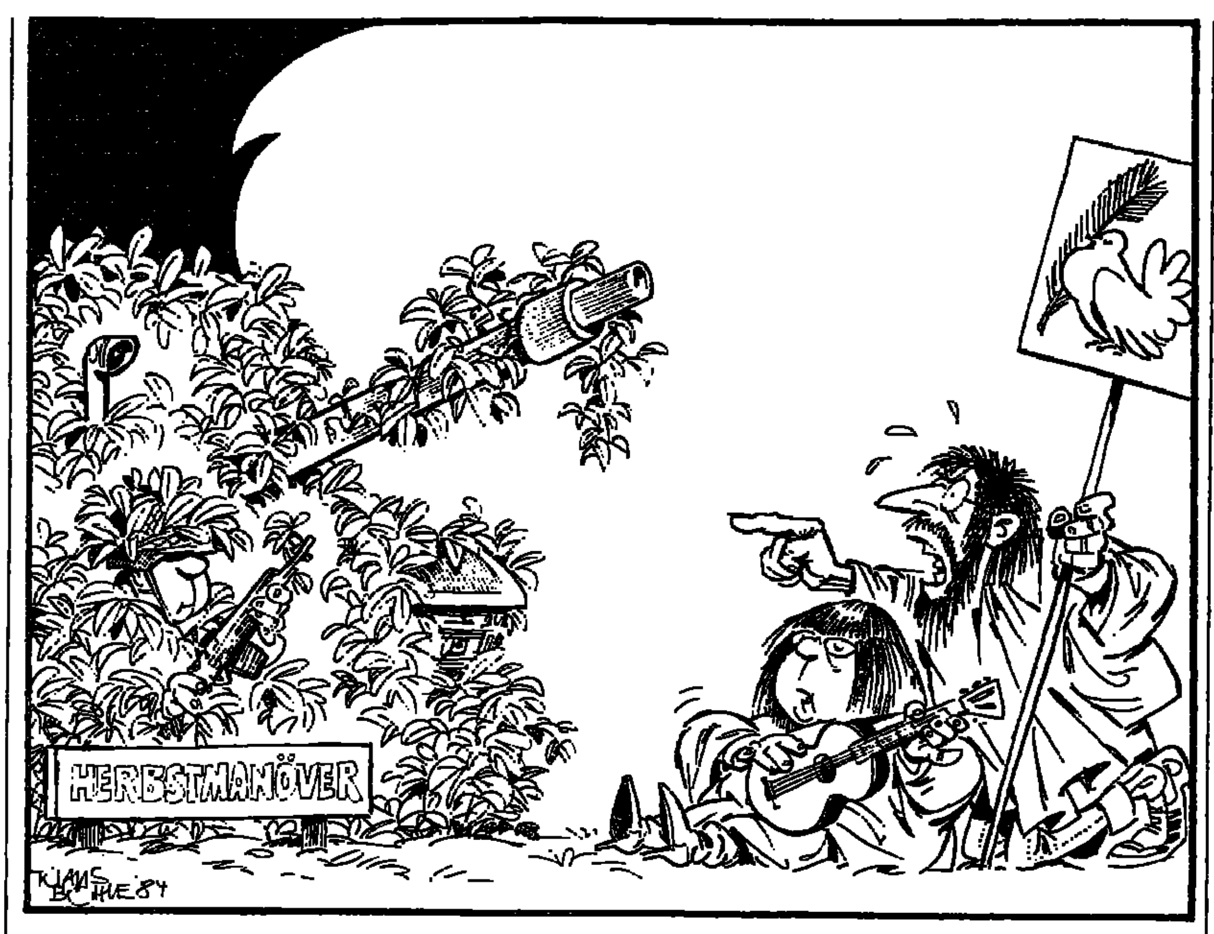
Was sich da in Frankfurt abspielte und vom Deutschen Fernsehen natürlich wieder ehrfurchtsvoll ins Bild gesetzt wurde, war eine kriminelle Handlung. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat dies sogar erkannt. Sie hat wegen des Zumauerns von Sprengkammern in einer Mainbrücke Ermittlungen gegen vierzehn sogenannte Grüne bzw. Friedensbewegte eingeleitet gemäß Paragraph 109 e des Strafgesetzbuches („Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln").

Sollte der stets zu politischen Einsichten bereite hessische Generalstaatsanwalt diesmal nicht eingreifen, so kommt es womöglich dazu, daß kriminelle Saboteure sich vor Gericht verantworten müßten. Für etwas, was schon in den frühen fünfziger Jahren von der damaligen KPD an verschiedenen Brücken veranstaltet wurde. Die Ausreden damals waren auch nicht gerade geistvoll, aber nicht so dummfrech wie heute.

Die Friedenshelden müssen ihre Klientel schon für abgrundtief dämlich halten, wenn sie als Motiv oder vielmehr Alibi angeben, die Sprengkammern könnten „Atomminen der US-Armee" dienen. Es handelt sich um sieben Sprengkammern in einer Brücke. Da erzählen uns die Bewegten immerzu, wie verheerend die Atombomben wirken – und nun sollen sieben Atomladungen nötig sein, um eine Brücke zu zerstören?

Wenn dieser Mumpitz abgeschminkt ist, kann man ja zur Sache gehen und die Saboteure ernsthaft befragen. Sie versuchen sich doch immer damit zu rechtfertigen, daß angeblich die böse NATO gegen die netten friedliebenden Sowjets den Überfall plant. Die Sprengung einer Brücke aber soll nun gerade dazu dienen, einen Angreifer aufzuhalten; dem eigenen Angriff kann es ja wohl kaum nützen, wenn man sich die Anmarsch- bzw. Nachschubwege selber kaputt macht.

So stellt die sogenannte Friedensbewegung sich hier völlig offen und überzeugend als eine Bewegung dar, die den Sowjets den Angriffs-Weg nach Westen bahnen, also den Krieg überhaupt erst möglich machen will. Mal sehen, wie die Helden das dem Gericht schmackhaft machen. Mal sehen, wie die SPD ihr Zusammenwirken mit solchen Leuten der Öffentlichkeit schmackhaft macht.



„Jetzt tarnen die sich auch schon grün!" KLAUS BÖHLE

Die verstaatlichte Oma

Von Joachim Neander

Eines hat die neu entfachte Diskussion um die Kosten für die Pflege alter Menschen erfreulicherweise gezeigt: Die Propheten der Allmutter Gesellschaft, die allein für Glück und Sicherheit der Menschen verantwortlich sein soll, scheinen verstummt oder zumindest viel leiser geworden.

Weder der jetzige Zustand, der am Ende alles der Sozialhilfe aufbürdet, noch eine lebenslange Zwangsversicherung für den Fall der Pflegebedürftigkeit finden noch leidenschaftlichen Anhang. Man scheint eingesehen zu haben, daß es nicht nur viel zu teuer, sondern auch dumm und unmoralisch ist, seine Oma, sobald sie die Enkel nicht mehr hüten und das Geschirr nicht mehr spülen kann, in ein kostenträchtiges Altenpflegeheim hinein zu „verstaatlichen". Es spricht für die Reife unserer Bevölkerung, daß nun schon sehr viele darüber nachdenken, wie man beispielsweise durch verstärkte ambulante Betreuung, aber auch durch eine Mobilisierung der eigenen Familie dieser Tendenz einer Verstaatlichung von Alter und Krankheit entgegenwirken kann.

Das Merkwürdige freilich ist, daß dieser Prozeß des Umdenkens auf einem anderen Feld atemberaubend schnell vorangeht, und zwar gerade bei denen, die noch vor kurzem als Herolde der Alleinverantwortung von Staat und Gesellschaft umherliefen. Es ist das Feld der Kriminalität und des Strafrechts.

Fast alle Gefängnisse der Bundesrepublik sind hoffnungslos überbelegt, fast alle Gerichte überlastet. Neueste Rechnung: Ein Gefangenenplatz kostet den Staat doppelt soviel wie ein Studienplatz der Jurisprudenz. Da ist es fast kurios, wie dieser Tatbestand neuerdings auf der äußersten Linken beurteilt wird. Der Unterton, in dem neulich der grüne Landtagsabgeordnete Roland Kern bei einer Anhörung im Hessischen Landtag von den „schönen, komfortablen Gefängnissen" sprach, die doch alle nichts nützten, hätte fast in rechtsradikale Justizkritik hineingepaßt. Das klang (und war gemeint) wie eine Absage an die ganze Nachkriegsepoche eines immer aufwendigeren Strafvollzugs als psychosozialer Behandlung des Täters. Aber so verblüffend die Kehrtwendung ist: Natürlich empfehlen die Grünen anstelle der „schönen, komfortablen" Haftanstalten nicht strengere Haft, sondern zum Beispiel mehr „ambulanten Strafvollzug", weniger Freiheitsstrafen und die Verweisung bestimmter Formen der Kleinkriminalität wie kleine Diebstähle oder Betrügereien auf den Weg der Zivilklage. Der Bestohlene soll den Dieb künftig nicht anzeigen, sondern auf Herausgabe des Diebesguts verklagen.

Wenn man einmal von Dingen wie Rechtsgefühl und Rechtsstaatlichkeit absieht – hier wird nichts anderes gefordert als eine Teilprivatisierung des Strafrechts. Von Leuten, die stets Zeter und Mordio schreien, wenn etwa im Sozialbereich oder anderen Staatsgefilden von Privatisierung die Rede ist.

Die Folgen sind hier allerdings leicht auszurechnen. Der Staat und der Einzelne, das sind kommunizierende Röhren. Wo Staat und Gesellschaft ihre Kompetenz ausweiten, erlahmt die Initiative des Einzelnen oder sie weicht in Schattenbereiche aus (siehe Besteuerung, Soziallasten und Schwarzarbeit). So grotesk es klingen mag – eine allgemeine Zwangsversicherung für den Pflegefall hätte angesichts der zu erwartenden Prämienhöhe vermutlich zur Folge, daß junge Menschen versuchen würden, sich der Versicherungspflicht dadurch zu entziehen, daß sie eidesstattlich versichern, dafür zu sorgen, daß sie niemals ein Pflegefall werden: Versicherungsbefreiung durch Selbstmordversprechen.



Abschieben ist nicht mehr Trumpf: Insassin eines Altenheims FOTO: DIE WELT

Wo Staat und Gesellschaft dagegen Terrain preisgeben, springt der Einzelne ein. Im Sozialbereich wäre dies in vernünftigen Grenzen sehr wünschenswert. Aber bei der Kriminalität? Wenn der Staat nicht mehr für die Bestrafung des Diebes sorgen will, wird es vielleicht der Bestohlene tun, ohne Strafprozeßordnung. Wo durch eine Zivilklage sowieso nichts zu holen ist, wird man wenigstens Rache nehmen wollen. Und da wird unter Umständen nicht eindeutiger Schuldnachweis, sondern „Mutmaßlichkeit" zur Begründung reichen.

Nun kann eingewendet werden, daß nicht alle Menschen potentielle Faustrechtsanhänger seien. Dies stimmt. Und wenn die einstige Anstaltsleiterin Helga Einsele heute „mehr Phantasie im Umgang mit Kriminalität" fordert, dann denkt sie wahrscheinlich an die Jugendszene, in der – so scheint es vielen – neue, andere Sitten herrschen.

Tatsächlich dürfte Gewalt als Ahndung von Kleinkriminalität innerhalb der Subkultur der alternativen Szene (wo man die Polizei aus Prinzip nicht ruft) relativ selten sein. Häufiger ist jedoch eine andere Strafe: der öffentliche Pranger. In Gestalt von Wandparolen oder Kleinanzeigen in Szeneblättern („Jens, du linkes Schwein, laß dich ja nicht mehr sehen . . .").

Ob Prügel oder Pranger, Körperverletzung oder Beleidigung – eine Justiz, die den Diebstahl nicht mehr bestraft, hätte große Schwierigkeiten, die (verständliche) Reaktion der Bestohlenen zu bestrafen. Auch dies müßte dann preisgegeben werden. Entsetzliche Vorstellung.

Phantasie im Umgang mit der Kriminalität ist sicher gefragt, aber nicht ohne Rücksicht auf die Folgen. Und die Rufer müßten doch begreifen, daß Phantasie im Umgang mit Not, Alter und Krankheit noch sehr viel nötiger und erfolgreicher wäre.

IM GESPRÄCH Arnold Rüütel

Estlands Statthalter

Von Ladislaus Hory

Als Estlands damals 71 Jahre alter Staatschef Johannes (Iwan) Käbin vor mehr als einem Jahr in den Ruhestand versetzte wurde, wählte der Oberste Sowjet Estlands in Arnold Rüütel einen viel Jüngeren zum Nachfolger als Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Teilrepublik und damit, sozusagen, zu ihrem „Staatsoberhaupt".

Zwei grundverschiedene Persönlichkeiten. Käbin ist ein „russischer Balte", der als fünfjähriger Bub mit seinen Eltern nach St. Petersburg kam, wo er vollkommen russifiziert wurde. Als er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als hoher Sowjetfunktionär nach Estland zurückkehrte, konnte er sich nur gebrochen in seiner Muttersprache ausdrücken. Die Jahre der estnischen Unabhängigkeit von 1918 bis 1940 verbrachte Iwan Käbin in verschiedenen sowjetischen Parteihochschulen, auf entlegensten Administrationsposten, aber auch in politischen Schlüsselpositionen. Als Michail Suslow in den Jahren 1944–1946 Litauen säuberte und sowjetisierte, organisierte Käbin im gleichfalls sowjetisch besetzten Estland die Deportierung Zehntausender estnischer Patrioten in die sibirische Zwangsarbeit. Kein Wunder, daß Käbin als letzter der alten Garde der Musterstalinisten zu den meistgehaßten Männern Estlands gehört.

Der 55jährige neue „Präsident" Arnold Rüütel ist ein anerkannter Agrarfachmann, der an der Estnischen Landwirtschaftlichen Akademie graduiert hat und als Agrarwissenschaftler bekannt wurde. Von 1950 bis 1955 mußte er in seinem Heimatland Militärdienst leisten. Danach begann er seine eigentliche Fachkarriere als Instruktor in Dorpat an der Schule für Mechanisierung der Landwirtschaft. 1969 wurde er Rektor der Estnischen Landwirtschafts-Akademie. Daß eine solche Karriere ohne hingebende Parteitätigkeit nicht gelungen wäre, versteht sich von selbst. Er stieg denn auch zum stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Estlands auf, ehe er jetzt „Staatschef" wurde.

Dennoch gehörte Rüütel in der Partei zu den Spätstartern. Er trat in sie 1964 ein, und als Vollmitglied wurde er erst im Jahre 1971 akzeptiert. Nach sechs Jahren war er Vollmitglied des Zentralkomitees der KPE. Von 1977 bis 1979 war er Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung des Zentralkomitees. Dann avancierte er zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Walter Klauson, und war damit verantwortlich für Fragen der kollektivierten und staatlichen Landwirtschaft.



Löst einen Altstalinisten ab: Rüütel FOTO: AP

Rüütel ist einer der jüngsten Spitzenleute im ganzen Sowjetimperium. Nur in Usbekistan, Turkmenistan, in der Moldauischen Sowjetrepublik und Kirgisistan sind ähnlich junge Männer an der Spitze ihrer Teilrepubliken.

Sein Abgang von der Lenkung der „sozialistischen Landwirtschaftsführung" dürfte auch mit Umorganisation zusammenhängen. Im Laufe einer sogenannten Konsolidierung wurde eine einzige neue Führungsorganisation, genannt Agroprom, ins Leben gerufen, ähnlich wie in Georgien. Gleichzeitig wurden das Landwirtschaftsministerium, das Staatskomitee für landwirtschaftliche Urbarmachung und Bewässerung und das Staatskomitee für Versorgung mit Produktionsmitteln für die Landwirtschaft aufgelöst. An die Spitze von Agroprom wurde der heute 48jährige Heino Veldi, eigentlich als Nachfolger von Rüütel, gestellt. Seine Aussichten, die Produktion der Landwirtschaft und der Agrarindustrie anzukurbeln, sind freilich nicht besser als die seines Vorgängers. Diese Bereiche brauchen nicht mehr Zentralisierung, sondern mehr Markt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung schreibt zu der Äußerung Andreottis:

Sicher, die Deutschen sind mit dem offiziell ausgesprochenen Bedauern der italienischen Regierung zufriedengestellt worden. Man kann sich aber vorstellen, daß sie die ungeschickte Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht so schnell vergessen werden und daß sie sich auf ihre Beziehungen zu Rom auswirkt. Sie werden die Feststellung nicht versäumt haben, daß Giulio Andreotti seinen „Fehltritt" bei einem von den italienischen Kommunisten veranstalteten Fest begangen hat und dieser sich daher in das für sie schmerzliche Umfeld der Absage des Besuches Erich Honeckers in Bonn einfügt. Außerdem werden sie einem europäischen Land, das Mitglied des Atlantischen Bündnisses und ein bevorzugter Partner der Bundesrepublik ist, nur schwer verzeihen können, auf so brutale Weise die Wunde der deutschen Teilung aufgerissen zu haben.

Neue Zürcher Zeitung

Andreotti hat festgestellt, daß es heute zwei deutsche Staaten gibt, und er hat die Meinung vertreten, daß man gute Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten durchaus begrüße, die Annäherung aber auch nicht übertrieben werden sollte. Daran ist wenig Anstößiges zu erkennen. Völlig abwegig hingegen ist die Andeutung, die gegenwärtigen Bestrebungen um eine deutsch-deutsche Annäherung seien mit Bestrebungen eines expansiv-aggressiven „Pangermanismus" verknüpft. Solche unbedachten Äußerungen sind lediglich Öl ins Feuer der Ostblockpropagandisten, die bekanntlich seit Monaten mit haltlosen Argumenten gegen das Gespenst eines angeblichen „Revanchismus" in der Bundesrepublik zu Felde ziehen.

MAARIV

Die israelische Zeitung befaßt sich mit der Wirtschaftskrise im Lande:

Recht hatte der neue Regierungschef Shimon Peres, als er die Wirtschaft an die erste und den Libanon-Konflikt an die zweite Stelle der dringend zu lösenden Probleme stellte. In diesen zwei Punkten herrscht weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Likud und der Arbeiterpartei, beiden großen Partnern in der neuen Koalition. Die Erwartungen . . . sind groß, auch wenn die Nation sich der Tatsache bewußt ist, daß nicht leichte Zeiten uns bevorstehen. Die Regierung hat aber eine breite parlamentarische Basis und damit gute Aussichten auf Erfolg.

. . . daß England und Frankreich verantwortlich sind

Der Hitler-Stalin-Pakt und Moskaus Verlegenheit heute / Von Herbert Kremp

Jeder kennt die Szene auf der Bühne, wenn ein Mann sich derart in Rage redet, daß die Zuschauer nur noch auf die schrillen Töne und die verzerrten Gesten achten, nicht mehr auf den Inhalt seines Geschreis. Mag die Anklage oder der Jammer noch so furchtbar oder so bewegend sein – mit einemmal schallt ihm Gelächter entgegen, amüsiert, verständnislos. So kann es den Sowjets ergehen, wenn sie ihre Revanchismus-Kampagne weiterdrehen, bis sie durchdreht. Denn wer kann es in der zivilisierten Welt noch ernst nehmen, daß sie nun dazu übergehen, Kohl und Reagan mit Hitler zu vergleichen? Auch Propaganda benötigt ein inneres Maß. Geht es verloren, wirkt sie nur noch lächerlich.

Man fragt sich nach dem sowjetischen Seelenzustand. Ein Regime, das gegen ein Volk wie das afghanische einen Vernichtungsfeldzug führt, ohne das Feuer verbergen zu können, das eine Passagiermaschine mit ein paar hundert Menschen an Bord vom Himmel schießt, ohne die geringste Rechtfertigung dafür zu finden, hat es in einer aufmerksamen Öffentlichkeit nicht leicht. Der dialektische Trick, erfundene Feinde für die eigene Gewaltsamkeit haftbar zu machen, zieht nicht mehr. Wer gewaltsam ist, ist auch stets mißtrauisch. Die Sowjets mißtrauen ihren eigenen Verbündeten. Sie erblicken in ihnen potentielle Abtrünnige, die sich nicht mehr byzantinisch, sondern kritisch verhalten. Sie fürchten das Selbstbestimmungsrecht, die Freiheit und die historische Erinnerung. Sie fühlen sich von Ungläubigen umgeben, die wieder an sich selbst zu glauben beginnen.

Wer sich in einer solchen Lage befindet, konstruiert Feindbilder. Der häßliche deutsche Revanchist, der mit den revisionistischen Amerikanern eine Weltverschwörung eingegangen ist, um die Nachkriegsordnung mit Gewalt umzustürzen, ist ein Popanz. Die Schreckensfigur soll die ungläubigen Verbündeten dazu bewegen, wieder in den Schatten der hohen Burg zurückzukehren. Zwischen Gehorsam und Glauben aber besteht ein gewaltiger Unterschied. Das Feindbild hat den Nachteil der übertrieben-verzerrten Darstellung. Sie reizt zum Widerspruch. Die Bürger in Mittel- und Osteuropa gewinnen den Eindruck, daß sie davon abgelenkt werden sollen, daß ja eigentlich sie gemeint sind mit der Mauer des Feindbildes, die da hochgezogen wird, nicht das Original des Bildes, das es nicht gibt.

Zum Kommunismus gehört untrennbar die Forderung, die Gegenwart als die Konsequenz eines „logischen" Geschichtsablaufs zu betrachten. Zu diesem Zweck wird die Geschichte zurechtgerückt. Aber die Erinnerung verweigert den Gehorsam. Die Sowjets haben es immer schwer gehabt, den Hitler-Stalin-Pakt zu rechtfertigen, der es Hitler erlaubte, den Krieg mit guten Aussichten zu beginnen – nicht als Zweifrontenkrieg. Der Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 legte den Grund. In einem geheimen Zusatzprotokoll desselben Tages wurde Osteuropa in Interessensphären geteilt. In Polen „werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt". Der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 vollzog die Teilung „nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates".

Eine gemeinsame Regierungserklärung desselben Tages stellt fest, daß beide Regierungen „durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben . . ." Es liege im Interesse der Völker, nun dem zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. „Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden."

In drei weiteren Protokollen und zwei Verträgen (betreffend die deutsch-russische Grenze und den deutsch-sowjetischen Umsiedlungsvertrag über Litauen) wurde die Teilung Osteuropas untermauert. Hitler konnte sich nach Westen, Norden und Südosten ausdehnen, ohne das Risiko der Überdehnung fürchten zu müssen. Die Sowjets lieferten Rohstoffe. Die Sowjets gaben Rückendeckung und konsolidierten ihre Erwerbungen aus den Verträgen mit dem Deutschen Reich. Dies heute zu rechtfertigen, fällt der Sowjetunion überaus schwer. Sie hat mit Appetit mitgespeist. Sie war Komplize bei Tisch. Sie war mit Vergnügen dabei, die Sache entsprach ihrem Geschmack. Das ist die historische Wahrheit und kein Popanz. Ist es Revanchismus, die Dokumente zu zitieren?

Das Verdikt: Falsche Worte am falschen Ort zur falschen Zeit

Wollte Italiens Außenminister Andreotti mit seinen heftig umstrittenen Äußerungen zur Deutschland-Politik den Sprung ins Präsidentenamt vorbereiten? Falls ja, ist er ihm nun ferner denn je. Die Reaktion in Italien ist einhellig negativ.

Von ALFONS DALMA



Ansehen und Chancen verspielt: Giulio Andreotti FOTO: SVEN SIMON

Giulio Andreotti ist kein Durchschnittspolitiker. Das macht die Affäre um seine Äußerungen zur Deutschlandpolitik besonders gravierend. Der vielfache ehemalige Ministerpräsident Italiens, der mit der Rolle eines Historikers liebäugelt *und tatsächlich zumindest* ein wirklich brillantes Buch über einen kirchenstaatlichen Innenminister geschrieben hat, kann nicht mit dem Hinweis auf mangelnde Intelligenz und geringe Bildung verteidigt werden.

Für Provinzpolitiker mag die Unterscheidung zwischen dem unabdingbaren Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und nationale Einheit sowie den praktischen Möglichkeiten des Augenblicks unverständlich sein, da sie möglicherweise weder aus geschichtlicher Erfahrung noch aufgrund eines weltmännischen Horizonts die Wechselwirkungen zwi*schen der De-facto-Lage und der* Legitimität der Situation zu erfassen vermögen. Ähnlich verhält es sich mit den immer komplizierteren Windungen der Sicherheitspolitik in den Kategorien der nuklearen Abschreckungs-Strategie.

Wenn aber ein Andreotti in Moskau (und ein Jahr später auf dem kommunistischen Volksfest in Rom) als einziger NATO-Außenminister, abgesehen von seinem griechischen Kollegen, auf den russischen Wunsch eingeht und Moskau zubilligt, daß die französische und die englische Kernwaffe in der europäischen Sicherheitsgleichung gegenüber den sowjetischen *Mittelstrecken-Raketen* aufzurechnen seien, dann kann er sich nicht auf Ignoranz berufen. Er muß wissen, daß eine solche „force de frappe" bestenfalls – wenn überhaupt – im Falle des Besitzerlandes eine relative abschreckende Wirkung haben kann, keine aber, wenn es um die Sicherheit und Unverletzbarkeit etwa *des deutschen oder auch des italienischen* Gebietes geht.

Für die Kenner der italienischen politischen Szene und ihres Personals ist es ungewöhnlich und unverständlich, daß der Vorsitzende der Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, Andreotti daran erinnern muß, *daß seine Erklärungen über die zwei* deutschen Staaten und über die großdeutsche Gefahr geeignet seien, „Gott weiß welche europäischen Tragödien" auszulösen, weil sie den Deutschen jede Hoffnung nehmen und sie dem Gefühl der Isolierung ausliefern.

Es fällt auf, daß praktisch die gesamte italienische Öffentlichkeit in diesem Fall auf Distanz zu Andreotti geht und seinen verbalen Kraftakt im Rahmen der kommunistischen Volksbelustigung, die eine Art Münchner Oktoberfest mit politischen Schlagworten ist, als einen Fehltritt am *falschen* Ort und zum falschen Zeitpunkt verurteilt. Die Reaktion hat sogar überrascht. Obwohl der innenpolitische Balanceakt außerordentlich heikel ist, haben alle demokratischen Parteien sofort scharf und eindeutig gegen Andreotti Stellung bezogen.

*Der sozialistische Ministerpräsi*dent Craxi hat – nach einmütiger Ansicht aller italienischen Zeitungen, einschließlich der kommunistischen – mit seiner Botschaft an Helmut Kohl seinem Außenminister die Legitimierung abgesprochen. Einige gehen sogar soweit, daß Andreotti eigentlich nur noch zurücktreten könne. Vor allem mußte aber ein ausländischer Wahlrömer über das einmalige Phänomen der Übereinstimmung zwischen den sonst diametral entgegengesetzten politischen Geistern staunen. Daß einmal die linksliberale, kommunistenfreundliche und für die prosowjetische Friedensbewegung aufgeschlossene „La Repubblica" mit dem konservativ-liberalen, antikommunistischen und gegenüber Moskau kritischen „Il Giornale" geradezu wetteifern wird um die sachliche Unwichtigkeit und die moralische Unhaltbarkeit der Position Andreottis hervorzukehren, hätte kein Mensch erwartet.

Im Paradeblatt der Linksintellektuellen enthielt der Leitartikel von Sandro Viola solche und ähnliche Urteile: „Dieser Fehltritt ist lautstark ... Es bleibt also nur noch übrig, sich zu entschuldigen ... Wo ist der angebliche großdeutsche Kurs des ungleichen Paares Kohl-Honekker? ... Was hat damit die Südtiroler Kundgebung von Innsbruck zu tun? ... Außenminister sprechen nicht, oder dürften nicht sprechen, wie politische Dilettanten am Stammtisch im Kaffeehaus ... Nicht nur der Sinn, auch der Zeitpunkt war falsch ... gerade während der sowjetischen Vorwürfe an die Adresse des großdeutschen Nationalismus ... Das ist doppelt lästig: Einmal, weil ein wirres Zeug, und zum anderen, weil ein Plagiat der Moskauer „Prawda" ... und auch der Ort war falsch, weil solche an sich schon verdächtigen Phrasen erst recht ärgerlich klingen, wenn sie unter dem Applaus einer kommunistischen Kundgebung ausgesprochen worden sind."

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums schreibt Indro Montanelli, daß er immer schon die Intelligenz und die macchiavellistische Aalglätte des jetzigen Außen*ministers* bewundert habe, aber gerade deshalb für dessen Entgleisungen kein Verständnis aufbringen könne. Daß der christlich-demokratische Politiker schon seit drei Jahren solche und ähnliche Anbiederungen an die Kommunisten und an die sowjetische Linie piratenartig unternehme, mache die Sache nicht verständlicher. *Montanelli fragt sich, welche Leichen* in Andreottis Keller verborgen sein könnten.

„Manche sagen auch, er wolle ins Quirinal einziehen. Um das Amt des Staatspräsidenten zu bekommen, müßte er zuerst die Kommunisten gewinnen. Um die Kommunisten zu gewinnen, muß er vorher Moskau gewinnen. Um Moskau zu gewinnen, muß er sagen, daß die beiden Deutschland für immer zwei bleiben müssen." Wenn es aber auch so wäre, spinnt Montanelli den Gedanken fort, so erklärt das doch nicht die „tolpatschige und unbeholfene Art", in der jetzt der einst brillante Politiker agiert. Und außerdem, um als Nachfolger von Pertini in den Quirinalspalast einzuziehen, bräuchte Andreotti nicht nur die kommunistischen, sondern auch die Stimmen der jetzigen Regierungsparteien. Diese Chance hat er sich indessen verspielt.

Alles in allem, Giulio Andreotti ist zu einer Verlegenheit für die Regierung, für die Koalitionspartner und für die Democrazia Cristiana geworden. Das ist seine Sache und eine italienische Angelegenheit. Helmut Kohl und die Bundesregierung können aber registrieren, daß Andreottis Fehltritt erstaunlicherweise Italiens Solidarität mit den „ideellen Zielen" der Deutschlandpolitik stärker hat erscheinen lassen, als man es vorher gemeint hätte.

Ein Leidensweg von 225 Kilometern

Triathlon heißt die Disziplin, und es gibt Leute, die dies weniger für Sport als für Wahnsinn halten. Am Wochenende ermittelten die Athleten in Köln ihren Europameister.

Von WALTER H. RUEB

Die Szene hatte etwas Gespenstisches: Rund hundert Männer und eine Frau zogen sich am frühen Morgen bei herbstlicher Kühle im Schein von Auto- und Fernsehscheinwerfern am Ufer des Fühlinger Sees aus, verstauten ihre Garderobe sorgfältig in numerierten Plastiksäcken, sparten beim Einreiben ihrer muskulösen Körper nicht mit Vaseline, stiegen mit ernsten Gesichtern auf die Waage, rückten sorgfältig Badekappe und Brille zurecht und warfen sich schließlich ins Wasser. Filmaufnahmen?

Nein, es handelte sich um den Start zur ersten Triathlon-Europameisterschaft auf deutschem Boden. Stunden zuvor hatte die Ankündigung der Organisatoren, die Schwimmstrecke im Norden von Köln von den üblichen 3,8 auf 2,5 Kilometer zu verkürzen, Kritik hervorgerufen. Wollten da etwa verknöcherte Funktionäre am legendären Image der Eisenmänner kratzen, die beim Triathlon nach der Tortur im Wasser auf dem Fahrrad die Distanz eines internationalen Amateur-Rennens zurücklegen und das Ganze am Schluß mit einem Marathonlauf auf der Straße krönen?

In der Morgendämmerung des Sonntags aber war der Sprung ins nur 15 Grad „warme" Wasser beinahe schon heroisch. Oder hatten gar die fröstelnden Zuschauer recht, die von Wahnsinn sprachen? Mit Feldstechern verfolgten sie die Sportler im Wasser. Die Männer von der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft *(DLRG) aber kamen ins Schwitzen.* Rettungsschwimmer mußten zahlreiche der Triathleten mit Muskelkrämpfen und unterkühlten Gliedern aus dem Wasser ziehen. Alle erreichten das rettende Ufer, einige allerdings nur in Booten der DLRG. Fast die Hälfte der Männer verkroch sich nach der Tortur unter Bergen von Wolldecken in den Zelten der Helfer, ließ sich mit warmen Getränken aufpäppeln und für die anschließende Prüfung auf dem Fahrrad fitmachen.

Noch 64 Männer und die eine Frau nahmen die 180-Kilometer-Radtour in Angriff. Der Extertaler Bernd Meier mit großem Vorsprung. Er hatte für die Schwimmstrecke nur 33 Minuten benötigt, die einzige Frau im Wettbewerb ihren Ehemann mit 71 Minuten um einige Minuten distanziert. Die mollige Christa Heissler aus Karlsruhe erklärte Reportern lachend: „Mein Mann mußte im Wasser mehr frieren als ich. Hier ist mir mein Speck zugute gekommen."

Fast alle Konkurrenten gingen die Radtour langsam an. Die meisten stärkten sich während der Aufwärm-Phase mit Bananen und Schokolade. Stille herrschte entlang der von der Polizei gut gesicherten Strecke: In den rheinischen Dörfern und Städtchen schliefen die Bürger noch. Nur in Worringen, wo Radweltmeister Schmidtke zu Hause ist, säumten viele Zuschauer die Straßen. In Erkelenz war der westlichste Punkt der Strecke erreicht. Von dort ging es wieder zurück in Richtung Fühlinger See, wo die wachsende Zuschauerschar laufend per Lautsprecher über den Stand des Rennens informiert wurde.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe war mit 50 Personen, einem Berg von Gerätschaften und einem ganzen Wagenpark angerückt. Die DLRG hatte auf der Wiese neben dem Regattahaus eine kleine Zeltstadt für erschöpfte und hilfsbedürftige Sportler und ihre Angehörigen aufgebaut. Neugierig, einige auch etwas schaudernd, blickten die Zuschauer in die Sanitätszelte, schauten sich Rettungsschwimmer und Taucher an und verschlangen die Erläuterungen von Einsatzleiter Bernd Kersjes, der in diesem Jahr bereits sieben Ertrunkene aus dem See bergen mußte. Auf dem Regattahaus wehten nicht die Bundesflagge, sondern die Fahnen von DLRG und Johanniter-Unfall-Hilfe.

Die ganze Härte eines Triathlons wurde auf den 180 Kilometern der Radstrecke deutlich. Einsam oder in kleinen Gruppen kämpften sich alle voran, das Zeitlimit von insgesamt acht Stunden vor Augen. „Das Windschattenfahren ist hier verboten", erklärten Bernd Rüsken und Hans Nicolai von der SGEC Bayer Köln-Worringen, die für die Radwettbewerbe verantwortlich zeichneten. „Wer weiß, daß beim Windschattenfahren ein Viertel weniger Kraft aufgewendet werden muß, kann ermessen, welche zusätzliche Härte die Eisenmänner auf sich nehmen müssen."

Um die Mittagszeit kam am Fühlinger See Bewegung in das Heer der Zuschauer: Die Ankunft der ersten Radfahrer wurde gemeldet. Der 25jährige Finne Risto Hietanoro konnte zuerst vom Rad steigen, neun Minuten später der Belgier Mario Huys, gefolgt von einem weiteren Finnen und einem Dänen.

Das Schauspiel des Umziehens im Freien und des erneuten Wiegens ließ die Zuschauer kaum zur Besinnung kommen. Keiner fragte nach dem ersten Deutschen, der übrigens als fünfter ankam, alle interessierte, daß kein einziger der Athleten mehr als sechs Prozent seines Gewichts eingebüßt hatte. Dann nämlich hätte ihn der Arzt aus dem Rennen nehmen müssen. „Im Durchschnitt verliert dabei ein Sportler 1500 bis 2000 Gramm", erläuterte Erdem Köksal, der Mann an der Waage. „Doch kein einziger Konkurrent kam seinem kritischen Gewicht nahe."

Der Spitzenreiter aus Helsinki, ein Bademeister und Modellathlet, hatte *nach Schwimmen und Radfahren nur* ein Pfund verloren. Mit langen Schritten machte er sich auf die letzten 42,2 Kilometer. Auf endlosen Rheindämmen, entlang einer von den Organisatoren auf den Asphalt gemalten weißen Linie, durch Dörfer und vorbei an Spaziergängern, Autokolonnen und klatschenden Zuschauern waren die Sportler mit sich allein. Da mußten die letzten Reserven mobilisiert werden, da waren Wille und Energie gefragt, die Moral entscheidend.

Kilometer um Kilometer kämpften sich alle über die Strecke. Bei manchen wurden die Schritte trippelnd, der Blick glasig, der Atem keuchend. Die ersten näherten sich bereits dem Ziel und damit dem Ende aller Leiden, als sich andere gerade auf die Marathonstrecke machten. Der Finne Hietanoro stand kurz vor vier Uhr nachmittags als Europameister fest. Er benötigte als Sieger 9 Stunden, 28 Minuten und 20 Sekunden für alle drei Disziplinen einschließlich Umziehen und Pausen. Hinter ihm kamen der Belgier Mario Huys auf den zweiten, der über 40jährige Däne Holm Tormod auf den dritten und der Usinger Oliver Graf mit fast einer Stunde Rückstand als bester Deutscher auf den vierten Platz.

Am Ziel gab es für alle Ankommenden den Beifall, für viele auch Küsse und Blumen von Freunden und Angehörigen. Ärzte fühlten sicherheitshalber den Puls, und Masseure walteten mit flinken Fingern letztmals ihres Amtes. Der Sieger des Tages aber hockte erschöpft am Boden, und ein ausländischer Beobachter sprach vom Ende des Kreuzwegs. Dem Finnen aber wurde wenig später keine Dornenkrone aufgesetzt, sondern ein goldener Kranz mit breiten Schärpen umgehängt. *Als schließlich* auch Christa Heissler ins Ziel kam, war es dunkel. Doch sie kam ins Ziel, und ihre Konkurrenten vermögen zu ermessen, was das bedeutet.



Von der Kälte des Sees geschockt: DLRG-Helfer kümmern sich um einen erschöpften Schwimmer FOTO: SVEN SIMON

Evergreens beherrschen das UNO-Plenum

Von GITTA BAUER

Ein Recht auf Frieden möchte die Mongolei allen Menschen dieser Erde formell verbriefen. Ein solcher Resolutionsentwurf liegt der heute beginnenden 39. Generalversammlung der Vereinten Natio*nen in New York vor. Es ist eines von* vier neuen Themen auf der Tagesordnung des Plenums, woraus der schnelle Rechner entnimmt, daß die übrigen 138 Punkte schon länger die Agenda zieren.

Der Resolutionsentwurf der Mongolei wird zwar keinen Sowjetsoldaten aus Afghanistan, keinen Vietnamesen aus Kambodscha und keinen Kubaner aus Angola oder Äthiopien entfernen, und dennoch wird der offenkundig doch gar nicht so fromme mongolische Wunsch eine Mehrheit finden. Denn wer will schon gegen den Frieden stimmen?

Neu ist auch das Begehren der ehemals britischen Karibikinseln Antigua und Barbuda. Dort wünscht man, ein vergleichsweise harmloses Anliegen, das 150jährige *Jubiläum* des Verbots der Sklaverei durch die britische Krone zu feiern.

Gemessen daran, sind die neuen Themen „Wirtschaftskrise in Afrika" und das Vordringen der Wüstenzonen gewichtig. Ob allerdings die UNO-Mehrheit aus Blockfreien und Kommunisten mit ihrer Vorliebe für dirigistische Maßnahmen angesichts des Fiaskos eben ihrer Planwirtschaft etwas Praktikables gegen Not und Hunger in Afrika anzubieten haben, bleibt fraglich.

Den Hauptteil der Agenda bilden die Evergreens. Mit der Republik Südafrika, Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, befassen sich diese praktisch seit ihrer Geburt. Dennoch ist die Lösung der dabei im Mittelpunkt stehenden Namibia-Frage, also die Unabhängigkeit für die ehemals deutsche Kolonie Südwestafrika, seit 1920 von Südafrika verwaltet, nur dadurch in Sichtweite gerückt, daß sich die USA dort engagiert haben. Außerhalb der UNO ist es seitdem zwischen den sogenannten Frontstaaten, der Guerrilla-Organisation Swapo und dem in der Vollversammlung mundtot gemachten Südafrika gekommen.

Der Hit auf der Themenliste ist Israel. Es nimmt stets ein gutes Drittel der Beratungen in Anspruch, meist vor leeren Bänken, und hat eine Flut von Resolutionen produziert. Den einzigen Fortschritt in der Region dagegen, das Abkommen von Camp David und den nachfolgenden Friedens*vertrag zwischen Israel und Ägypten,* hat die UNO-Mehrheit nur verdammend zur Kenntnis genommen.

Seit 1979 steht das von Vietnam überrannte Kambodscha auf der Tagesordnung, seit 1980 auch das von sowjetischen Truppen besetzte Afghanistan. Beide Tagesordnungspunkte werden, so ist zu befürchten, langsam, aber sicher auf dem breiten Regal der ungelösten Konflikte Schimmel ansetzen.

Vertriebene: Kritik an der Haltung der EKD

DW. Weissenburg

Auf der jüngsten Tagung des Ostkirchenausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland ist Kritik am Verhalten der EKD gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen laut geworden. Der Vorsitzende des Ausschusses, Oberkirchenrat i. R. Gottfried Klapper (Hannover), nannte es im Blick auf die EKD ungenügend, „daß wir Vertriebenengottesdienste halten. Wir müssen vielmehr unser geistliches Erbe in die gesamte Kirche einbringen". Der Vorsitzende der Stiftung „Kulturwerk Schlesien", Professor Eberhard G. Schulz, wurde vom Informationsdienst idea mit der Bemerkung zitiert, die EKD erhalte den Ostkirchenausschuß „nur aus Gnaden am Leben".

Noch kritischer äußerte sich der Vorsitzende der Gemeinschaft Evangelischer Sudetendeutscher, Pfarrer Erik Turnwald: „Die EKD hält ein gutes Verhältnis zu den Vertreibervölkern für wichtiger als den Einsatz für die deutschen Minderheiten in Osteuropa."

„Wir Vertriebene sind selbstverständlich Revisionisten, aber keine Revanchisten oder Reaktionäre." Mit diesen Worten reagierte der frühere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Professor Josef Stingl, auf die Revanchismusvorwürfe der UdSSR und der Volksrepublik Polen. Stingl, Vorsitzender der Vereinigung der sudentendeutschen Katholiken, der Ackermann-Gemeinde, sprach als Referent auf der Tagung des Ostkirchenausschusses der Evangelischen Kirchen in Deutschland. Der Revisionismus der Vertriebenen strebe – so Stingl – keine gewaltsame Veränderung von Grenzen an, sondern wolle eine gerechte Friedensordnung in Freiheit und Selbstbestimmung für die Völker im Osten erreichen. Dies erfordere viel Geduld. Die Geschichte lehre aber, daß „nichts, so wie es ist, für immer bleiben wird".

Stingl sagte, die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands könnten auf keinen Fall hingenommen werden. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen, Clemens Riedel, wandte sich gegen die Äußerungen des polnischen Primas, Kardinal Glemp, der die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen bestritten hatte. Damit setze Glemp die „chauvinistische Linie" seiner Vorgänger gegenüber der deutschen Minderheit fort. Der Ostkirchenausschuß, 1946 als Organ der EKD geschaffen, hat die Aufgabe, die Evangelische Kirche in der Arbeit mit Vertriebenen und Aussiedlern zu beraten und zu unterstützen.

SPD wird mobilisiert für den Umweltschutz

Kampagne soll zur „Meinungsführerschaft" führen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen nach der Nachrüstung und der Arbeitszeitverkürzung die Umweltproblematik zu ihrem neuen zentralen politischen Thema machen. Ende Oktober soll eine Kampagne „zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft" anlaufen und in alle 10 500 Ortsvereine getragen werden. Wie Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern ankündigte, will die SPD „keinen Ausstieg aus der Industriegesellschaft", sondern „möglichst viele Bürger für eine nationale Anstrengung für den Umweltschutz" gewinnen. Seine Partei schätze die Situation „für dramatisch genug" ein und versuche deshalb den „Ausbruch aus der politischen Routine".

Diese Kampagne muß vor dem Hintergrund dessen gesehen werden, was die Parteiführer Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel als Zurückgewinnen der sozialdemokratischen Meinungsführerschaft auf wichtigen Politik-Feldern bezeichnet haben, um auf diesem Weg auch bundesweit wieder mehrheitsfähig zu werden. Trotz immer noch deutlicher Reserviertheit breiter Bevölkerungsschichten gegenüber dem Ziel der Arbeitszeitverkürzung, das in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommt, sieht Glotz die entsprechende SPD-Kampagne im Umfeld der letzten Tarifverhandlungen als erfolgreich an: „Es gibt keine deutsche Partei, die im Rahmen einer nationalen Kampagne derart systematisch ein Thema aufgreifen und mit dem Bürger diskutieren kann." Die Großoffensive beim Umweltschutz ist deshalb für Glotz auch eine Maßnahme, um „alternative Strategien nicht neben der herkömmlichen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik als idealistische Postulate vergilben" und als Linke „den Begriff der Modernisierung nicht den Rechten zu überlassen".

Im aktuellen Zentrum der SPD-Vorstellungen stehen dabei zum einen das vor Monaten von der Bundestagsfraktion vorgelegte Programm-Papier „Arbeit und Umwelt" sowie die schnellstmögliche Einführung abgasarmer Autos. Die SPD hat nach der Bundesratssitzung der vergangenen Woche offenbar ihre Reihen wieder fest geschlossen und als letzten Termin den 1. Januar 1986 erneut festgeschrieben. Der umweltpolitische Fraktionssprecher, Volker Hauff, bot gestern „Wetten in jeder Höhe" an, daß das Bundeskabinett heute nicht – wie vorgesehen – zu einer Entscheidung über die Einführung des abgasarmen Autos kommt oder zu einem Beschluß, der von den Ländern nicht mitgetragen werde. Hauff bekräftigte, was von Vertretern der SPD-regierten Länder auch im Bundesrat angekündigt worden war: Wenn es nicht schnell zur Abgasentgiftung bei Autos komme, werde die SPD alles in Bewegung setzen, um „drastische" Tempobegrenzungen einzuführen.

Die Sozialdemokraten legten gestern „zehn Gebote für die ökologische Modernisierung" vor, zu denen u. a. die Forderung gehört, den Umweltschutz als Staatszielbestimmung ins Grundgesetz aufzunehmen. Vor allem ihre wieder wachsende Stärke auf kommunaler Ebene will die SPD in ihre Umweltkampagne einbringen und eine „Umweltcharta" ihrer Kommunalpolitiker bis zum März 1985 präsentieren. Glotz sprach gestern von der Chance, die sich hier für die SPD durch einen „Bewußtseinsbruch" in der Bevölkerung ergebe. Zwar gebe es das Ziel, Umweltschutz in einem „abgestimmten europäischen und internationalen Vorgehen" zu betreiben. Aber „wenn die Gesundheit unserer Bevölkerung auf dem Spiel steht", seien auch nationale Alleingänge möglicherweise notwendig. Die Parteiführung wolle zwar auch auf diesem Feld Politik mit den Gewerkschaften machen, aber er könne nicht ausschließen, daß es dabei „in einzelnen Fällen" zu „Konflikten mit den Gewerkschaften" komme, sagte Glotz offensichtlich in Anspielung auf die Buschhaus-Debatte.

Die Gretchenfrage der SPD: Mit den Grünen koalieren oder nicht?

Von WILM HERLYN

Den Gegner hat der nordrhein-westfälische SPD-Vize Christoph Zöpel schon frühzeitig ausgemacht. Der Benjamin im Kabinett von Johannes Rau, nicht traurig darüber, wenn man ihn im linken Spektrum seiner Partei ansiedelt, gab im Sommer die Parole aus: „Die SPD muß in erster Linie einen ganz deutlichen Wahlkampf gegen Konservative führen." Damit sagte er resoluter als sein Vorsitzender Rau, wie die SPD in den Kommunalwahlen am 30. September und auch am 12. Mai 1985 bei den Landtagswahlen Stimmen für sich buchen will. Auf einer Funktionärskonferenz im rheinischen Velbert hatte der Ministerpräsident vor der Europawahl etwas blumiger erklärt: „Dreimal gegen die Wende wählen."

Die in Düsseldorf allein regierenden NRW-Sozialdemokraten stünden stellvertretend für die gesamte SPD in der Verantwortung, um die Chance zur Rückkehr in die Bonner Regierungsverantwortlichkeit zu erhalten. Seine Partei will nach dem schon einmal erprobten Rezept über die Kommunen und die Länder wieder an die zentralen Schaltstellen kommn. Da läßt Rau keinen Zweifel zu.

Diese unbedingte Aussage läßt deutlich aber auch die Schwäche der SPD erkennen. Diese Schwäche ist die Unsicherheit gegenüber den erstarkten Grünen, die ihr Stimmpotential überwiegend aus dem linken Flügel der Sozialdemokraten, aus Jungsozialisten und ehemaligen Jungliberalen schöpfen.

Weder die Führung noch die Basis wissen, wie sie mit dem Phänomen der Grünen fertig werden sollen. Das Spektrum reicht von der totalen Ablehnung bis zur vorsichtigen Annäherung. Stellvertretend dafür stehen Hermann Heinemann, Chef des konservativen Bezirks Westliches Westfalen, des mitgliederstärksten SPD-Verbandes, und Christoph Zöpel, der eine vorsichtige Öffnung zu den Alternativen vorbereitet.

Heinemann wurde im Frühjahr mit bisher nicht gekannten Mehrheiten in seinem Amt bestätigt, nachdem er den Grünen eine eindeutige und klare Abfuhr erteilt hatte. Zöpel dagegen bekannte frühzeitig: „Wir sind mit jeder Partei zur Zusammenarbeit bereit, die das Funktionieren der demokratischen Institution garantiert und die gegen Gewaltanwendung ist. Ich glaube, daß sich die Grünen überwiegend so darstellen." Die Einladung konnte deutlicher nicht ausfallen.

Dagegen machte es sich Johannes Rau schwer. Er, der das Thema lange gänzlich aussparte („Mir ist noch kein Grüner begegnet") und der



noch im Frühjahr vor seinen Genossen auf dem Aachener Partei donnerte: „Ich habe von Koalitionen die Nase voll", versuchte sich in leisen Absetzbewegungen. Vor der Fraktion legte er nach der Sommerpause klar: „Politische Parteien sind Gegner, aber auch politische Parteien sind koalitionsfähig, wenn die verabredete Politik stimmt. Ich mache keine Politik der Ausgrenzung mit. Ich lehne es ab, bestimmte Parteien aus dem Spektrum der Demokratie herauszureden. Es gibt viele wichtige Fragen, die die Grünen stellen. Sie haben das Verdienst, manches in das öffentliche Bewußtsein gebracht zu haben, was wir nicht ausreichend haben vermitteln können." Es ist überinterpretiert, diese Worte als Koalitionsangebot an die Grünen zu deuten, aber auch Rau weiß natürlich, daß die Grünen am 30. September in praktisch alle Kommunalparlamente kommen werden und sich auch zu den Landtagswahlen 1985 berechtigte Hoffnungen machen.

Natürlich werben Rau und die SPD landauf, landab um absolute Macht, wie sie vor allem noch in den Städten des Ruhrgebiets besteht. Aber dazu muß die Anhängerschaft total mobil gemacht werden. Hier liegt das zweite Problem der Sozialdemokraten. Darum künden die Plakate vom Straßenrand jetzt wie in Essen: „Aufwachen, SPD wählen". Den Slogan vom „Wählen-gehen", 1980 von der SPD für die Landtagswahl kreiert, hat die FDP diesmal schamlos kopiert.

In der Tat fürchten die Genossen wenig mehr als eine schlechte Wahlbeteiligung, die sich naturgemäß gegen die SPD wende. Die Europawahl hat das unlängst bewiesen. Und die für die Sozialdemokraten von Infas herausgegebenen günstigen Meinungsumfragezahlen werden zu Recht eher skeptisch gesehen. Auch Rau warnt: „Ich glaube nicht, daß man die Beliebtheit einer Partei messen kann, wie man jeden Morgen das Fieber bei einem Patienten mißt."

Kommunalwahlen haben sowieso ihre eigenen Gesetze. Denn so wie im Rheinland das Zusammengehen von CDU und FDP in manchen Orten von jeher gang und gäbe ist, so gibt es ein traditionelles Zusammenspiel von SPD und FDP in Ostwestfalen. Rezepturen, die für das ganze Land gelten, gibt es bei der Kommunalwahl in NRW nicht. Eines nur ist sicher: Das bisherige Verhältnis wird sich radikal ändern. Denn noch regiert in 67 Städten und Gemeinden die SPD mit absoluter Mehrheit – aber in 235 Rathäusern die CDU allein. Und von neun Kommunalwahlen konnten die Sozialdemokraten bislang lediglich drei für sich entscheiden. Nun stehen sie in den Gemeinden am 30 September vielfach vor der Entscheidung, die Macht mit den ungeliebten Grünen zu teilen. Für diese Ebene hat Johannes Rau den Untergliederungen seiner Partei freie Hand gegeben – und trägt damit noch mehr zur Verunsicherung der Sozialdemokraten bei.

Manöver ohne Beobachter aus Warschauer Pakt

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat ihr Bedauern darüber geäußert, daß die Staaten des Warschauer Paktes die Möglichkeiten der KSZE-Schlußakte nicht ausschöpfen und keine Beobachter zu den drei größeren NATO-Herbstmanövern zwischen dem 18. und dem 27. September auf deutschem Boden entsenden.

Wie das Auswärtige Amt gestern in einer Pressemitteilung erklärte, sei die östliche Kritik an den NATO-Herbstmanövern nicht durch die KSZE-Schlußakte gedeckt. Die Bundesregierung habe alle KSZE-Teilnehmerstaaten eingeladen, sich durch Manöverbeobachter davon zu überzeugen, daß „diese Übungen ausschließlich dem Zweck dienen, die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu gewährleisten". Während noch in den Vorjahren die Sowjetunion und die CSSR solche Beobachter entsandt hatten, „haben beide Staaten in diesem Jahr die Einladung der Bundesregierung ohne Begründung nicht angenommen".

In der Pressemitteilung heißt es weiter, „angesichts der Tatsache, daß die Staaten des Warschauer Paktes zu ihrem jetzt in der CSSR stattfindenden Manöver „Schild 84" keine Beobachter eingeladen haben, hegt die Bundesregierung die Erwartung, daß ihr Beispiel bei der Einladung von Manöverbeobachtern Schule machen wird – zum Nutzen der Vertrauensbildung in Europa".

Koalition berät über Rentenversicherung

dpa, Bonn

Wichtige Vorentscheidungen über mögliche Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung, die Reform der Hinterbliebenenrente und die Anerkennung eines beitragslosen Erziehungsjahres auf die Rente werden von den heutigen Sitzungen der Koalitionsfraktionen erwartet. In einem Koalitionsgespräch am letzten Freitag waren in Bonn die Weichen dafür gestellt worden. Danach zeichnet sich nach Angaben aus den Unionsfraktionen eine Mehrheit für das von Arbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte „Anrechnungsmodell" für die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform der Hinterbliebenenrente ab. Beschlüsse des Bundeskabinetts werden für Oktober erwartet.

Vermutlich erst Ende Oktober, bei der Vorlage des Rentenanpassungsberichts, ist eine Entscheidung darüber zu erwarten, wie die für das nächste Jahr erwartete Finanzlücke in der gesetzlichen Rentenversicherung geschlossen werden soll. Schätzungen gehen von einem Fehlbetrag von zwischen zwei und drei Milliarden Mark aus.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Für innerdeutsches Büro

FDP: Beziehungen den spektakulären Anstrich nehmen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ost-Berlin, ähnlich wie sie nach dem deutsch-französischem Freundschaftsvertrag besteht, haben sich die Freien Demokraten ausgesprochen. Der Berliner FDP-Landes und Fraktionschef Walter Rasch – Vorstandsmitglied seiner Partei – meinte gestern, es solle zu einer „möglichst weitgehenden institutionellen Verklammerung" auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet kommen „die den Interessen auf beiden Seiten Rechnung trägt". Dazu solle ein gemeinsames innerdeutsches Büro geschaffen werden, das zum Beispiel regelmäßige Treffen auf Regierungsebene vorbereiten sollte.

Nach seiner Auffassung muß es zu einer „Verstetigung der Beziehungen" kommen, um Begegnungen auf Spitzenebene den spektakulären Anstrich zu nehmen. Bonn muß sich laut Rasch „klar werden über ein klares Konzept" in der Deutschlandplitik, das auch wirtschaftliche Folgerungen einbezieht.

In einem FDP-Papier „Wege zum deutschen Ausgleich" sind zehn vorrangige Punkte für Verhandlungen aufgelistet. Dazu gehören unter anderem die Rücknahme des Mindestumtauschs, die volle Nutzung des Berliner Rings für Transitfahrten und die Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Helmstedt. Außerdem wird ein Energiestromverbund gefordert. Beim Umweltschutz solle die Bundesrepublik das nötige Know-how für den Einbau von Entschwefelungsanlagen in Kraftwerke liefern und der „DDR" das notwendige Kapital bereitstellen, die diese Kredite dann durch Stromlieferungen zurückzahlen sollte. Weiter regt Rasch die Gründung einer gemeinsamen Bank an, die später die Treuhandstelle für den Interzonenhandel ablösen könnte.

CDU-Verzicht auf Plakatierung

Alleingang in Gütersloh stößt in der Bonner Parteizentrale auf Befremden

GEORG BAUER, Bonn

Ist es ein Possenspiel, wahltaktisches Manöver oder ernsthafte Sorge um die Umwelt, wie es die Christdemokraten des Kreisverbandes Gütersloh angeben? Die dortige CDU verzichtet als bisher einziger Kreis in Nordrhein-Westfalen auf Plakatwerbung für die Kommunalwahlen am 30. September. Begründung: Die Plakatwerbung bringe sowieso keine Stimme mehr.

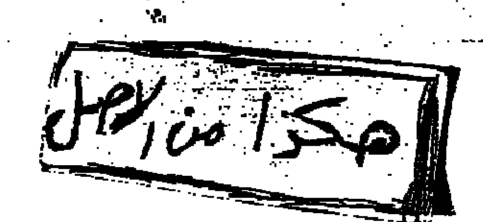
Doch der edle Beweggrund stieß in Bonn auf kein positives Echo. Mit der rüden Zurechtweisung, bei Plakatierungen von Umweltverschandlungen zu sprechen, sei Unsinn, reihte sich der christdemokratische Bundesgeschäftsführer in Bonn, Peter Radunski, in die Schar der lokalen Kritiker aus SPD und FDP in Gütersloh ein. „Wir haben", so erklärte er, „genaue Vorschriften für die Plakatierung entwickelt." Der Unionsmann warf seinen Parteifreunden im übrigen ein gestörtes Verhältnis zur politischen Kultur der Parteiengeschichte vor. Jede politische Kultur habe schließlich ihr visuelles Moment, und Plakate aus vergangenen Wahlschlachten, ob ausgetragen in der Weimarer Republik oder in der Bundesrepublik Deutschland, seien Dokumente der Zeitgeschichte.

Plakate, so Radunski weiter, hätten die Aufgabe, Kandidaten zu präsentieren, Slogans herauszustellen, Programme zu verkünden und über Veranstaltungen zu informieren.

Solchermaßen attackiert, blieb die Antwort aus Gütersloh nicht aus. In der Theorie würde sich der Bundesgeschäftsführer zwar auskennen, doch in der Praxis sehe dies ganz anders aus. Der Gütersloher Landtagsabgeordnete Doppmeier gab Radunski den Rat, wieder mehr Basisarbeit zu leisten, denn dann wüßte er, daß die Plakatwerbung nichts bringe.

Doch auch die Sozialdemokraten ließen wissen, daß sie auf Plakatwerbung nicht verzichten wollten. Das sei ein wahltaktisches Manöver, vernahm man aus den Reihen der SPD. Bereits im Wahlkampf für die jüngsten Bundestagswahlen, als die Christdemokraten ein ähnliches Angebot vorgelegt hatten und nach einem Nein der anderen Parteien im Alleingang auf Plakate verzichtet hatten, habe die CDU massiv mit Zeitungsinseraten geworben. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Fuchs aus Gütersloh: „Wir sind nicht reich genug, um Zeitungsinserate zu schalten."

Nüchtern kommentierte hingegen die FDP den Vorschlag der Christdemokraten. Sie wolle, als eine Partei, die – wie in ihren Reihen immer wieder zu vernehmen ist – den Umweltschutz als eine der ersten auf ihre Fahne geschrieben hat, auf wilde Plakatierung verzichten. Man nutze die offiziellen Werbeflächen.



Tschad: Tripolis und Paris ziehen ihre Truppen ab

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreich und die libysche Jamahiriya haben beschlossen ihre beiderseitigen Truppen in der Republik Tschad ab nächsten Dienstag, den 25. September, „vollständig und gleichzeitig" abzuziehen. Dies wurde am Montagmittag überraschend in einem knappen Kommunique des französischen Außenministeriums in Paris bekanntgegeben. Über die Dauer der Rückzugsaktion wurden keine Angaben gemacht. Das Kommunique *spricht nur von einem* „angemessenen Zeitraum". Nicht nur Soldaten, sondern auch alles „militärische Gerät" soll aus dem Land evakuiert werden. Gleichzeitig teilen die beiden Regierungen mit, daß sie ihre Zusammenarbeit und ihre Beziehungen verbessern wollen.

Außenminister Claude Cheysson hatte sich über das Wochenende geheim mit seinem libyschen Amtskollegen Ali Triki in Tripolis getroffen, um die Einzelheiten des Truppenabzugsabkommens festzulegen. Am Montagmorgen begab sich außerdem der französische Verteidigungsminister Charles Hernu von einer Routinereise nach Jordanien direkt in die tschadische Hauptstadt N'Djamena, um mit Präsident Hissan Habfe die Formalitäten des Abzugs zu regeln. Frankreich hatte seit dem 9. August 1982 3200 Fallschirmjäger und Marineinfanteristen entlang des 15. Breitengrades im mittleren Tschad stationiert, nachdem vorher Truppen des Rebellenführers Goukouni Weddaie mit libyscher Unterstützung weit nach Süden vorgestoßen waren und die Stadt Faya Largeau besetzt hatten. Frankreich hat seitdem stets betont, daß die Präsenz seiner Truppen im Tschad nur durch die libyscher Truppen im Norden des Landes begründet sei und jederzeit beendet werden könne, falls auch die libysche Seite ihre Besetzung aufgeben werde.

Verhandlungen über eine solche Möglichkeit wurden schon seit Monaten insgeheim zwischen Paris und Tripolis geführt. In diesem Zusammenhang standen offenbar auch die Reisen Mitterrands nach Marokko. Der von Tripolis unterstützte Rebellenführer Goukoumi Weddaie sah sich außerdem seit Wochen einer Spaltung in seiner Bewegung gegenüber, die seine Position auch bei Khadhafi stark geschwächt hatte.

„Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar"

Staatssekretär Carl-Dieter Spranger zur politischen Problematik der ansteigenden Kriminalität

Von CARL-DIETER SPRANGER

Die Kriminalität hat sich unserer Gesellschaft wie eine Schlinge um den Hals gelegt. Sie bedroht vor allem die sozial Schwächeren. Hieraus entsteht eine neue soziale Frage:

Die Kriminalität hinterläßt Opfer. Allein 20 Millionen Straftaten hat die Polizei in den letzten 5 Jahren registriert, von beträchtlichen Dunkelziffern ganz abgesehen. Millionen Menschen werden zu Opfern, und es sind nicht die Stärksten unserer Gesellschaft, die es trifft. Einmal Opfer geworden – und Opfer eines Verbrechens oder Vergehens zu sein ist für den einzelnen seit 1963 um gut 230 Prozent wahrscheinlicher geworden – erlebt der Verletzte eine ganz und gar unbefriedigende Betreuung und Wiedergutmachung für den Rechtsbruch. Wer betreut das Opfer nach der Tat, im Prozeß, bewahrt es vor Bloßstellung und zusätzlicher Kränkung?

Die Begriffe Wiedergutmachung und Sühne sind zu einer kleinen Münze geworden. Das Opfer, dem Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten entzogen werden, kann die staatlichen Reaktionen nicht als gerechten Schuldausgleich und Befriedigung seiner ideellen und materiellen Interessen empfinden. Auch das ist einer der Gründe für die tiefliegende Verdrossenheit der Bevölkerung über die Rechts- und Kriminalpolitik. Die gänzlich unbefriedigende Aufarbeitung von Verstößen gegen unsere Friedens- und Sozialordnung höhlen das Rechtsbewußtsein der Allgemeinheit und ihr Vertrauen in den Rechtsstaat aus.

Die Besserstellung des Opfers ist eine aktuelle Pflicht einer humanen Gesellschaft und es muß eine Konkurrenz aller Kräfte geben, um dem Opfer, das jeder Bürger werden kann und viele auch werden, zu helfen.

Schadensersatz leichter durchsetzbar machen, das Opfer vor zusätzlichen Belästigungen des Täters nach der Tat und vor Bloßstellung in der Gerichtsverhandlung besser schützen, sind unabdingbare Forderungen.

Auch sollte überlegt werden, wie die publizistische Vermarktung von Verbrechen durch den Straftäter, die um so einträglicher wird, je verabscheuungswürdiger die Tat war, unterbunden und ihres finanziellen Vorteils zugunsten von Schadensersatzforderungen des Opfers entkleidet werden kann.

Eine neue soziale Frage wirft auch die materielle Umverteilung zu Lasten der sozial Schwächeren als Folgen der allgegenwärtigen Kriminalität auf. 80 Prozent aller 1983 registrierten Delikte, d. h. ca. 3,5 Millionen Straftaten, richten sich gegen das Eigentum (als Diebstahl, Sachbeschädigung, Betrug). Der Wert des durchschnittlichen Diebesgutes lag, einschließlich der gestohlenen Kfz, weiter unter 500 DM. Das trifft nicht die Reichen!

Das Versagen bei der Kriminalitätsbekämpfung führt nicht nur zu schweren sozialen Störungen. Es hat seine Ursache in Fehlentwicklungen, die – ohne Kurswechsel – *sich zu* einer staats- und gesellschaftspolitischen Krise allerersten Ranges auswachsen.



Carl-Dieter Spranger, Staatssekretär im Bonner Innenministerium
FOTO: JUPP DARCHINGER

Während der Staat immer mehr als *umfassendes*, gesellschaftssteuerndes Instrument sozialer Daseinsvorsorge verstanden wurde, der mit einer Reglementierungswut ohnegleichen die Betreuung, *Bevormundung* und Vergesellschaftung des privaten Lebensraumes der Bürger betrieb, wurde er bei der Wahrnehmung seiner Uraufgabe, Freiheit und Rechte seiner Bürger zu schützen und Frieden nach *innen und außen zu sichern*, als „Überwachungs-, Schnüffel- und Polizeistaat" diffamiert. Strafrecht, Strafprozeßrecht, Verfassungsschutz und Polizeimaßnahmen wurden bis zur Wirkungslosigkeit hinterfragt und „liberalisiert". Die daraus entstehenden Defizite konnten durch immer mehr Personal und immer höhere Staatsausgaben nicht ausgeglichen werden. Im Gegenteil: immer weniger Sicherheit erwiesen sie als riesige Fehlinvestitionen.

Das aus den Erfahrungen der Weimarer Republik abgeleitete Prinzip der wehrhaften Demokratie wurde als „freiheitsfeindlich" mißachtet und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates zunehmend beeinträchtigt. Ein Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit wurde behauptet, obwohl in Wirklichkeit Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar ist und obwohl ein Übermaß an Freiheit für Straftäter im gleichen Übermaß die Freiheit der gesetzestreuen Bürger bedroht. Die Straftat wurde ideologisiert, psychiatrisiert und vergesellschaftet: persönliche Verantwortung und Schuld durch „das Opfer medizinischer oder gesellschaftlicher Verhältnisse" ersetzt.

Der Rechtsbruch hat epidemisch zugenommen auf 4,35 Millionen polizeilich registrierte Straftaten (ohne Verkehr) in 1983. Das staatliche Gewaltmonopol verfällt, und es machen sich viele kleine Gewalten breit: Blockaden, Betriebsbesetzungen, *Straßenschlachten, Sitzstreiks*, tausendfache Nötigungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.

Um all diese Rechtsbrüche, die unsere Freiheit verkleinern, zu rechtfertigen, werden sie geschickt als Gegengewalt deklariert. „Strukturelle", „technologische", „ökonomische" Gewalten werden als Popanz projiziert, um *unter dem* Deckmantel von sog. Notwehrrechten eigene Gewalt zu verüben. Bewußtseinsveränderung durch gewollte Begriffsverwirrung soll Rechtfertigungsgründe schaffen: Aus der Wehr- wird durch *semantischen Betrug die* Kriegsdienstverweigerung, und das Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem schmalen Berufsfeld des öffentlichen Dienstes wird Berufsverbot geheißen; unter der Priesterherrschaft der Systemveränderer nehmen soziologische Begriffe wie ein Chamäleon die Farbe ihrer Umwelt an. Der innere Frieden *ist* empfindlich gestört und die Freiheit des einzelnen in seinem Anspruch auf Achtung seines Rechtskreises nimmt laufend ab.

Wenn heute 40 Prozent aller Straftaten von Minderjährigen ausgeführt werden, dann ist festzustellen: Unsere Jugend kann nicht besser sein als die sie formenden Kräfte.

Die Bildungseinrichtungen und Medien suggerieren abstrakte Selbstentfaltungswerte, während unsre Arbeitswelt auf Pflicht- und Akzeptanzwerten aufbaut. Kein Wunder, daß die Jugend in die „Klemme" gerät.

Was tun? In der Familie und den ergänzenden Bildungseinrichtungen muß der Gemeinsinn wieder in den Mittelpunkt gestellt, müssen die klassischen Tugenden des Mitgefühls und der Hilfe für andere, des Fleißes und der Tüchtigkeit, der Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit, des Lebensmutes und der Zivilcourage, der Pflichterfüllung und Regelakzeptanz vorgelebt und vermittelt werden.

Der Staat aber muß ein Wertgefüge schaffen und aufrechterhalten, in dem sich diese Tugenden auch „lohnen". Der Staat muß Recht und Freiheit schützend sichtbar machen; er muß den Rechtsbruch ächten. Der Ewige Landfrieden von 1495 war eine zivilisatorische Leistung, ließ befriedete Räume entstehen und unsere Kultur erblühen, die Bildung des staatlichen Gewaltmonopols erlöste die Menschen von unberechenbaren Gewaltdrohungen und -angriffen. Die Gewalt wurde „kaserniert" (N. Elias). All unseren Grundrechten wohnt prinzipiell Gewaltlosigkeit inne, Friedlichkeit ist allgemeines Verfassungsgebot.

So müssen die grundlegenden Werte und Normen unseres Staatswesens gefestigt werden, sie dürfen nicht durch Ungehorsams- und Verweigerungskampagnen untergraben werden. Erziehung muß zur Integration und nicht zum Konflikt hinführen. Rechtsbruch darf nicht nur durch Gesetz geächtet sein, er muß auch konsequent und in angemessener Frist geahndet werden, auch beim Ordnungsunrecht.

Doch um die Kriminalitätsraten zu senken, die Aufklärungsquoten zu steigern, dürfen sich die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen nicht allein mit der Verbesserung der materiellen Wohlfahrt der Bürger begnügen. Die geistig-ethische Wohlfahrt der Bürger untereinander und im Verhältnis zum Staat, die Achtung und Wahrung des Rechts und seiner zugrundeliegenden Wertordnung, die Sicherung von Frieden und Freiheit nach innen und außen sind mindestens vom gleichen Rang. Die hier festgestellten Fehlentwicklungen können nicht durch eine Fortsetzung der Politik des Rückzugs des Staats und der Aufhebung der Pflichten des einzelnen gegenüber dem Kurswechsel in der Innen- und Rechtspolitik auf der Grundlage des kürzlich vorgelegten Forderungskatalogs der Innen- und Rechtspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion behoben werden.

Frankreich sorgt sich um seine Arbeitslosen

Dramatische Einzelfälle / Fabius schlägt Programm vor

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Arbeitslosigkeit ist in Frankreich an der Schwelle der Empfindlichkeit der Nation angekommen. Sie wird in den Medien plötzlich als menschliches Drama mit schweren psychologischen Folgen für die Betroffenen und als eine schreckliche moderne Krankheit dargestellt. Sie hat selbst den wirtschaftlichen Staatsfeind Nummer eins, die Inflation, für Momente aus dem Blickfeld verdrängt. Premierminister Fabius hatte sie in seinem ersten Fernsehinterview nach der Sommerpause am 5. September als einen „Krebs am Körper des Volkes" hingestellt, gegen den kein moderner Staat bisher ein wirksames Mittel gefunden hätte.

Die Arbeitslosenzahl steigt in Frankreich seit Mitte letzten Jahres wieder regelmäßig an, nachdem sie seit 1981 bei etwa zwei Millionen stagniert hatte. Im August lag sie mit 2,6 Millionen auf über 10 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.

Das französische Fernsehen zeigte in den letzten Tagen offenbar auf höhere Anweisung Bilder von Familien mit arbeitslosen Müttern oder Vätern, von Jugendlichen, die seit ihrem Schulabgang oder ihrer Gesellenprüfung keine Arbeit fanden, oft seit Monaten von der Unterstützung leben, von Akademikern, die sich in ganz anderen als ihren ursprünglich anvisierten Berufen betätigen müssen, um überleben zu können.

So sah man eine Pariser Ärztin, die glücklich war, sich als Putzfrau durchschlagen zu können, und einen jungen Juristen, der in Erwartung einer Stelle am Gericht von Nachhilfeunterricht lebt. Ein junger Mann mit der Meisterprüfung im Tischlerhandwerk sucht seit sieben Monaten nach einem Arbeitsplatz in seinem erlernten Beruf. *Auf die Frage, warum* er nicht zum Militär gehe, kam die Antwort: „Das hat mein Bruder, gelernter Metzger, schon gemacht. Ich will nicht, daß es in Frankreich nur noch Soldaten gibt." Verteidigungsminister Hernu hatte, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, vor einem Jahr den „Freiwilligen längeren Wehrdienst" (SVL) eingerichtet, in dem Wehrpflichtige statt der gesetzlichen 12 Monate, 18 Monate unter den Fahnen bleiben können.

Häufig waren Beispiele von Leuten, die nach Ablauf der gesetzlichen Frist keinerlei Arbeitslosengeld mehr bekommen und von der öffentlichen Fürsorge leben müssen. Eine ausführliche Reportage im zweiten Fernsehkanal *beschäftigte sich mit dem* „neuen Proletariat" in der 80 000-Einwohner-Stadt Chartres, das in beunruhigendem Maße um sich greift und noch sehr viel höhere Zahlen in den größeren Städten vermuten läßt. Es war erschütternd zu sehen, in welch kurzer Zeit Menschen aus durchaus guten Verhältnissen, die plötzlich ihrer Einkommensbasis beraubt sind, in ein menschenunwürdiges Dasein, ja ein regelrechtes Clochard-Leben absinken und darin resignieren.

Die in Paris ansässige Bewegung „Vierte Welt" des polnischblütigen katholischen Priesters Weslenski bemüht sich seit Jahren, die Menschheit auf dieses Phänomen hinzuweisen. Der frühere französische Premierminister Mauroy hatte die Öffentlichkeit schon im Herbst 1983 davor gewarnt, daß es in Frankreich womöglich bald eine weitverbreitete „Armut" geben werde, wenn man das Arbeitslosenproblem nicht in den Griff bekomme. In Paris, Lyon und Marseille hatten sich zu Einbruch des *letztes* Winters plötzlich immer längere Schlangen vor den „öffentlichen Suppenküchen" gebildet, die die Gemeindeverwaltungen in aller Eile eingerichtet hatten.

Mauroys Nachfolger, Laurent Fabius, hatte in seinem Fernsehinterview *die Opposition* aufgefordert, ihm bei der Lösung dieses Problems beizustehen und ihre systematische Obstruktionspolitik in diesem Punkt aufzugeben. Indes zeichnet sich bisher nicht das leiseste Anzeichen eines gemeinsamen Vorgehens ab. Während Fabius ein „Fünfpunkteprogramm" in bester sozialistisch-planwirtschaftlicher Tradition *vorschlägt*, in dem neben Schulung und Fortbildung der Arbeiter auch eine Art Arbeitsdienst für unbeschäftigte Jugendliche zum ersten Mal auftaucht, sprechen Chirac, Giscard und Barre von einem wahren Durchbruch liberal-marktwirtschaftlicher Methoden, wie Aufgabe aller staatlichen Regelungen für die Industrie, massiven Steuersenkungen zur Ankurbelung der Investitionen, Freigabe der Produktionspreise und Freisetzung von überflüssiger Arbeitskraft nach Gutdünken der Arbeitgeber.

Amerikas Katholiken ringen um die Freiräume der Toleranz

Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Politikern wird zum Grundsatzstreit

Von TH. KIELINGER

Der Präsidentschaftswahlkampf hat die katholische Kirche in den USA an einen Scheideweg geführt. Was sich in diesen Tagen im Streit um die Abtreibungsfrage abspielt, ist nicht einfach eine Auseinandersetzung zwischen der Hierarchie und mehreren prominenten Katholiken des öffentlichen Lebens, darunter die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei, Geraldine Ferraro, der Gouverneur des Bundesstaates New York, Mario Cuomo, und Senator Edward Kennedy aus Massachusetts. Vielmehr wagt sich hier eine bestimmte Konfession vor, um Figuren des öffentlichen Lebens dafür zu schelten, daß sie Morallehren der Kirche, der sie angehören, nicht in öffentliches Recht verwandeln wollen.

Die Angefeindeten wehren sich gegen die geistliche Obrigkeit mit dem Hinweis auf die Trennung von Kirche und Staat. Gleichzeitig treten sie als Mahner vor ihre Bischöfe: Die Kirche möge die Toleranz nicht gefährden, der gerade sie ihre große Akzeptanz im öffentlichen Leben der USA verdanke. „Wer die Leistung katholischer Politiker konfessionellen Feuerproben unterwirft, gefährdet das hart erkämpfte Verständnis, das die Amerikaner vor einer Generation dazu brachte, einen katholischen Präsidenten zu wählen", schreibt die „New York Times" in einem kürzlichen Leitartikel.

Das Satz ist ein Omen. Er spricht zum erstenmal aus, was man auf Reisen und in Gesprächen in den USA in diesen Tagen mehr und mehr zu hören bekommt: daß die dramatische Debatte um die Rolle der Kirchen im öffentlichen Leben über die Ufer zu treten beginnt und daß die katholische Kirche am meisten an den Konsequenzen zu tragen haben dürfte.

Wie ist es zu der unerquicklichen Lage gekommen? In einem Land, das noch immer – wie schon Tocqueville bemerkte – „von religiöser Atmosphäre" durchzogen ist? In gewisser Weise baden alle, die an dieser Debatte beteiligt sind, die Sünden aus, die die Legislative des Landes im reformerischen Übereifer in den siebziger Jahren begangen hat, allen voran der oberste Bundesgerichtshof selber. Seit 1973 haben die neun Weisen dieses hochrespektierten Gerichts die Abtreibung freigegeben, Gebete und Bibellesungen aus den öffentlichen Schulen verbannt, Konfessionsschulen Steuervorteile entzogen, die Homosexualität legalisiert, den erlaubten Verbreitungsraum pornographischer Literatur entscheidend erweitert und vieles andere mehr.

Diese Art Liberalität geht einem großen Teil der Amerikaner inzwischen zu weit. Die Res publica, so befürchten viele, treibt dem Heidentum entgegen. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß gerade die Kirchen den Protest gegen diese Entwicklung anführen müssen; denn die große Mehrzahl der Amerikaner ist kirchlich organisiert und erwartet von ihrer geistlichen Obrigkeit Signal und Führung.

Doch die lange Liste der liberalen Gesetzgebung der letzten fünfzehn

DIE ANALYSE

Jahre enthält eine auffallende Mischung aus konsensfähigen und nicht konsensfähigen Themen. Auch in den USA bedarf es zur Reformierung der Reformen einer Mehrheit. Die Mehrheit der Amerikaner aber ist sowohl moralisch als auch „heidnisch" *motiviert, kirchlich organisiert* wie auch laizistisch-fortschrittlich ausgerichtet. Sie trennt sehr wohl zwischen dem, was einer seiner Konfession nach befolgt, und dem, was er vernünftigerweise anderen als nachahmenswert empfehlen oder aufbürden kann.

Die Abtreibungsdebatte liegt genau auf dieser Grenze. Die Gesetzgebung, die die Abtreibung in den USA legalisiert, entstammt zwar dem fortschrittlichen Überschwang der 70er Jahre, wird aber von der Mehrheit der Amerikaner nicht abgelehnt. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich ein neuer Konsens bildet, der die Abtreibung von einer moralisch bedenklichen, aber öffentlich zugelassenen Praxis wieder in den Bereich des Strafrechts überführen würde.

Für die katholische Kirche muß das nicht heißen, daß sie deshalb ihre Opposition gegen die Abtreibung aufgibt. Sie tut das so wenig wie andere Konfessionen, etwa die fundamentalistischen Protestanten, die auf die Leitung eines Reverend Jerry Falwell hören. Aber folgt daraus, daß die kirchliche Obrigkeit Anhänger ihrer Konfession, die in öffentlicher Verantwortung stehen, an den Pranger stellen muß, nur weil diese Gläubigen aus der kirchlichen Ächtung der Abtreibung nicht ein neues Strafgesetz machen wollen? Gouverneur Cuomo formulierte es vor der University of Notre Dame in der vergangenen Woche folgendermaßen: „Der Preis dafür, unsere moralischen Auffassungen anderen aufbürden zu wollen, ist der, daß diese anderen eines Tages ihre eigenen Auffassungen auch uns zu diktieren wünschen." Cuomo empfahl dem Kirchenvolk, in Sachen der Moral nicht so sehr nach neuen Gesetzen zu rufen, sondern durch Vorleben und Beispiel auf die Umwelt zu wirken.

Der Rat ist pikant. Wie weit befolgt das katholische Volk – 50 Millionen in den USA – die Lehre der Kirche zur Empfängnisverhütung? Wieviele Katholiken lassen sich trotz der Lehre der Kirche über die Unauflöslichkeit der Ehe scheiden? Wir wissen statistisch, daß nur 11 Prozent der amerikanischen Katholiken die Abtreibung in allen Situationen und unter allen Umständen ablehnen. Der Konsens in einigen zentralen moralischen Fragen besteht mithin nicht einmal im Lager der Gläubigen selber.

Das rückt jene Bischöfe, die so heftig einen Cuomo oder eine Ferraro kritisieren, in den Verdacht, sie wollten über den Gesetzgeber eintreiben, was sie in den Reihen der Glaubensanhänger selbst nicht durchzusetzen vermögen. John F. Kennedy konnte der amerikanischen Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß er gemäß seinem Amtseid „ohne Rücksicht auf religiöse Pressionen oder Diktate" regieren werde (Rede in Houston, 12. 9. 1960).

Die Toleranz, die Kennedy für die katholische Kirche in der amerikanischen Gesellschaft zu erobern wußte, steht heute wieder auf dem Spiel. Mario Cuomo und Geraldine Ferraro haben daher eine unausgesprochene Furcht: für ihr Land in Zukunft nicht wählbar zu sein, weil der Eindruck entstehen könnte, daß sie auf Dauer der so öffentlich artikulierten Pression ihrer Kirche erliegen müssen.

Kommission rät Japan zur Aufrüstung

AFP, Washington

Angesichts einer gefährlichen Verstärkung des sowjetischen Militärpotentials in Nordost-Asien und der „unzureichenden" Stärke der japanischen Streitkräfte hat die „US-Japan Advisory Commission" zu einer Aufrüstung Japans geraten. Die japanisch-amerikanische Kommission war im vergangenen Jahr von US-Präsident Ronald Reagan und Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ins Leben gerufen worden.

In ihrem gestern den beiden Staatschefs überreichten 109seitigen Bericht spricht sich die Kommission für eine enge Kooperation Washingtons und Tokios aus. „In einer Zeit, in der fortgeschrittene Technologie wesentlich zur Entwicklung neuer Verteidigungssysteme beitragen kann, sollten die USA und Japan – als die beiden technologischen Führer der Welt – aktiv auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung zusammenarbeiten."

Dem 15köpfigen Ausschuß, der von dem Präsidenten des amerikanischen Informatik-Konzerns „Hewlett Packard", David Packard, und dem ehemaligen japanischen Minister für Außenwirtschaft, Nobuhiko Ushiba, geleitet wird, gehören unter anderem der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der Präsident des „Sony-Konzerns", Akio Morita, und der ehemalige japanische Außenminister Saburo Okita, an.

Gemessen an der sowjetischen Aufrüstung in Ostasien zu Lande, zu Wasser und in der Luft erscheine Tokios Militärpotential als unzureichend, bemerkt die Kommission. „Große Mängel der japanischen Selbstverteidigungskräfte zeigen sich besonders deutlich beim militärischen Oberbefehl, der Kommunikation, der Luftabwehr und der Infrastruktur für die drei Teilstreitkräfte." Ebenfalls seien die Rüstung und die Logistik veraltet.

In Ostasien habe die Sowjetunion inzwischen 135 Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 installiert und ihre Zahl solle bis 1990 noch erheblich erhöht werden, heißt es in dem Bericht. Außerdem hätten die Sowjets an ihrer Ostgrenze 70 strategische Bomber und eine neue Generation von Abfangjägern stationiert. Ihre Pazifik-Flotte umfasse über 800 Schiffe, darunter 89 schwere Kriegsschiffe und mindestens 125 U-Boote.

Angola: Immer mehr Hinweise für Präsenz von Nordkoreanern

Rückschläge für die Unita / Moskau liefert Luanda auch MiG-23-Kampfflugzeuge

MONIKA GERMANI, Kapstadt

Bei den letzten Kämpfen in Angola zwischen den Regierungstruppen der MPLA und der Guerrillabewegung Unita haben die Truppen des Rebellenführers Jonas Savimbi erstmalig Rückschläge erlitten. Bisher waren die Unita-Soldaten in ihren Einsätzen, trotz der Verstärkung durch die seit fast zehn Jahren auf Regierungsseite kämpfenden Kubaner, im Vorteil. Nun haben die Rebellen offenbar bedeutende Verluste erlitten. Das wird auf den Einsatz von nordkoreanischen Elitetruppen an der Seite der Regierungseinheiten zurückgeführt.

Wie die Kapstadter Zeitung „Argus" in der vergangenen Woche berichtete, ist ein hoher südkoreanischer Diplomat in Südafrika überzeugt, daß sich eine „nicht unbedeutende Anzahl Nordkoreaner in Angola befindet". Sie schätzt deren Stärke zwischen 500 und 1000 Mann. Angolanische Diplomaten in Europa geben die Zahl mit 3000 an. Demgegenüber bestritt Guerrillaführer Savimbi in Kapstadt diese Behauptungen. Auf Fragen der WELT sagte er, es gebe keine Beweise für die Anwesenheit der Nordkoreaner in Angola. Südafrikas Außenminister Roelof Botha indessen hält die Präsenz der Koreaner für durchaus wahrscheinlich.

Südkoreanischen Quellen zufolge ist vor einem Jahr in Moskau ein Unterstützungsabkommen zwischen Angola und Nordkorea unterzeichnet worden. Regierungsnahe Kreise in Pretoria berichten, die koreanischen Ausbilder der berüchtigten zimbabwischen 5. Brigade, die im Matabeleland rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung vorging, sei nach Angola verlegt worden. Informierte angolanische Quellen ergänzen, 10 000 Kubaner seien aus Angola abgezogen worden und nach Ghana und Burkina Faso transportiert worden. Wie die WELT vertraulich erfuhr, werden in Burkina Faso inzwischen auch PLO-Terroristen ausgebildet.

Beobachter in Pretoria und Luanda sind von dem besseren Kampfgeist der Nordkoreaner im Vergleich zu dem der Kubaner überzeugt. Es dürfte, so schätzen sie die Lage ein, für die Unita schwierig sein, mit diesem Gegner fertig zu werden.

Savimbi bestätigte im Gespräch mit der WELT die Lieferung der neuen MiG-23-Kampfflugzeuge für die Regierung in Luanda. Seine Truppen, die mit mobilen Anti-Flugzeug-Abwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen ausgerüstet sind, hätten in der letzten Woche zwei Maschinen dieses Typs abgeschossen, eine davon in Munjango, weit nördlich seiner Hauptstadt Jamba. „Die Möglichkeit eines Überfalls auf Jamba besteht nun", sagte Savimbi.

Bisher waren an Angola nur sowjetische MiG 21 geliefert worden, deren Aktionsradius nicht ausreichte, um Savimbis Hauptstadt Jamba in Südangola zu erreichen. Der Oberkommandierende der neuen MiG-23-Staffeln, General Henrique „Iko" Carreia, war für zwei Jahre in der Sowjetunion ausgebildet worden und gilt, wie Parteisekretär Lucio Lara, als Vertrauensmann Moskaus. Beide vertreten gegenüber Savimbi und dem Westen eine härtere Linie als Angolas Präsident Edoardo dos Santos.

Savimbi bestätigte ferner, daß seine Truppen weniger als 100 km nordöstlich der Hauptstadt Lusaka kämpfen würden. Die MPLA-Regierung sei nun gezwungen, Verhandlungen mit der Unita aufzunehmen, ob sie es wolle oder nicht, und die Macht mit ihr zu teilen. Den Vertrag von Nkomati zwischen Südafrika und Moçambique bezeichnet er als ein historisches Abkommen, beispielhaft für künftige Verträge.

Burkina oder Afrikas Namensspiele

BERNT RÜTTEN, Bonn

Das frühere Obervolta heißt nicht Bourkina-Fasso und auch nicht Burkina-Faso, sondern einfach Burkina, erklärte jetzt der Direktor des Rundfunks von ... Burkina, dem früheren Obervolta. „Faso" bedeutet nichts weiter als „Republik". „Und", so fährt er fort, „wenn man früher sagte, man fährt nach Obervolta, so muß man heute sagen: ‚nach Burkina' und nicht ‚nach Burkina-Faso', weil man ja auch früher nicht sagte, man fährt in die ‚Republik Obervolta'."

Damit dürften alle Komplikationen im Zusammenhang mit dem jüngsten Fall der Neuschöpfung eines Ländernamens in Afrika beigelegt sein. „Die Republik der Unbestechlichen" – schon vorher war verlautet, daß Burkina diese Bedeutung habe – war anläßlich des ersten Jahrestages der von Hauptmann Thomas Sankara mit einem Staatsstreich proklamierten Revolution so benannt worden. Damit hat sie – das dazugehörige Adjektiv lautet „burkinabisch" – die wenig phantasievolle Liste der afrikanischen Ländernamen um eine interessante Variante bereichert.

Denn willkürlich haben die Kolonialmächte mit dem Lineal Afrika unter sich aufgeteilt und Großgebiete ohne Namen geschaffen. Die Franzosen, die die meisten Kolonien besaßen, unterschieden nur zwischen „Französisch-West-" und „Französisch-Äquatorialafrika". Die Engländer, deren afrikanischer Kolonialbesitz nicht so zusammenhängend war, ließen sich immerhin Namen wie „Goldküste" (für das heutige Ghana) und Nigeria – nach dem Fluß Niger – einfallen.

Beim Schritt in die Unabhängigkeit griff man häufig auf die Namen vergangener Reiche zurück – Ghana, Mali, Zimbabwe – oder wandte das bewährte Rezept „Fluß = Landesname" an: Niger, Zaire. Das frühere Dahomey benannte sich noch Jahre nach der Unabhängigkeit in „Benin" um, ohne Rücksicht darauf, daß das historische Königreich Benio und die dazugehörige Stadt gleichen Namens im heutigen Nigeria liegen.

Sprachlich hat sich kaum ein Land von der früheren Kolonialmacht lösen können. Ein paar Staaten haben auf das mit dem Islam eingeführte Arabisch zurückgegriffen, so Mauretanien und Sudan. Die Diskussion um eine afrikanische „lingua franca" flammt gelegentlich für kurze Zeit auf. Die Unzahl verschiedener Stammessprachen aber bringt es mit sich, daß die Angehörigen eines afrikanischen Nationalstaates sich oft nur in der Sprache des früheren Kolonialherrn verständigen können.

Und das gilt auch für die Republik der Unbestechlichen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erstaunliche Äußerungen

„Keine Übertreibungen bei der inneren Betrachtung": WELT vom 16. September

Es sind schon erstaunliche Äußerungen, die Bundespräsident von Weizsäcker in seinem Interview zur Deutschlandpolitik getan hat.

Erstaunlich zum einen, weil sich das Staatsoberhaupt unserer Republik in einer bisher nicht üblichen und keineswegs unproblematischen Weise zu aktuellen Fragen der Tagespolitik äußert. Auch der Bundespräsident muß es, wenn er so handelt, hinnehmen, daß ihm öffentlich widersprochen wird.

Zum anderen erstaunt die Art des Umgangs mit deutschlandpolitischen Gegebenheiten in dem Interview. Es ist nicht ganz einfach zu ergründen, was von Weizsäcker mit dem Satz gemeint haben mag, „ein solcher Besuch (gemeint ist der Besuch Honeckers) könne nur gelingen, wenn man sich gegenseitig statusmäßig nicht zu übervorteilen sucht". Eben dies müßte mit Sicherheit erwartet werden, wenn der Bundespräsident Herrn Honecker offiziell empfangen würde; wir brauchten nicht lange zu warten, bis die SED-Propaganda dieses Treffen der Staatsoberhäupter als diplomatische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland und damit die Beseitigung des innerdeutschen Sonderverhältnisses werten würde, wie es noch der Grundlagenvertrag in der Form des offenen Dissenses festhält. Der Rang Honeckers als Staatsoberhaupt würde dazu mißbraucht, einen mißdeutbaren Vorgang zu schaffen, mit dem die statusmäßige Position der Bundesregierung ausgehöhlt würde.

Wäre der zitierte Satz des Bundespräsidenten also als Mahnung an die SED zu verstehen, würde er einleuchten. Logische Konsequenz wäre dann die Weigerung des Präsidenten, Honecker offiziell zu empfangen.

Gerade dies zu tun ist aber die im selben Interview erklärte Absicht von Weizsäckers. Daraus kann nur der Schluß gezogen werden, daß er es als statusmäßige Übervorteilung der DDR ansehen würde, wenn er den Staatsratsvorsitzenden nicht empfangen würde. Wahrlich, eine überaus seltsame Logik!

Claus Jäger MdB, CDU
Mitgl. des innerdeutschen Bundestagsausschusses

Wort des Tages

„Kein Mensch ist klug genug, um all das Böse zu erkennen, das er tut."

François de La Rochefoucault; franz. Moralist (1613–1680)

Freigekauft

„Schiebt ‚DDR' mehr Kriminelle ab?": WELT vom 3. September

Sehr geehrte Herren,

die DDR schickt seit Jahren anläßlich des Freikaufs kriminelle Straftäter in die Bundesrepublik.

Ein aus dem Chemnitzer Raum stammender Zuchthaus-Insasse gelangte auf diese Weise in den Landkreis Celle, wo er sich strafbar machte. Nach Strafverbüßung setzte sich dieser Mann nach Nordhorn ab. Am 14. 3. '76 verfolgte er unsere 88jährige Mutter und erzwang den gewaltsamen Zutritt zur Wohnung. Nach einer Vergewaltigung schlug er die Greisin nieder, wo sie nach drei Tagen und Nächten vom Hausbesitzer besinnungslos aufgefunden und ins Nordhorner Krankenhaus eingeliefert wurde. Nach einem Vierteljahr starb unsere Angehörige – eine rüstige und kerngesunde Frau – an den Folgen der Mißhandlungen. Der Täter wurde von der Nordhorner Kripo gefaßt und im Dezember 1976 vom Amtsgericht Celle zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Mit freundlichen Grüßen
G. Bertram,
Weilheim/Oberb.

Personalien

EHRUNG

Zu einem Empfang in der Bonner Redoute hat der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, **Leo Imhoff**, für den 18. September die Repräsentanten des deutschen Gastgewerbes aus allen Teilen der Bundesrepublik, führende Politiker, Gewerkschaftler und die Vertreter anderer großer Verbände geladen. Anlaß ist der 60. Geburtstag des geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Dehoga, Dr. **Egon Heider**. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband will mit diesem Empfang dem langjährigen Geschäftsführer für seine Arbeit danken, die entscheidend zur Stärkung des Ansehens des deutschen Gastgewerbes und der gastgewerblichen Berufe in der Bundesrepublik beigetragen hat.

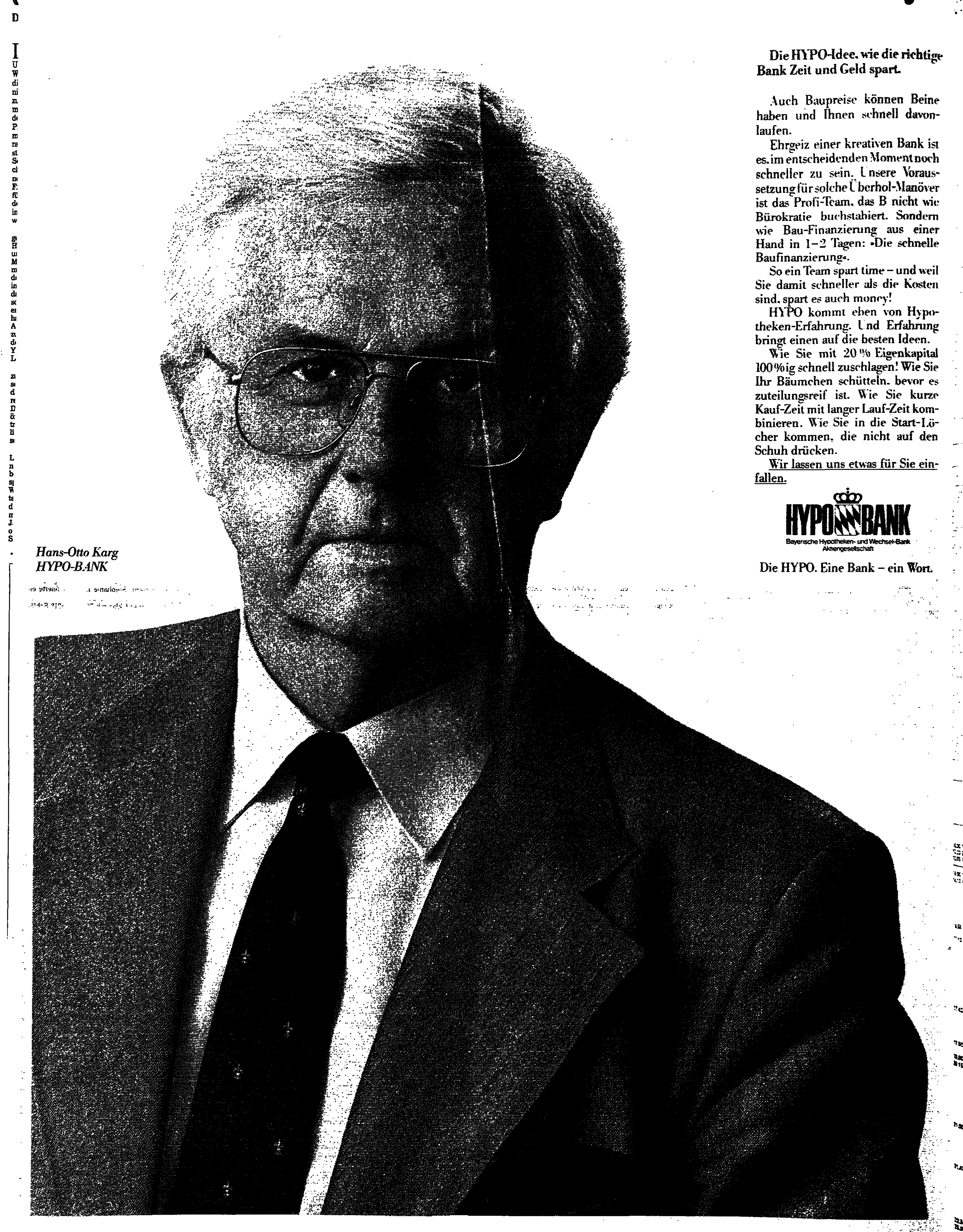
1974 übernahm Dr. Egon Heider die Dehoga-Hauptgeschäftsführung sowie die Geschäftsführung der Interhoga in Bonn. In enger Zusammenarbeit mit Leo Imhoff entwickelte er den Dehoga weiter zu einem der großen mittelständischen Verbände. 1983 wählte ihn der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband einstimmig zum geschäftsführenden Präsidialmitglied, auch als Dank für seine Arbeit. Dr. Egon Heider ist Mitglied des Vorstandes der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten, Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit und Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Musikveranstalter sowie Mitglied des Arbeitskreises für Tourismus beim Bundesministerium für Wirtschaft.

AUTOR

Der ehemalige FDP-Vorsitzende und frühere Bundesminister Dr. **Erich Mende** wird die Bände seiner Erinnerungen fortsetzen. Nach dem ersten Buch „Das verdammte Gewissen", das den Zeitraum Weimar und Nationalsozialismus umfaßt, erscheint für die Buchmesse Band II: „Die neue Freiheit", die Jahre 1945 bis 1961. Ein drittes Buch wird 1986 erscheinen. Titel „Von Wende zu Wende". In diesem Werk will sich Erich Mende ausführlich mit den „Hauptverantwortlichen" beschäftigen, die seinerzeit die Ablösung und den Sturz des früheren CDU-Kanzlers Ludwig Erhard betrieben haben.

SCHIRMHERR

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird die Schirmherrschaft über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel übernehmen, der die deutschen Kriegsgräber in aller Welt betreut. Die Ehrenurkunde dafür wird dem Bundespräsidenten am 2. Oktober in Bonn überreicht. Weizsäckers Vorgänger **Karl Carstens**, der während seiner Amtszeit ebenfalls Schirmherr der Organisation war, erhält am 14. November die Ehrenmitgliedschaft im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.


Team ist money!
Die HYPO-Idee, wie die richtige Bank Zeit und Geld spart.
Auch Baupreise können Beine haben und Ihnen schnell davonlaufen.
Ehrgeiz einer kreativen Bank ist es, im entscheidenden Moment noch schneller zu sein. Unsere Voraussetzung für solche Überhol-Manöver ist das Profi-Team, das B nicht wie Bürokratie buchstabiert. Sondern wie Bau-Finanzierung aus einer Hand in 1–2 Tagen: »Die schnelle Baufinanzierung«.
So ein Team spart time – und weil Sie damit schneller als die Kosten sind, spart es auch money!
HYPO kommt eben von Hypotheken-Erfahrung. Und Erfahrung bringt einen auf die besten Ideen.
Wie Sie mit 20 % Eigenkapital 100%ig schnell zuschlagen! Wie Sie Ihr Bäumchen schütteln, bevor es zuteilungsreif ist. Wie Sie kurze Kauf-Zeit mit langer Lauf-Zeit kombinieren. Wie Sie in die Start-Löcher kommen, die nicht auf den Schuh drücken.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Hans-Otto Karg
HYPO-BANK

Vater der modernen Kämpfe: TV-Serie über den spanisch-französischen Krieg

Der Widerschein des Entsetzens

Der alte Goya sitzt bei Kerzenlicht verzweifelt in seinem Stuhl und reicht Skizzen herum, die er – aufgewühlt von der noch frischen Erinnerung an die gesehenen Greuel – in wilden Strichen zu Papier gebracht hatte: vergewaltigte Frauen, erschlagene Kinder, gepfählte und geköpfte Soldaten, Bäume, an denen wie überreife Früchte gehenkte spanische Aufständische baumeln. Zu viel haben seine Augen gesehen, klagt der *alte Mann, Ideen des Fortschritts hätten* sich in Feuer und Schwert verwandelt, „keine hehre Idee, die sich nicht als Weggefährte der Folter, der Vergewaltigung, des Verrats erwies".

Den noch heute erschreckend naturalistischen Bildern gab Goya den Titel „Die Schrecken des Krieges", die den Kampf der Spanier gegen die napoleonische Besatzung in den Jahren 1808 bis 1814 über die iberische Halbinsel gebracht hat. Unter diesem Titel startet die ARD einen aufwendigen, kostümreichen und actiongeladenen Sechsteiler, dessen Besonderheit am historischen Sujet liegt: Mit Ausnahme der Südketten-Sender Stuttgart, Baden-Baden und Saarbrücken läuft der Kriegsfilm als Zuschauermagnet in den Dritten Programmen. Der Hessische und der Norddeutsche Rundfunk starten heute abend (18. 9.) um 21.15 Uhr, München folgt morgen um 21.45 Uhr, der Westdeutsche Rundfunk am Freitag um 22.15 Uhr. Es wird der erste – fast – gemeinsame Versuch, Ansehen und Attraktivität der dritten Kanäle zu *steigern.*

Ein Versuch, den der Bayerische Rundfunk schon mit beachtlichem Erfolg seit Jahren durch sein „Bayerisches Fernsehen" als Vollprogramm im weiß-blauen Kanal probt. Und bei dem die Münchner Fernsehmacher die Erfahrung machen mußten, daß nicht die ausführliche Polit-Diskussion über regionale Strukturprobleme der große Zuschauerhit ist, sondern *daß dann der Knopf zum* „Dritten" gedrückt wird, wenn Errol Flynn wieder einmal seinen Kintop-Charme versprühen darf.

Ein schöner Mann und Abenteuer zuhauf sind auch die Ingredienzien, von denen das neue Kostümspektakel lebt. Sancho Gracia als „El Empecinado", der Unbezwingbare, ist ganz aus dem Holze, aus dem Helden und Herzensbrecher zu schnitzen sind: dunkle braune Augen, volles schwarzes Haar und ein verwegener Schnäuzer. *Er spielt einen Bauernsohn, der* zum Partisanenführer wird und dem das Drehbuch die zentrale Rolle in einem Krieg zuweist, der in Deutschland nur mehr Historiker und Militärexperten interessiert, obwohl er für

Die Schrecken des Krieges – III. Gemeinschaftsprogramm Nord/Hessen, 21.15 Uhr

spätere Feldherren zum Lehrbeispiel wurde und nicht wenig zur nachnapoleonischen Neuordnung Europas beigetragen hat.

Das Spanien des 18. Jahrhunderts stand an der Seite Frankreichs, das Bildungsbürgertum liebte die Pariser Kultur und handelte sich beim Volk den Spottnamen „afrancesado" ein, Französling also. An Frankreichs Seite ging die spanische Flotte vor Trafalgar 1805 unter, die Rolle der Seemacht war ausgespielt, der spätere Rückzug aus den amerikanischen Kolonien war die logische Folge. Napoleon glaubte, die Schwäche des Landes geschickt für seine Expansionsgelüste nutzen zu können, brachte den wankenden Spanienkönig Karl IV. und seinen Sohn Ferdinand VII., den Thronfolger, nach Frankreich in Gewahrsam und setzte seinen Bruder Joseph als neuen Herrscher in Madrid ein.

Wohl kommen mit ihm aufgeklärte Ideen in das verkrustete Land, die von Gebildeten wie Goya freudig aufgenommen werden, allein die Wut des Volkes über den vorgesetzten Herrscher aus Paris ist mächtiger. Neben den versprengten spanischen Truppen rotten sich Aufständische *zusammen, die der regulären französischen* Armee empfindliche Verluste beibringen. Napoleon wird später in der Verbannung sagen, der unglückliche Krieg in Spanien habe ihn zugrunde gerichtet, seine Streitkräfte aufgesplittert und die Moral seiner Truppen erschüttert. Treffsicher analysiert noch während des Krieges Clausewitz an der Berliner Kriegsakademie Effekt und Erfolg der spanischen Guerrilla, Karl Marx wird ihr Bewunderer, und Engels sieht in ihr eine neue Kampfform für revolutionäre *Auseinandersetzungen. Der fast* vergessene spanische Krieg wird somit zum Vater moderner Kämpfe von China bis Mittelamerika.

So betrachtet ist der Sechsteiler noch heute ein aktuelles Lehrstück; zugleich jedoch gelang Mario Camus, dessen jüngster Film „Der Bienenkorb" mit dem Goldenen Bären der Berliner Filmfestspiele 1983 ausgezeichnet wurde, ein waffenklirrendes und blutrünstiges Fünfeinhalb-Stunden-Epos mit 8000 Statisten und 2500 Pferden. Wer sich vom Schießen und Sterben, *Reiten und Stürzen nicht* vordergründig in Bann schlagen läßt, der erlebt und erleidet einen Hauch von dem, was Goya beim Betrachten seiner Skizzen voller Trauer und Resignation sagte: „Meine Bilder sind der Widerschein des Entsetzens."

PETER SCHMALZ

KRITIK

Lieber auf die Pauke hauen

Bei der Premiere der neuinszenierten ***Bonner Perspektiven*** (ZDF) oblag ihm die neu konzipierte, nicht immer dankbare Charakterrolle des ständigen Studio-Gastes. Norbert Blüm hatte oft Kommentare und Randbemerkungen abzugeben, wenn ihm die Materie ein wenig fern lag – wie etwa zu Hans Werner Conens Reportage über den Luxemburgischen Botschafter Maisch, der als gelernter Pianist Mozarts F-dur-Konzert intonierte. Blüm konzedierte, unmusikalisch zu sein; er verstand sich jedoch auf das Bonmot, in der Politik sei es besser „*auf die Pauke zu hauen, als* auf dem letzten Loch zu pfeifen". Detaillierter äußerte sich der Minister dafür, nach einem Beitrag von Fides Krause-Brewer, auf Bodo M. Hausers Fragen zur Hinterbliebenenrente.

Alles in allem vermochte die Neuausgabe der ZDF-Sendung mit der neuen Studio-Dekoration und der neuen Themen-Auffächerung zu gefallen. Es war schon erstaunlich, wie Bodo H. Hauser ohne überflüssige Moderations-Girlanden in rascher Folge innerhalb von 20 Minuten vier verschiedene Beiträge – *alle kurz,* präzise und treffend – präsentieren konnte. Ein Beispiel für die neue Flexibilität war insbesondere das Interview, das Helmut Illert mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Andreottis negativen Äußerungen zur Wiedervereinigung führte.

Die Bonner Mainzelmänner können mit der Neueinstudierung ihrer „Perspektiven" ganz gewiß zufrieden sein: Sie verstehen Politik hübsch und flott zu servieren, wobei der Informations- und der Unterhaltungswert der Sendung aufs angenehmste ausbalanciert ist.

GISELHER SCHMIDT

Weltgeschichte, große und kleine

Etwas verwundert haben sich die deutschen Fernseh-Konsumenten nach dem Vierteiler **Die schöne Wilhelmine** (ZDF) die Augen gerieben: Solche erotischen Irrungen und Wirrungen hatten sie dem Hohenzollern-Hof vor und nach dem Tode des Alten Fritz gar nicht zugetraut. Ernst von Salomon wollte mit seinem Roman, einem gelungenen Spätwerk, der Trompeterstochter Minchen Encke, verehelichten Reetz, spätere *Gräfin Lichtenau, ein Denkmal* setzen und zugleich den vielgeschmähten Nachfolger des Großen Königs in ein vorteilhafteres Licht rücken.

Der Stoff bot sich zur Übersetzung auf dem Fernsehschirm an. Aber wie es so häufig bei Kostümfilmen geschieht, sind die meisten Vorzüge der Vorlage unter der Last der seidenen Krinolinen und haargenau kopierten Uniformen erdrückt worden. Ein Triumph der Schneiderwerkstätten über den Geist, denn was da noch an kleiner und großer Weltgeschichte durchschimmerte, erinnerte doch bedenklich an die Schulaufsätze von Karlchen *Miesnick aus der Quinta B.* So klingt es auch immer schrecklich unwirklich, wenn in deutschen Produktionen Französisch gesprochen wird!

*Um so überzeugender und lieb*licher tönte das Pfälzisch der Kabarettistin Beatrice Richter als Königin Luise (nicht der kornblumenblauen!). Und vollends begeistern konnte man sich für Anja Kruses Wilhelmine. Sie machte das unverstellte, heiter gelöste Naturkind voll Liebeskraft völlig glaubhaft. Der Regisseur verschwendete leider etwas zuviel Zeit auf Kutschfahrten und dahinspringende Reiter. Wenn man an den Bauten spart, reduziert sich die Außenwelt für den Historienmaler schnell auf ein *paar einsame* Waldwege.

HELLMUT JAESRICH

ARD · ZDF · III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Mond ist nur a nackerte Kugel
12.05 Umschau
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Am Beispiel einer Weberei, die vor 100 Jahren gegründet wurde, zeigt das Frauenmagazin die Benachteiligung der Frau am Arbeitsplatz, an der sich bis heute nicht viel geändert hat.
16.55 Klamottenkiste
Larry, der Supermann
17.10 Da schau her!
In der Sendung für Neugierige zeigt die Dummyfamilie, wie man ein Auto innen sicher gestalten kann. Außerdem wird von den Nöten neugeborener Robbenbabys berichtet und Ernst Arendt und Hans Schweiger filmen Schneeaffen, lustige Gesellen, die den Winter an warmen Quellen verbringen.
17.40 Kleine Geschichten aus dem Zoo
Carsten Schmidt ist Tierpfleger im Frankfurter Zoo und zeigt in dieser Folge, wie seine Nashörner und Elefanten gehalten werden.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Regie: Gerrit Neuhaus
Heute unternehmen Kandidaten *und Zuschauer eine* maritime Reise in die Vergangenheit der vielen Luxusdampfer, die im Liniendienst zwischen den Kontinenten unterwegs waren.
21.00 Report
Was kostet die Rettung des deutschen Waldes? / Kirche auf dem Weg zu den Menschen – Was will die Befreiungstheologie?
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Brisante Überraschung
J. R., der mit seinem Ölprojekt vor der Küste sein falsches Spiel treibt, ist nach wie vor hinter Katherine Wentworth her. Da wird Sue Ellen von einem Auto angefahren und ins Krankenhaus eingeliefert.
22.30 Tagesthemen
23.00 Bücherjournal
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Der Landkreis Ahrweiler – Porträt einer deutschen Landschaft
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Das *große* Abenteuer eines Neuseeländers
Film von Caroline und R. H. Materna
Vom Personalchef zum Muschelfarmer
Wie ein Manager aus Neuseeland zum „Aussteiger" wurde
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Orchester German Hofman
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Kneippiaden von Georg Lohmeier
Leibrentner
*Das kinderlose Ehepaar Angers*kirchner fühlt sich nicht mehr ganz gesund. Deshalb beschließen sie, ihre Villa mit See- und Alpenblick auf Leibrente herzugeben. Klarer Fall, daß die Interessenten Schlange stehen.
19.00 heute
19.30 Eine Art von Zorn
Fernsehfilm nach Eric Ambler
Der Journalist Piet Maas wird auf *einen heißen Fall angesetzt:* Er soll die einzige Zeugin für den Mord an einem irakischen Geheimdienstler aufspüren.
anschl.
Ratschlag für Kinogänger
„Frauen waren sein *Hobby*" von Blake Edwards
21.15 WISO
Umweltfreundliche Autos – wer zahlt die Zeche? / Formaldehyd – müssen Möbel giftig sein? / Nach dem Autounfall – Ärger mit dem Leihwagen?
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die Mauer
Film von Yilmaz Gueney
Aus Anlaß des Todes des türkischen Filmregisseurs hat das ZDF sein Programm geändert
23.55 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Wende im Autorennsport
21.00 Formel Eins
21.45 Die Vertreter
22.15 Gespräche am Abend: Bei Ludwig von Hammerstein
23.00 Deutschlandbilder
23.45 Schach-WM '84 in Moskau
0.15 *Letzte Nachrichten*

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.30 Deutsche Puppenbühnen
19.00 Rockpalast
19.45 Foto als Hobby
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Wem gehört Nofretete?
21.15 Die Schrecken des Krieges
Die Falle von Bayonne
22.10 Hessen drei unterwegs
22.55 Schach-WM '84 in Moskau
23.25 Nachrichten

SÜDWEST
18.30 Telekolleg zum Kennenlernen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Strom genug – trotzdem mehr Kernkraft?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Schwamm drüber?
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Geschichte der Molly X.
22.35 Cuisines régionales françaises (8)
23.05 Nachrichten

BAYERN
19.20 La Habañera
20.50 Die Sprechstunde
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Werkbesuch
22.40 Im Gespräch
Anschl. Rundschau
Anschl. Gute Nacht, Sender!

STAND●PUNKT / *St. Leger – es waren zu viele Pferde am Start*

Ein alter Spruch beim Pferderennen besagt, daß im Derby das glücklichste, im St. Leger aber das beste Pferd gewinnt. Am Sonntag ist auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen das St. Leger gelaufen worden. Gewonnen hat der Hengst Volturno mit Josef Sparber (24) im Sulky. Die Siegprämie von 250 000 Mark kassierte der 23jährige Schriftsetzer Willy Stelzl aus Straubing in Niederbayern, er ist der Besitzer Volturnos. Sein Hengst gewann das höchstdotierte Trabrennen der deutschen Geschichte, insgesamt *500 000* Mark waren zu gewinnen. Selbst der Besitzer des Fünften im Rennen konnte noch auf seinem Konto eine Prämie von 25 000 Mark verbuchen.

Das Traberderby am 2. September in Berlin hat der Hengst Athos Duke mit Willi Rode gewonnen. Im St. Leger wurde das Gespann nur Sechster. Rode beklagte sich, daß er aufgrund der 21 Pferde einen miserablen Rennverlauf in Kauf nehmen mußte. *Als er in der letzten Runde* aufdrehen wollte, saß er im Pulk der vielen Pferde hoffnungslos fest. Die halbe Million Mark war selbstverständlich für jeden Trainer und Besitzer eine enorme Versuchung, auch chancenlose Außenseiter an den Start zu bringen. Wer wollte ihnen dies verdenken angesichts dieses Anreizes.

Volturno hat das Rennen auch deshalb gewonnen, weil er auf der Zielgeraden eine Lücke vorfand, die ihm Farah mit Siegfried Jahn öffnete. Jahn ist der Trainer von Volturno, im St. Leger saß er im Sulky Farahs, die Fahrt hinter Volturno überließ er Josef Sparber, der vor einem Jahr vergeblich versuchte, die Trainerlizenz zu erlangen. Das St. Leger hat er aber bereits nach 1982 mit Meadow Sonn zum zweiten Mal gewonnen. Jahn erkannte, daß er mit Farah keine Siegchance mehr hatte und machte deshalb Volturno Platz, der in der Zeit von 1:19,5 Minuten vor Speedy Soma mit Weltrekordler Heinz Wewering und Farah gewann. Die Totofavoritin Indira Pit kam nur auf den vierten Platz und ging nach dem Rennen auch noch lahm.

Willy Stelzl hatte Volturno für nur 8000 Mark vom Oberhausener Züchter Paul Kegel erworben. Am Morgen des St. Leger hat Stelzl für 9000 Mark auf einer Auktion den Hengst Kandy ersteigert, vom St. Leger-Sieg träumte er zu diesem Zeitpunkt. Volturno hat jetzt insgesamt 385 900 Mark gewonnen.

Heiß diskutiert wurde natürlich *die* Vielzahl der Starter. Klagen kamen vor allem von den Geschlagenen – wie immer. Wenn sich aber Derby-Sieg-Fahrer Willi Rode beschwert, daß zuviele aussichtslose Pferde liefen, dann sollte er dies auch Besitzer Rainer Kraudelt kundtun. Der Besitzer von Athos Duke schickte mit Connay Nevelle ein *Pferd ins Rennen, das eine Eventual*-Siegquote von 999:10 hatte. Die Wetteinsätze waren so gering, daß sie an der Computer-Anzeigetafel nicht einmal errechnet wurden, sie kann vierstellige Siegquoten nicht wiedergeben. Volturnos Siegquote: 96:10.

KLAUS GÖNTZSCHE

MOTORSPORT

Drei Jahre wartete Stuck auf den Sieg

sid, Düsseldorf

„Des hab' i mal wieder 'braucht." Auch am Morgen nach seinem Sieg beim 1000-km-Rennen in Imola, seinem ersten in der Endurance-Weltmeisterschaft seit drei Jahren, war der Grainauer Hans Stuck noch ganz aus dem Häuschen. Zusammen mit dem Gießener Stefan Bellof hatte der 33jährige diesen achten WM-Lauf mit einer halben Minute Vorsprung gewonnen.

Nach der Siegesfeier gab es bei Hans Stuck dann doch noch Bedauern: „Schade, daß ich beim Supersprint am kommenden Wochenende auf dem Nürburgring nicht dabeisein kann, da hätte ich gern noch einmal eingegriffen." Doch statt des Endlaufs zur Rennsport-DM muß er das Finale zur Tourenwagen-Europameisterschaft am gleichen Tag in Zolder bestreiten.

Zum Feiern blieb Stuck keine Zeit: „Ich muß gleich nach München ins Geschäft", erklärte der Grainauer. Tatsächlich ist er vielfältig engagiert. Neben seiner Firma betätigt sich der ehemalige Formel-1-Fahrer und deutsche Rennsportmeister in der Endurance-WM für das Freiburger Porsche-Brun-Team („Imola war unser erster WM-Sieg") und in der Tourenwagen-EM zusammen mit dem österreichischen Titelverteidiger Dieter Quester auf BMW, und daneben bestreitet er auch einige Rennen der in diesem Jahr erstmals ausgetragenen Produktionswagen-DM mit seriennahen Gruppe-A-Fahrzeugen, die ebenfalls am kommenden Wochenende auf dem Nürburgring das Finale bestreiten. Und eine Woche nach Zolder tritt er bereits im japanischen Fuji wieder in der Endurance-WM an.

Im Prinzip bleibt Stucks Rezept gleich: „Gas geben mußt' überall", egal ob in der 750 PS starken Plastikflunder oder im 300 PS starken Tourenwagen. Doch wenn es in den Grenzbereich geht, scheiden sich die Geister: „In der Gruppe C fängt Autofahren eigentlich erst richtig an, das ist wie in der Formel 1, als dort noch mit Flügelautos gefahren wurde", glaubt Stuck.

FUSSBALL / Briegel schaltete Maradona aus



Hans-Peter Briegel in Siegerpose und ein bedrückter Diego Maradona, der gegen den Deutschen keine Chance hatte. FOTO: AP

„Thema Beckenbauer interessiert mich nicht"

MICHAEL NOVAK, Verona

Die Niederlage der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Argentinien war noch in aller Munde, als bereits das nächste deutsch-argentinische Duell ausgetragen wurde. Im Stadion des italienischen Erstligaklubs Hellas Verona traf der ehemalige *deutsche Nationalspieler* Hans-Peter Briegel auf Argentiniens Superstar Diego Maradona. Mit 3:1 gewann Hellas Verona sein erstes Meisterschaftsspiel gegen den hochgewetteten AC Neapel und setzte sich an die Tabellenspitze. Hans-Peter Briegel, der frühere Kaiserslauterer, entpuppte sich dabei als überragender Spieler und avancierte sogar zum Superstar des ersten italienischen Spieltages. In der Presse wurde er für seine Leistung mit Tageshöchstnoten bedacht und stellte so prominente ausländische Stars wie *die Brasilianer Zico,* Junior und Socrates, aber auch den Franzosen Platini und den Polen Boniek weit in seinen Schatten.

„Gigant Briegel besiegte Maradona", verkündete „Gazzetta dello Sport", und „Tutto Sport" jubelte „Briegel stoppte Maradona und fand sogar noch die Zeit zum ersten Tor". Mit einem Kopfball in der 26. Minute hatte der Deutsche seine Mannschaft in Führung gebracht und damit den Elan der Gäste aus Neapel gebremst. „Diese Eckball-Variante haben wir im Training immer wieder geübt. Doch erst jetzt klappte sie einmal perfekt," freute er sich.

Hans-Peter Briegel, den sie in Deutschland stets die „Walz aus der Pfalz" nannten, genoß seinen Triumph und fand trotz des Wirbels um seine Person noch tröstende Worte für Diego Maradona: „Das war mein zweites Aufeinandertreffen mit Maradona, und wie bei der Mini-WM 1981 in Uruguay hat er auch diesmal kein Tor gemacht. Vielleicht ist Maradona aufgrund der überzogenen Ablösesumme zum Versagen verurteilt."

Für soviel Mitgefühl bedankte sich Maradona mit einem Kompliment: „Briegel spielte ohne Fehler und hatte deshalb keine Probleme mit mir", erkannte der Argentinier, der einige Tage zuvor beim Länderspiel ebenso *fehlte wie sein deutscher Gegenspieler,* der unter Franz Beckenbauer erstmals seit Jahren nicht für die Nationalmannschaft nominiert wurde. Doch während die Argentinier bereits erklärten, es handele sich im Fall Maradona um eine einmalige Abwesenheit, verdrängt Briegel derzeit die Gedanken über seine Zukunft als Nationalspieler: „Ich halte es da momentan mit Franz Beckenbauers Lieblingssatz bezüglich meiner Person: Das interessiert mich nicht."

GOLF

Für Hübner war es der zweite Sieg

GERD BOLZE, Ratingen

Internationale Deutsche Meister der Amateurgolfer wurden Stephanie Lampert (Kronberg) und Thomas Hübner (Hubbelrath), für den es schon der zweite Sieg nach 1979 war.

Auf dem sehr hügeligen und regennassen Ratinger Platz (Standard und Par 71) gewann der 30jährige Hubbelrather mit 75+70+69+69=283 Schlägen erst nach einem spannenden End*kampf auf den am letzten Tag* gespielten 36 der 72 Löcher gegen seinen vier Jahre älteren Nationalmannschafts-Kollegen Hans-Günter Reiter (Braunschweig) 69+72+75+69=285.

Bereits als Dritter klar abgeschlagen endete Österreichs Meister Klaus Nierlich (Wien) mit 73+71+77+71=292 Schlägen vor dem schlaggleichen Ulrich Schulte (Sauerland) 74+71+71+76=292. Mit je 293 folgten Thomas Dekorsy (Stuttgart) 74+74+71+74, Hans Redlefsen (Glücksburg) 72+74+73+74 und Jens Hausmann (Ratingen) 70+70+78+75. Der 18jährige Ratinger lag zur Halbzeit überraschend in Führung. Titelverteidiger Christoph Städler (Wuppertal) endete durch fünf Strafschläge auf der zweiten Runde mit 70+81+73+73=297 Schlägen erst an 14.–16. Stelle unter den 59 Konkurrenten aus zehn Nationen.

Die 18jährige deutsche Jugendmeisterin Stephanie Lampert feierte einen Start-Ziel-Sieg sogar überraschend klar mit 72+76+70=218 Schlägen. Klar abgeschlagen Elizabeth Peter (Regensburg) 75+75+73=223, Pia Ullmann (Schweiz) 72+76+76=224, Sabine Haubensak (Regensburg) 75+78+72=225, Ursula Beer (Hanau) 74+75+76=225, Martina Koch (Hannover) 77+77+72=226 und Titelverteidigerin Imma Bockelmann (Frankfurt) 75+79+76=230.

Die Enttäuschung war die 19jährige Martina Koch, die als amtierende Nationale Offene Deutsche Meisterin und auch Nationale Deutsche Amateurmeisterin sowie Gewinnerin der ersten vier der sechs deutschen Ranglisten-Wettspiele dieser Saison die Favoritin unter den 39 Konkurrentinnen aus sieben Nationen war. Sie nahm es nicht tragisch: „Im Golf gewinnen keine Maschinen."

SPORT-NACHRICHTEN

Derwall atmet auf

Istanbul (sid) – Die ehemaligen Bundesligaspieler Rüdiger Abramczik und Erdal Keser trugen mit jeweils einem Tor zum 3:0-Sieg des türkischen Erstligaklubs Galatasaray Istanbul über den Tabellenvorletzten Antalyaspor bei. Die Mannschaft, die vom ehemaligen deutschen Bundes*trainer Jupp Derwall* betreut wird und zu den Meisterschaftsfavoriten zählte, verbuchte damit nach zwei Niederlagen den zweiten Saisonsieg.

Belgien schied aus

Linkoeping (sid) – Vier Mannschaften qualifizierten sich beim Basketball-Turnier im schwedischen Lin*koeping für die Europameisterschaft* 1985 in Deutschland. Erwartungsgemäß dominierten die Ostblock-Nationen, von denen sich die CSSR, Polen, Rumänien und Bulgarien durchsetzten. Die punktgleichen Belgier, Schweden und Ungarn schieden aus.

Franke fällt aus

Braunschweig (sid) – Eintracht Braunschweig, mit 0:8-Punkten und 3:14-Toren Letzter der Fußball-Bundesliga, muß am Freitag gegen Eintracht Frankfurt auf Torwart Bernd Franke verzichten. Der 36 Jahre alte Franke zog sich in Düsseldorf eine Innenbanddehnung im Knie zu. Da*gegen kann Reinhold Hintermaier,* für 40 000 Mark von Nürnberg verpflichtet, sein Debut geben.

Betz ist Europameister

Dortmund (dpa) – Überraschend gewann der deutsche Meister Werner Betz (Böblingen) bei der Europameisterschaft der Steher in Dortmund den Titel über 50 km vor dem Belgier Stan Tourne. Weltmeister Horst Schütz belegte mit zwei Runden Rückstand Platz drei.

Rüping auf Platz zwei

Rio de Janeiro (dpa) – Hinter dem Brasilianer Nelson Pessoa Filho auf dem Westfalenhengst Platon beendete Michael Rüping (Itzehoe) auf Silbersee das CSI-Reitturnier in Rio de Janeiro mit dem zweiten Platz. Achaz von Buchwaldt (Hamburg) erreichte mit Luca 3 Platz fünf.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Canada-Cup, erstes Finale: Kanada – Schweden 5:2 (2:1, 1:0, 2:1).

REITEN

CSIO in Plovdiv (Bulgarien), Preis der Nationen: 1. Deutschland (Schulze-Hesselmann, Dietz, Runge, Gössing) vier Fehlerpunkte, 2. Polen 23 Fehlerpunkte, 3. „DDR" 28.

MOTORSPORT

1000-km-Rennen von Imola, achter Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft (nur Fahrerwertung): 1. Bellof/Stuck auf Porsche 956 in 5:54:56,32 Stunden, 2. Palmer/Lamers (England/Holland) Porsche 956 zwei Runden zurück, 3. Mass/Heyer/Pescarolo (Monaco/Deutschland/Frankreich) vier Runden zurück. – *Stand der* WM-Wertung: Mass 101 Punkte, 2. Bellof 99, 3. Ickx (Belgien) 74.

TENNIS

Bundesliga, 10. Spieltag, Gruppe 1: Blau-Weiß Neuss – Rot-Weiß Berlin 9:0, Klipper Hamburg – Bayer Leverkusen 7:2, Bamberg – Iphitos München 5:4. – Tabellenspitze: 1. Neuss 8:2-Punkte, 2. Hamburg 6:4, 3. Bamberg 5:5. – Gruppe 2: Waldau Stuttgart – ETUF Essen 4:5, TC Amberg – Mannheim 5:4, HTV Hannover – Karlsruhe-Rüppurr 4:5. – Tabellenspitze: 1. Amberg 8:2, 2. Karlsruhe 6:4, 3. Hannover 5:5.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 2, 15, 18, 20, 21, 30. Zusatzzahl: 1. (Ohne Gewähr).

TENNIS

Becker noch nicht dabei

dpa/sid, Berlin

Ohne Boris Becker wird die deutsche Tennis-Mannschaft ihr Daviscup-Spiel gegen Rumänien bestreiten, in dem vom 28.-30. September in Berlin der Absteiger ermittelt wird. Trainer Niki Pilic verzichtet dabei mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des 16jährigen auf dessen Einsatz. Boris Becker hatte beim *Tennis-Turnier von Wimbledon* eine Bänderdehnung im Fußgelenk erlitten. „Nach seiner Verletzung halte ich seinen Einsatz in einem so schweren Spiel – möglicherweise über fünf Sätze – noch für zu früh."

Pilic nominierte deshalb folgende vier Spieler: Michael Westphal, Wolfgang Popp (beide Neuss), Hans-Jörg Schwaier (München) und *Hans-Dieter* Beutel (Hannover). Mit Boris Becker rechnet Pilic jedoch für die Zukunft. Er hat ihn für den Kingscup und den Daviscup im kommenden Jahr eingeplant.

Michael Westphal und Wolfgang Popp sind bereits eine Woche vor der Davis-Cup-Begegnung gefordert. Am 22. September müssen sie mit ihrem Klub, dem Titelverteidiger Blau-Weiß Neuss das Halbfinale um die deutsche Meisterschaft bestreiten. Gegner ist dabei der TC Karlsruhe Rüppurr, der erst am letzten Vorrunden-Spieltag durch einen 5:4-Sieg beim bis dahin punktgleichen HTV Hannover das Halbfinale erreichte.

Im anderen Halbfinalspiel stehen sich am gleichen Tag Klipper Hamburg und der TC Amberg gegenüber. Die Sieger der Halbfinalbegegnungen bestreiten schon am nächsten Tag (23. September) das Endspiel um die deutsche Meisterschaft.

EISHOCKEY

Kanada vor Titelgewinn

sid, Calgary

Der Kür beim sensationellen 3:2-Erfolg über Titelverteidiger und Weltmeister UdSSR ließ der Gastgeber Kanada beim dritten Canada-Cup in der Nacht *zum Montag in* Calgary einen 5:2-Pflichtsieg im ersten Finale über Schweden folgen. Damit stehen die Profis vor ihrem größten Triumph seit 1976. Damals bezwangen sie in den *Endspielen* die CSSR.

Ein zweiter Sieg heute nacht in Edmonton, und die begehrteste Trophäe kehrt in das Eishockey-Mutterland zurück. Dann wäre die Schmach von 1981 wohl endgültig vergessen, als die UdSSR den Gastgeber in den Finalspielen mit 8:1 entzauberte und den Cup mit in die Sowjetunion nahm. „Dies ist der erste Schritt zum Gewinn des Canada-Cups '84", meinte Trainer Glen Sather sichtlich erleichtert, „doch wir müssen noch sehr hart arbeiten, um in Edmonton alles klarzumachen."

Immerhin: Schweden ging durch Loob nach zwölf Minuten in Führung. Indes, die Freude dauerte nur anderthalb Minuten, dann schossen innerhalb von nur 41 Sekunden Gartner und Middleton die kanadische 2:1-Führung heraus. Als Goulet im Mitteldrittel gar das 3:1 gelang, war die Vorentscheidung gefallen.

Goulet und Steen machten im letzten Drittel noch etwas Resultat-Kosmetik, ehe das passierte, auf das alle Fans so sehnsüchtig gewartet hatten: Nach 384 Minuten und 16 Sekunden Erfolglosigkeit traf Superstar Wayne Gretzky zum Endstand von 5:2. Sein letztes Turniertor hatte er im ersten Spiel in der 45. Minute gegen Deutschland erzielt.

Für Kohl ist Fall Andreotti nicht vom Tisch

● Fortsetzung von Seite 1

Unterstützung erhielt die Bundesregierung vom britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe. London, sagte er, bleibe bei der Auffassung, daß eine „reale und dauerhafte Stabilität in Europa sehr schwierig zu erreichen sei, solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist".

Die gegen eine Wiedervereinigung gerichteten Passagen Andreottis wurden gestern von der SED-Zeitung „Neues Deutschland" ausführlich wiedergegeben. Ein Drittel der ersten Seiten der „DDR"-Zeitungen wurden dem Thema gewidmet. Die Äußerungen aus Rom, hieß es in wiedergegebenen Agenturmeldungen, hätten im „bundesdeutschen Pressewald" nur künstliche Aufregung hervorgerufen. Zitiert wird auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke mit der Stellungnahme, Andreotti habe den Mut gehabt, auszusprechen was die westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich dächten. Die sowjetische „Prawda" hob die Erklärung Andreottis hervor, wenn man das Abkommen von Jalta infrage stelle, „dann ist das eine noch größere Gefahr, als es die Atomwaffen-Arsenale sind".

Bundestagspräsident Barzel ging bei der Begrüßung einer italienischen Parlamentarier-Delegation in Bonn auf die Diskussion ein. Er lud seine Gäste zu einer Reise an die Zonengrenze oder nach Berlin ein, um ihnen klar zu machen, daß die deutsche Teilung „nicht einfach eine deutsche Frage, sondern eine Frage der Menschlichkeit mitten in Europa ist". Senator Guilio Orlando, ebenfalls Christdemokrat, ging auf die Einladung nicht ein. Er sagte, es gebe Regentage, doch hinter den Wolken komme immer ieder die Sonne hervor. „Wir arbeiten für die Sonne", fügte Orlando hinzu und endete abrupt.

CDU: Diffamierung der Deutschland-Politik

Andreotti-Äußerung Gegenstand des innenpolitischen Streits

DW. Bonn

Die Sozialdemokraten haben, wenn auch in differenzierterer Form, ihre Taktik fortgesetzt, die umstrittenen Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Teilung als Zeichen eines „Kompetenzverlustes deutscher Außenpolitik" unter Bundeskanzler Helmut Kohl darzustellen.

Der Sache nach wies auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, Andreottis Erklärungen zurück. Es könne im Ernst keine Rede davon sein, sagte Vogel, daß die beiden deutschen Staaten ihre Bemühungen um die Verbesserung ihrer Beziehungen übertrieben. Auch gebe es keinen „Pan-Germanismus". Die Äußerungen zeigten aber, fügte der sozialdemokratische Fraktionschef hinzu, daß die „unverantwortliche Rhetorik" prominenter Unions-Politiker einschließlich des Kanzlers nicht nur der Moskauer „Revanchismus"-Kampagne Stichworte geliefert, sondern auch unter den Verbündeten Besorgnis hervorgerufen habe. Vogel forderte eine Beendigung der, wie er sich ausdrückte, „bramarbasierenden Rhetorik" zur Frage der deutschen Grenzen.

In Bonn fiel auf, daß sich Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) schärfer von den Andreotti-Äußerungen abgrenzte als Vogel. Sie nannte die Ausführungen des Italieners einen „Schlag ins Gesicht eines befreundeten Volkes und zudem politisch abwegig". Am Wochenende hatte Horst Ehmke (SPD) erklärt, der italienische Außenminister „hat den Mut gehabt, einmal ehrlich und offen auszusprechen, was unsere westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich denken".

Auf die unterschiedlichen sozialdemokratischen Kommentare ging das CDU-Präsidium ein. Nicht weniger schädlich als die Worte des italienischen Außenministers sei es, daß führende deutsche Sozialdemokraten sie begrüßt hätten, hieß es in einer Erklärung der CDU-Spitze. Diese sozialdemokratischen Politiker hätten sich „damit in eine Front mit den sowjetischen Angriffen" auf die Deutschlandpolitik der Bundesregierung begeben.

Das Präsidium der CDU registrierte „mit Sorge" Anzeichen, daß die SPD die gemeinsamen Grundsätze der Deutschlandpolitik aufgebe. Generell sprach die Union von einer Diffamierung der Bonner Deutschlandpolitik durch den Christdemokraten Andreotti.

Bundesaußenminister Genscher forderte in Rundfunkinterviews dazu auf, „soviel wie möglich an gemeinsamer Haltung für die deutsche Außenpolitik herbeizuführen und zu bewahren". Genscher hatte bereits am Wochenende die Andreotti-Erklärung als schwere Kränkung der Deutschen bezeichnet, zugleich aber betont, die Beziehungen zu Italien dürften nicht beschädigt werden.

Otto Schily, Bundestagsabgeordneter der Grünen, sieht durch die Bemerkungen des italienischen Außenministers offensichtlich das Ziel seiner Gruppierung unterstützt, die Präambel des Grundgesetzes zu ändern. „Ich glaube, wir müssen darüber nachdenken, wie man die Präambel des Grundgesetzes überwindet. Man kann ja nicht mittels einer Verfassungsurkunde an der Geschichte vorbeikommen, sich an der Geschichte vorbeimogeln", erklärte Schily dem Sender Radio Luxemburg. Andreotti habe nur gesagt, was viele in West und Ost dächten. Er folgte damit dem Sozialdemokraten Ehmke.

„Jugendliche hängen stärker dem Linksextremismus an"

Noelle-Neumann: Zwei- bis dreimal mehr Linksradikale als Rechtsradikale in der Bundesrepublik

dpa, Bonn

Die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Professor Elisabeth Noelle-Neumann, sieht unter den jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland „zwei- bis dreimal mehr Linksextremisten als Rechtsextremisten". In einer gestern in Bonn im Auftrag des Bundesinnenministeriums vorgestellten Studie schätzt sie die Zahl der „aktiven Linksextremisten" unter den 16- bis 25jährigen mit 9,4 Prozent ein.

Die Zahl der „aktiven Rechtsextremisten" beziffert sie dagegen mit 3,7 Prozent. Darunter versteht sie Personen, die in den vergangenen zwei Jahren „für ihre Überzeugung auch aktiv etwas getan haben".

Starkes Übergewicht von Gymnasiasten bei Linken

Das Potential der „passiven Rechtsextremisten" schätzt sie auf 2,5 Prozent, das der „passiven Linksextremisten" auf 3,0 Prozent. Der Untersuchung, die Frau Noelle-Neumann auf einer Tagung der Bundeszentrale für Politische Bildung vorstellte, liegen rund 1 300 Interviews zugrunde, die Mitarbeiter ihres Instituts im März und April gemacht haben.

Die größte Zahl von „Rechtsextremisten" findet sich nach den Ergebnissen der Befragung wahrscheinlich unter der Gruppe der 16- bis 17jährigen, dann nehme ihre Zahl ab. Umgekehrt steige die Zahl der „Linksextremisten" zwischen 16 und 25 Jahren an. Unter den „Rechtsextremisten" hat die Demoskopie „überdurchschnittlich viele Hauptschulabsolventen" ausgemacht, unter den „Linksextremisten" gebe es dagegen „ein starkes Übergewicht von Schülern oder Absolventen der höheren Schule".

„Rechtsextremisten" sähen sich, wie Frau Noelle-Neumann erklärte, politisch wie gesellschaftlich weitgehend isoliert. Aktivitäten versteckten sie „eher geheimbündlerisch". Nur wenige fänden die NPD „akzeptabel als Repräsentanz ihrer politischen Position". Die Ratlosigkeit, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten, zeige sich darin, daß 48 Prozent die CDU/CSU nennen, aber auch 24 Prozent die SPD.

„Linksextremisten" glaubten sich dagegen „getragen von der Sympathie eines großen Teiles der Gesellschaft". Ihre Wohn-, Gesellschafts- und Protestformen, wie Wohngemeinschaft, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und „Friedensbewegung", seien weithin sichtbar. 67 Prozent fänden bei den Grünen ihre politische Heimat, 23 Prozent sagten, daß ihnen die Sozialdemokraten am sympathischsten seien.



Institutsleiterin Elisabeth Noelle-Neumann FOTO: DPA

Nach der vorliegenden Untersuchung ist „ein Drittel der Grünen der Gruppe der Linksextremisten zuzurechnen". Frau Noelle-Neumann stellt es infrage, ob bei einer „Interaktion" innerhalb der Grünen die „linken Demokraten" tatsächlich mäßigend auf die „Extremisten" Einfluß nehmen könnten.

Sie verweist dabei insbesondere auf den „hohen Bildungsgrad", das „besonders ausgeprägte politische Interesse" sowie die „hohe politische Aktivitätsbereitschaft" unter den „Linksextremisten".

24 Prozent halten Gewalt für erlaubt

Nach den Ergebnissen der Befragung halten 24 Prozent aller Jugendlichen „Gewalt gegenüber Sachen oder Personen für erlaubt", wenn es um die Durchsetzung politischer Ziele geht. Die Zustimmung zu dieser These ist in der Gruppe der von Elisabeth Noelle-Neumann als „aktiv linksextrem" eingestuften Jugendlichen mit 65 Prozent höher als in der Gruppe der „aktiv rechtsextremen" (50 Prozent).

Dieser Gewaltbegriff wird aber offensichtlich unter den Jugendlichen unterschiedlich verstanden. So befürworten nur drei Prozent „voll und ganz" die „Zerstörung von Baumaschinen auf einem Gelände, wo ein Kernkraftwerk gebaut werden soll".

Ogarkow künftig Leiter einer Militärakademie

DW. Moskau

Der Anfang September überraschend abgelöste Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte, Marschall Nikolaj Ogarkow, soll nach amerikanischen Erkenntnissen die Führung der Militärakademie in Moskau übernehmen. Diese Informationen hat der US-Abrüstungsexperte William Jackson, der während der Präsidentschaft von Jimmy Carter mit Fragen der Rüstungskontrolle betraut war, nach eigenen Angaben in Moskau aus zuverlässigen offiziellen Quellen erhalten.

Jackson hält sich gegenwärtig in Moskau als Gast der sowjetischen Akademie der Wissenschaften auf. Er sagte, Ogarkow sei offensichtlich im Zusammenhang mit dem Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Abfangjäger vor einem Jahr, der 269 Menschenleben forderte, abgelöst worden. Sein Eindruck sei, daß es der Marschall versäumt habe, seinerzeit Verteidigungsminister Ustinow rechtzeitig Meldungen fernöstlicher Militärdienststellen über das abgeschossene Verkehrsflugzeug weiterzuleiten. Jackson sagte weiter, ein hoher sowjetischer Offizier habe ihm erklärt, Ogarkow werde insgesamt angelastet, mehrfach seine Kompetenzen überschritten zu haben. So hatte er eine weitere nukleare Aufrüstung für „sinnlos" erklärt.

Weltraumwaffen: Keine Gespräche

AP, Wien

Die von Moskau angeregten sowjetisch-amerikanischen Gespräche über ein Verbot von Weltraumwaffen werden vorerst nicht stattfinden. Die Botschaften der USA und der UdSSR bestätigten gestern, daß keine Delegationen nach Wien entsandt worden sind. Diese Gespräche hatten ursprünglich heute beginnen sollen. Die amerikanische Botschaft gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen nach der bevorstehenden Begegnung zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Außenminister Gromyko doch noch realisiert werden könnten. Dagegen ließ die sowjetische Botschaft in Wien erklären, ein Verhandlungsbeginn sei abhängig von der Annahme des Moskauer Vorschlags, die Gespräche ohne Vorbedingungen aufzunehmen.

Papst ehrt Kardinal Slipij

„Solidarität bedeutet für die Polen Achtung der Menschenrechte"

DW. Winnipeg

In der St.-Wladimir-und-Olga-Kathedrale von Winnipeg, dem geistlichen Zentrum der 190 000 Katholiken ukrainischer Abstammung in Kanada, hat Papst Johannes Paul II. erneut zur Einheit zwischen westlichen und östlichen Christen aufgerufen. Er begrüßte die in bunte Nationalkostüme gekleideten Gläubigen als „slawische Gefährten" und sagte in Ukrainisch: „Ihr seid in einer privilegierten Position, die Forderung des Zweiten Vatikanischen Konzils zu erfüllen." Es gelte, das „reiche liturgische und spirituelle Erbe der östlichen Kirchen zu verstehen, zu bewahren und zu nähren, um die ganze Fülle der christlichen Tradition zu erhalten, und Versöhnung zwischen östlichen und westlichen Christen zu erreichen". Außerdem ehrte das Oberhaupt der katholischen Kirche den kürzlich verstorbenen ukrainischen Kardinal Josif Slipij. Der Ukrainer, der 18 Jahre lang in der Sowjetunion inhaftiert worden war, sei aus diesem „Exil" wie ein Held hervorgegangen und habe sein Leben seiner Kirche und seiner Nation gewidmet.

Vor seiner Fahrt nach Winnipeg hatte der Papst bei einer Begegnung mit 40 000 Auslandspolen in Toronto, die das Fernsehen in Kanada und den USA ausstrahlte, das Thema „Solidarität" angesprochen. Er würdigte die verbotene polnische Gewerkschaft „Solidarność" und die Ereignisse vom August 1980 als wichtige Etappe auf dem Weg der Respektierung der Menschenrechte in Polen. Von seinem Redetext abweichend, erklärte Johannes Paul II.: „Ich habe während meiner Reise durch verschiedene Städte Kanadas öfters Spruchbänder mit ‚Solidarność' gesehen. Ich glaube, es ist wichtig, euch zu erklären, was das Wort Solidarität bedeutet. Dieses Wort bedeutet, daß das polnische Volk die UN-Menschenrechtserklärung, besonders in den 80er Jahren, verstanden hat." Das Wort Solidarität sei ein Symbol für dieses Verständnis und ein Konzept, „das die menschliche Person, ihre Würde und ihre Rechte in den Mittelpunkt stellt, wie auch ein Kriterium für das wahre gesellschaftliche Leben", betonte er.

DW. Bonn

Unterstützung scheint der Papst auch den Vertretern der „Befreiungstheologie" zu gewähren. In einem „Spiegel"-Interview erklärte einer der prominentesten Verfechter der „Befreiungstheologie", der Brasilianer Leonardo Boff: „Er hat uns ständig unterstützt." Außerdem ließ Boff nach seinem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kongregation für Glaubensfragen im Vatikan, Kardinal Ratzinger, wissen, „ein zweites, diesmal positives Dokument zur Befreiungstheologie" sei in Arbeit. Der Papst sei mit der ersten Instructio, die Ratzinger kurz vor dem Gespräch mit Boff veröffentlicht hatte und in der die „Befreiungstheologie" in die Nähe des Marxismus gerückt worden war, „nicht zufrieden gewesen".

Mine im Golf aus Yom-Kippur-Krieg

DW. Kairo

Eine Treibmine sowjetischer Bauart ist bei der internationalen Minensuchaktion im Roten Meer entdeckt worden. Nach ägyptischen Angaben wurde der Sprengkörper von französischen Minensuchern im Süden des Golfs von Suez entschärft. Nach ersten Untersuchungen handelt es sich allerdings nicht um eine zur Störung der internationalen Schiffahrt neu gelegte Mine, sondern um einen Sprengkörper der Ägypter aus dem israelisch-arabischen Yom-Kippur-Krieg von 1973.

Hoffmann bestreitet brutale Folterungen

DW. Nürnberg

Der Gründer der verbotenen rechtsextremen „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG), der 44jährige Karl-Heinz Hoffmann, hat die ihm zur Last gelegten brutalen Folterungen früherer Anhänger in Ausbildungscamps in Libanon bestritten. Er sei 1980 und 1981 in keinem Fall an Quälereien beteiligt gewesen und habe „keinen einzigen Befehl gegeben, jemanden zu schlagen", sagte Hoffmann am Montag vor dem Schwurgericht in Nürnberg.

Hoffmann machte seine ehemaligen Gruppenmitglieder für die Folterungen verantwortlich, von denen er bis zur Anklageerhebung nichts gewußt habe. „Diese abartigen Schwächlinge wollen nun ihre Schuld auf mich abladen", sagte er und fügte hinzu: „Die hundsgemeinen Kameradenschweine wollten damit selbst der Strafverfolgung entgehen."

„Gefahr für die Presse"

Barschel warnt vor Garantien für Rundfunkanstalten

fac. Bonn

Distanzierter als die anderen CDU-Ministerpräsidenten äußert sich der schleswig-holsteinische Regierungschef Uwe Barschel zu der Forderung nach einer „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Barschel spricht offen die Befürchtung aus, daß durch eine solche Garantie, zu deren Abgabe sich die Länder bereits faktisch verpflichtet haben, der „ganz erhebliche Wettbewerbsvorsprung" des derzeitigen Rundfunkmonopols vor künftigen privaten Konkurrenten vergrößert wird.

Die absolute Grenze für eine Bestands- und Entwicklungsgarantie beginnt für Barschel dort, wo die wirtschaftlichen Grundlagen konkurrierender Medien, insbesondere der Presse, gefährdet werden. Es müsse nach wie vor dabei bleiben, beschreibt der Kieler Regierungschef in einem Interview des medienpolitischen Organs „Die Zeitung" seine Position, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich überwiegend aus Gebühren finanziert. Eine Garantie, die auf eine Ausdehnung der Werbung hinausliefe, komme nicht in Betracht.

Barschel sieht offensichtlich die Gefahr, daß die Anstalten, fände eine solche Garantie Eingang in einen Staatsvertrag oder in Landesgesetze, eine Art generellen Rechtsanspruch auf alles erhalten würden, worum sie bisher einzeln politisch kämpfen mußten. Die Rundfunkanstalten machen ja kein Geheimnis aus ihrem Wunsch, sich ein quantitatives und zeitliches Mehr an Werbung zu sichern.

So ist es nur folgerichtig, daß der Ministerpräsident aus Kiel den Beschluß des Hessischen Rundfunks, auch im Dritten Fernsehprogramm Werbung zuzulassen, als einen „unglaublichen Affront" gegen die Bemühungen betrachtet, einvernehmlich eine Neuordnung des Rundfunkwesens zu erreichen.

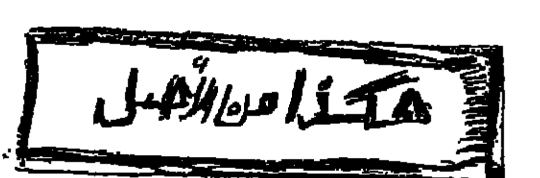
Vor allem von seiten der Zeitungen ist darauf hingewiesen worden, daß die Wettbewerbsvorteile der Rundfunkanstalten ohne Bespiel sind: Mehr als vier Milliarden DM fließen ihnen in diesem Jahr an Gebühren zu, dazu kommen rund 1,8 Milliarden DM Werbeeinnahmen. Über das terrestrische (erdgebundene) Sendernetz erreichen sie 98 Prozent der 24,8 Millionen Haushalte; sie verfügen über ein unschätzbares Filmvermögen, eine konkurrenzlose Technik mit Studios in aller Welt, über Mitarbeiter mit vieljähriger Erfahrung in den elektronischen Medien. Die künftigen Wettbewerber hingegen fangen bei Null an. Bei ihnen wird denn auch der Anspruch der bisherigen Monopolanstalten, zusätzliche Fernsehkanäle zugeteilt zu erhalten, als weiterer Versuch bezeichnet, den privaten Veranstaltern aus geschützter Position heraus die wirtschaftliche Basis zu entziehen.

Auf der Ministerpräsidentensitzung am 4. Oktober wird möglicherweise eine Entscheidung über die von Barschel aufgeworfenen Fragen erwartet.

Gewerkschaften für Kammer-Umlagen

AP, Frankfurt

Die beiden Industriegewerkschaften Chemie, Papier, Keramik und Bau, Steine, Erden haben sich dafür ausgesprochen, die berufliche Bildung auch durch eine Umlage bei den jeweils zuständigen Kammern zu finanzieren. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es, eine schnell wirksame Neuregelung der Finanzierung der beruflichen Bildung als Ergänzung zu den bestehenden Tarifverträgen sei nötig. Kammer-Umlagen könnten schnell und sachgerecht erhoben und verteilt werden, die unterschiedliche Kostenbelastung von ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben aufheben, lokale Probleme lösen und einen überregionalen Ausgleich anstreben.



Besser im Wettbewerb

Mk. – Wenn nach Staaten gesucht wird, die ernsthafte Herausforderer für die Anbieter aus der Bundesrepublik auf den Weltmärkten sind, dann rangieren die Schwellenländer gleich hinter Japan. Dieses Bild sollte jetzt nach einer Umfrage des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bei seinen Mitgliedsverbänden entzerrt werden. Zwar wird die Konkurrenz aus diesen Ländern recht differenziert eingeschätzt. Aber nach überwiegender Auffassung sind sie noch weit davon entfernt, mit einem breiten Sortiment die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Dieses Urteil hebt sich wohltuend von der Diskussion der letzten Jahre ab, in der Anzeichen von Resignation unverkennbar waren. Sicher, es gibt Probleme. So wird über die Nachahmung und Markenpiraterie geklagt. Trotzdem wird daraus nicht der Schluß gezogen, es müsse generell gegen die Einfuhren aus diesen Ländern vorgegangen werden. Vielmehr wird daraus die Notwendigkeit abgeleitet, die Herstellungsverfahren ständig weiter zu verbessern und die Produktpalette stärker zu höherwertigen Erzeugnissen hin zu orientieren.

Dies ist der Weg, bei dem die deutschen Anbieter die Nase vorn haben werden. Der Protektionismus, und dies wurde auch auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Travemünde deutlich, führt in die Sackgasse. Um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie muß sich niemand Sorgen machen, wenn sie auch weiterhin ihre Vorteile ausspielt, bei denen es lange dauert, bis die Schwellenländer nachziehen können.

Ernüchtert

al – Auch im „Ländle" wachsen die Bäume nicht in den Himmel: Zwar galt für Stuttgart (wie übrigens auch für München) lange Zeit bei der Preisentwicklung für Bauland, Haus- oder auch Wohnung nach oben hin praktisch ein „open end". Die Ernüchterung auf der Anbieterseite konnte nicht ausbleiben. Insbesondere das vergangene Jahr und auch das erste Halbjahr 1984 ließen da und dort manch vorhandene Euphorie in sich zusammensacken. Mehr und mehr setzte sich die Erkenntnis durch, daß auch in dieser wachstumsträchtigen Region längst nicht alles und zu jedem Preis absetzbar ist. Vor allem in den Randzonen der baden-württembergischen Metropole und ihres Einzugsgebiets mußten zum Teil – wenn man verkaufen wollte (oder mußte) – beträchtliche Preiszugeständnisse gemacht werden. Hier hatte die S-Bahn-Anbindung der an Stuttgart angrenzenden Kreise eine wesentliche Ursache dafür geliefert, daß sich am Grundstücks- und Häusermarkt wahre Preisklettertouren abspielten. Das Pendel hat inzwischen in die andere Richtung ausgeschlagen.

WIRTSCHAFTSLAGE / Leiter der Großbanken geben positives Urteil ab

„Innenpolitische Querelen zeichnen falsches Bild der Bundesrepublik"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die fundamentale Situation an den deutschen Kapitalmärkten ist nach dem Urteil des Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank, Walter Seipp, schon seit langem nicht mehr so günstig wie jetzt. Dies gelte besonders für die Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und für die Geldwertstabilität. Allerdings, so bedauerte der Bankier, würden die positiven Aspekte wegen überflüssiger innenpolitischer Querelen in der Bundesrepublik im Ausland nicht so gewürdigt, wie sie es verdienten.

In einem Gespräch des Clubs Frankfurter Wirtschaftsjournalisten und des Clubs Zürcher Wirtschaftsjournalisten mit den Sprechern der drei Großbanken bezeichnete es Seipp allerdings als bemerkenswert, daß sich ausländische Anleger in den letzten Tagen mit beträchtlichen Beträgen in deutschen Aktien und festverzinslichen Papieren engagiert haben. Dabei spielten vor allem D-Mark-Aufwertungserwartungen eine Rolle. Je fester der Dollar, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer Abschwächung des Dollarkurses komme, womit wohl auch Auslandskapital in die Bundesrepublik fließen werde. Bei Kursen von über drei Mark sei die „heiße Luft aus dem Dollar raus", meinte Seipp.

Trotz seiner Überbewertung werde der Dollar aber stark bleiben, weil sich die US-Konjunktur weiterhin als relativ stark erweisen werde und weil jede Regierung nach der Wahl das Defizitproblem anpacken müsse. Eine Wiederwahl Reagans wäre nach Seipps Einschätzung ein positives Vorzeichen für den Dollar. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, beantwortete die Frage nach der weiteren Entwicklung des Dollars lapidar mit der Bemerkung, man sollte sein Gehirnschmalz für anderes sparen als darüber nachzudenken.

Zur Lage an der internationalen Schuldenfront, die sich dank des Aufschwungs der Weltkonjunktur gebessert habe, betonte Guth, die jüngste Mexiko-Umschuldung mit einer längeren Kreditlaufzeit und dem Entgegenkommen der Banken auch bei den Zinsen könnte zwar durchaus Modellcharakter haben; aber er warnte zugleich vor der Vorstellung, daß nun eine große Zauberlösung gefunden sei. Vor allem sei Mexiko ein Präzedenzfall für die Umschuldung Brasiliens, da dieses Land nicht auf neue „unfreiwillige" Kredite der Banken verzichten könne, wobei das Einsammeln neuer Gelder von Mal zu Mal schwieriger werde.

Als Schritt nach vorn sieht es Guth an, daß in dem Brasilien-Umschuldungspaket die Umwandlung eines Teils der Dollarschulden in zinsgünstigere Kredite in Yen, D-Mark, Schweizer Franken und holländische Gulden vorgesehen ist. Ein Kursauftrieb für den Dollar sei davon jedoch nicht zu erwarten. Begrüßt hat Guth den Vorschlag elf lateinamerikanischer Schuldnerländer eines gemeinsamen Schuldengipfels mit den Industriestaaten. Dabei sollten vor allem Fragen einer Eindämmung des Protektionismus erörtert werden.

Trotz der mit den Umschuldungen verbundenen Risiken könnten die deutschen Banken mit Selbstsicherheit in die 90er Jahre gehen. Sie brauchten von der Ertragskraft her die internationale Konkurrenz nicht zu fürchten, sagte Hans Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Er hält nichts von der jetzt in den USA praktizierten Versicherung von Länderrisiken bei der Assekuranz. Der Versicherung in der eigenen Bilanz sei der Vorzug zu geben. Im internationalen Vergleich hielten die deutschen Banken in puncto Kapitalausstattung, Know-how, Seriosität und Kontinuität in der internationalen Präsenz eine gute Position. Zahlreiche von den USA ausgehende Innovationen im Finanzbereich sind nach Friderichs' Auffassung eine Reaktion auf Schwächen und Mängel des US-Bankensystems.

Auf deutsche kreditwirtschaftliche Probleme eingehend, äußerte Friderichs heftige Kritik an den öffentlich-rechtlichen Banken, die sich aus Wettbewerbsüberlegungen weigerten, an einem einheitlichen modernen Zahlungsverkehrssystem aller Gruppen des Gewerbes mitzuarbeiten.

US-STAHLIMPORTE

Brüssel soll Röhrenexport freiwillig einschränken

PETER BAUER, New York

Die Teilnahme an einer Veranstaltung der Georgetown-Universität war der angebliche Anlaß für einen als „Privatbesuch" bezeichneten Aufenthalt von Etienne Davignon, des für EG-Industriefragen zuständigen Kommissionsmitglieds, in der US-Hauptstadt. In Wirklichkeit legten US-Handelsminister Malcolm Baldrige und der Handelsbeauftragte William Brock neue Vorschläge zur Begrenzung von EG-Röhrenlieferungen in die USA vor.

Die für Importfragen zuständige US-Behörde ITC (International Trade Commission) hat Einfuhrquoten und Zollerhöhungen für Massenstahl vorgeschlagen. Die US-Stahlindustrie wünscht sogar noch weiterreichende Hürden in Form einer fünfjährigen gesetzlichen Marktquote von 15 Prozent. Präsident Ronald Reagan muß bis zum 24. September entscheiden, wie er auf die ITC-Empfehlung reagieren soll. Sie würde für 70 Prozent der Massenstahlprodukte auf fünf Jahre Quoten- und Zollschutz gewähren.

Einbezogen werden sollen Grob- und Feinbleche sowie Baustahl und Drahtprodukte. Der Wert dieser Stahlimporte lag 1983 bei 6,23 Milliarden Dollar (18,7 Mrd. DM). Reagan hat mehrere Optionen: Er kann die ITC-Empfehlung akzeptieren, er kann sie modifizieren oder er kann sie ganz ablehnen. Die Lösung, die dem Weißen Haus am liebsten wäre, läuft auf Export-Selbstbeschränkungsabkommen mit den drei größten Neulieferanten von Stahlprodukten – Spanien, Brasilien und Südkorea – hinaus.

Gleichzeitig verlangt die US-Regierung aber von den Europäern ein Export-Selbstbeschränkungsabkommen für Röhrenprodukte. Diese waren nicht Bestandteil der „freiwilligen" Ausfuhrbegrenzung der EG-Stahlkocher vom Jahre 1982. Japan begrenzt bereits seine Stahllieferungen auf knapp sechs Prozent Marktanteil.

Das ursprüngliche Abkommen mit den EG-Lieferanten begrenzt deren Anteil auf 5,76 Prozent des US-Stahlmarktes. Die US-Stahlindustrie wirft den EG-Konkurrenten jedoch vor, sie hätten die Quotenabmachung dadurch umgangen, daß sie in erheblichem Umfange auf Röhren umgestiegen seien. Deren Lieferanteil sei von knapp sechs Prozent zu Beginn der 80er Jahre auf derzeit zwölf Prozent gewachsen.

Reagan kann im Wahljahr die hilfesuchende Stahlindustrie kaum völlig abblitzen lassen. Er hat bereits den Kupfer- und Edelstahlproduzenten neue Schutzmaßnahmen gewährt und wird von seiner ministeriellen Beratergruppe heute voraussichtlich die Empfehlung für Selbstbeschränkungsabkommen erhalten. Für die USA wäre dies die vorteilhafteste Lösung, da sie von den betroffenen Ländern keine handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen zu befürchten hätten.

Vergleich erfüllt

Von INGE ADHAM

Heute beginnt für AEG-Telefunken, drittgrößter deutscher Elektrokonzern, eine neue Zeitrechnung. Mit der Zahlung von 350 Millionen Mark an die Großgläubiger erfüllt das Unternehmenden Vergleich und kehrt damit in die Normalität zurück.

Zur Erinnerung: Am 9. August 1982 hatte der damalige (und heutige) Vorstandsvorsitzende Heinz Dürr des nach zahlreichen vergeblichen Sanierungsversuchen völlig überschuldeten Großunternehmens den Gang zum Vergleichsrichter antreten müssen. Das Ergebnis war ein Vergleichsvorschlag, der für die Kleingläubiger eine volle Befriedigung der Ansprüche vorsah, was seit März 1983 mit Zahlung von 30 Millionen Mark erledigt ist.

Die Großgläubiger erhalten eine Quote von 40 Prozent, die heute gezahlt wird. Die Konsortialbanken der AEG stellen ihren Anteil von gut einer Milliarde Mark der AEG ab heute als ungesicherten Kredit zur Verfügung. Auch der Staat leistete damals mit zusätzlichen Bürgschaften Hilfestellung ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft über notwendige höhere Zahlungen in den von allen gemeinsam getragenen Pensionssicherungsverein.

Die Aufregung jener Tage als das traditionsreiche, Unternehmen zu fallieren drohte, ist verklungen. Herausgekommen ist eine „neue" AEG, die jetzt ohne den Zaun des Vergleichsverfahrens mit unternehmerischer Leistung zeigen muß, daß die Anstrengungen und Opfer zur Rettung des schwankend gewordenen Riesen zu recht eingefordert wurden. Das Unternehmen scheint auf gutem Weg dahin. Unter der Ägide des erfahrenen Vergleichsverwalters Wilhelm A. Schaaf, des Beraters Klaus Kuhn – ehemals Thyssen-Finanzchef und designierter AEG-Aufsichtsratsvorsitzender – und des AEG-Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr wurde ein schlankeres Unternehmen geschneidert.

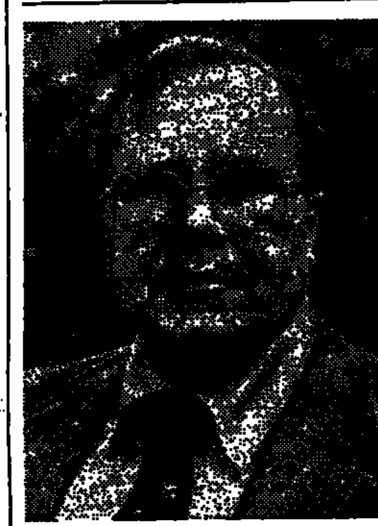
Welch schmerzhafte Schnitte dazu nötig waren, zeigt am deutlichsten die Reduzierung der Beschäftigtenzahl, die zum Jahresende bis auf rund 72 000 Mitarbeiter sinken soll und sich damit gegenüber 1980 in etwa halbiert hat. Darin stecken gut 16 000 echte Entlassungen, der übrige Rückgang kam durch Abtrennung von Firmenteilen zustande. Bei der Suche nach der neuen Form ist die AEG die jahrelang verlustbringende Unterhaltungselektronik ganz los geworden, aber sie mußte auch auf durchaus zukunfts- und gewinnträchtige Bereiche, wie die ANT Nachrichtentechnik verzichten, um Geld in die Kasse zu bekommen. Immerhin ist es gelungen, den Konzern in seinen wesentlichen Bereichen zusammenzuhalten. Dazu ist wohl ab heute auch Olympia zu zählen, auch wenn dort noch immer Verluste anfallen.

Die halbierte Belegschaft wickelt heute einen Umsatz ab, der mit rund zwölf Milliarden Mark noch nicht einmal ein Drittel unter dem je erreichten Höchststand liegt. Dies ist einmal ein Hinweis auf die früheren Schwächen des Konzerns, aber auch Ausdruck der Bereitschaft der Mitarbeiter, zur Unterstützung der Rekonvaleszenz des Unternehmens beizutragen. Denn auch nach Erfüllung des Vergleichs liegt noch eine lange Wegstrecke vor der AEG bis zur völligen Gesundung.

Dabei geht es nicht nur um das Selbstverständnis der AEG-Mitarbeiter, die früher mit Stolz sagten, ich arbeite bei der AEG und heute von einer Tätigkeit in der Elektrobranche sprechen. Dabei geht es auch um die Notwendigkeit von Investitionen, die während des Regimes des knappen Geldes auf das Allernotwendigste beschränkt blieben und mit Ausnahme von zwei Neubauten in Berlin vor allem Maßnahmen im Rahmen des Anpassungsprogramms dienten. Nicht reduziert hat die AEG vernünftigerweise ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Aber auch hier stellt sich die Frage, ob angesichts der intensiven Bemühungen um zukunftsträchtige Hochtechnologie die bisher zur Verfügung gestellten Aufwendungen ausreichen.

Die großen Anstrengungen aller für den Vergleich finden letztendlich nur eine Rechtfertigung, wenn es der AEG gelingt, wieder zu dauerhaften Erträgen zurückzufinden. Zwar hat das Unternehmen mit dem Abschluß des vergangenen Jahres, der erstmals seit fünfzehn Jahren wieder einen – wenn auch kleinen – erwirtschafteten Gewinn ausgewiesen hat, einen Meilenstein erreicht. Aber noch jahrelang müssen Sparsamkeit und Effizienz das Handeln des Managements prägen; Finanzschulden müssen abgebaut und ein Verlustvortrag von rund drei Milliarden Mark getilgt werden. Danach erst ist an eine Bedienung des seit 1973 dividendenlosen Grundkapitals (rund 620 Millionen Mark) zu denken. Und erst dann ist die AEG wieder eine Aktiengesellschaft in der Normalität.

AUF EIN WORT



„Auf der einen Seite will man wieder Bäche haben mit sauberem Wasser wie im Mittelalter und dazu riesengroße Wälder mit vielen Tieren, auf der anderen Seite aber auch moderne Krankenhäuser und ein lückenloses System der sozialen Absicherung. Der Glaube, beides miteinander vereinbaren zu können, ist ein Irrglaube."

Martin Bangemann (FDP), Bundeswirtschaftsminister. FOTO: SVEN SIMON

Kritik an Auflagen für Kraftwerke

pje. Bonn

Die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, insbesondere der zielstrebig eingeleitete Abbau der Schwefeldioxid-Emissionen, wird zu kaum noch tragbaren Belastungen der kommunalen Energieversorgungsunternehmen führen. Gleichzeitig wird nach Darstellung des Verbandes kommunaler Unternehmen dadurch die Fernwärme um bis zu 25 Prozent verteuert; darunter leide ihr weiterer Ausbau. Der Verband forderte gestern in Bonn, die Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu differenzieren. So sei es nicht notwendig, Spitzenleistungskraftwerke, die nur kurzzeitig Emissionen verursachen, mit den gleichen Auflagen zu überziehen wie Grundleistungskraftwerke mit hohem Abgasstrom.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn will Mittelaufstockung an EG-Erweiterung binden

WILHELM HADLER, Brüssel

Über einen Ausweg aus der Haushaltskrise der EG haben die Außenminister gestern in Brüssel beraten. Dabei wurde das Bemühen deutlich, Kompromißformeln zu finden.

Eine Vorverlegung der Mehrwertsteueranhebung ist in der Diskussion, weil die Agrarausgaben der EG in diesem Jahr und 1985 erheblich stärker ansteigen werden als vorauszusehen war. Das Loch im Haushalt kann nur durch Überweisungen im Vorgriff auf die vom EG-Gipfel in Fontainebleau für 1986 beschlossene Einnahmeerhöhung finanziert werden.

Bonn hält jedoch mit Unterstützung der Niederlande an dem ebenfalls in Fontainebleau vereinbarten Beschluß fest, die Aufstockung des Einnahmenplafonds an den Zeitpunkt der Erweiterung der Gemeinschaft zu binden. Dagegen dringt Großbritannien auf einen Vorgriff auf die zusätzlichen Mittel, um seine Beitragsrückerstattung im kommenden Jahr nicht zu gefährden.

Andererseits wollen die Briten den im Prinzip gebilligten Nachtragshaushalt in Höhe von rund 1 Mrd. Ecu (2,2 Mrd. DM) im Rat nur dann passieren lassen, wenn sich die Gemeinschaft zu bindenden Regelungen über eine striktere Ausgabenkontrolle verpflichtet. Dabei soll vor allem sichergestellt werden, daß die Agrarausgaben künftig geringer ansteigen als die Einnahmen der EG.

Die Finanzminister haben am Wochenende bei einer informellen Zusammenkunft in Irland „substantielle Fortschritte" bei der Formulierung strengerer Budget-Vorschriften gemacht. Eine endgültige Fassung soll Anfang Oktober ausgearbeitet werden. Das Europaparlament schließlich muß die noch zurückgehaltene britische Beitragserstattung für 1983 freigeben. Erst dann will London dem Nachtragsetat zustimmen.

BUCHHANDEL

Mit klassischem Sortiment gegen Konkurrenz behauptet

INGE ADHAM, Frankfurt

Besser als von ihnen befürchtet haben sich die Buchhändler gegen die zunehmende Konkurrenz von Warenhäusern und anderen Großvertriebsformen behauptet. Das zeigt die Umsatzentwicklung im vergangenen Jahr, das für die klassischen Sortimentsbuchhandlungen ein Umsatzplus von fünf Prozent brachte, während der gesamte Buchumsatz zu Einzelhandelspreisen nur um gut vier Prozent auf 8,6 Mrd. DM gestiegen ist. Auch in diesem Jahr scheint diese Entwicklung anzuhalten.

Ungeachtet des wachsenden Angebots an neuen Medien, deren Unterstützung durch die öffentliche Hand bei gleichzeitiger Kürzung der Mittel für öffentliche Bibliotheken der Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Günther Christiansen, bedauert, lassen sich die Deutschen die Liebe zum Buch nicht nehmen. Die Verlage, die im vergangenen Jahr wieder fast 60 600 Titel produziert haben, berichten von großem Interesse für ihre Programme. Rund die Hälfte der Bücher wird übrigens zu Preisen unter 15 Mark an den Leser gebracht, was den Buchhändlern angesichts der auch für diese Bücher notwendigen Serviceleistungen wachsenden Ertragsdruck beschert hat, wie Christiansen betont.

Im vergangenen Jahr waren die Kinder- und Jugendbuchverlage mit einer Umsatzsteigerung um gut acht Prozent am erfolgreichsten, gefolgt von Fachbuch- und Kunstbuchverlagen. Einbußen hatten dagegen die Verleger von religiöser Literatur und die Schulbuchverlage.

Um die nicht lesende Hälfte der deutschen Bevölkerung zum Buch zu locken und auch um den neuen Medien Kontra zu bieten, plant der Buchhandel in den beiden nächsten Jahren eine intensive Werbekampagne, für die die Börsenvereinsmitglieder zwei Millionen Mark zur Verfügung stellen sollen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI: 1984 wird ein „Exportjahr"

Köln (dpa/VWD) – Für die deutsche Industrie kann 1984 zu einem „herausragenden Exportjahr" werden. Das ergibt sich aus einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) bei seinen Mitgliedsverbänden. Inzwischen engagierten sich rund 5000 deutsche Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit Investitionen von 50 Milliarden Mark, um den Exportmarkt zu erobern. Breite und Qualität des Angebots trage dabei wesentlich zum Erfolg bei. Stärkster Konkurrent in diesem Wettlauf um Marktanteile seien vielfach nicht japanische, sondern US-Unternehmen. Als „Schlüsselinformation" wertet der Verband, daß die Bundesrepublik im Export von Produkten der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) vor Japan liege.

Bund senkt erneut Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zinsausstattung der Bundesobligationen wird vom 18. September 1984 an erneut geändert, teilt die Deutsche Bundesbank mit. Der letzte Verkaufstag zu den bisherigen Konditionen ist der 17. September. Die neuen Konditionen für die 7,5prozentigen Bundesobligationen der Serie 49 von 1984 lauten damit: Ausgabekurs 100,8 (bisher 100,4) Prozent, Rendite 7,3 (7,4) Prozent.

Für zwei Monate Aufträge

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die deutsche Bauindustrie ist aufgrund ihrer derzeitigen Auftragslage nur noch für zwei Monate beschäftigt. Die Reichweite der Aufträge ist somit zur Jahresmitte auf den Tiefstand des Rezessionsjahres 1982 zurückgefallen, heißt es in dem jüngsten Konjunkturbericht des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden/Bonn. Die zurückgehenden Neuaufträge haben den Angaben zufolge zur weiteren Verschlechterung der Beschäftigungslage im Baugewerbe geführt. Zur Jahresmitte stieg die Zahl der Arbeitslosen mit Bauberufen auf über 133 800.

Streik geht weiter

Detroit (dpa/VWD) – Nur in einem der 13 seit vergangenen Samstag bestreikten US-Automobilwerken von General Motors (GM) wurde am Wochenende eine Einigung über beanstandete Arbeitsplatzregeln erzielt. Die 4000 Arbeiter im Van Nuys-Montagewerk in Kalifornien nahmen am Montag die Arbeit wieder auf. In den übrigen Werken, in denen rund 35 Prozent aller amerikanischen GM-Fahrzeuge gebaut werden, wird hingegen weiter gestreikt. Die Tarifgespräche in Detroit sind am frühen Montagmorgen ohne Ergebnis unterbrochen worden und sollen heute fortgesetzt werden.



Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert für 1984 erstmals seit langer Zeit wieder eine zweistellige Zuwachsrate im Wohnungsbau-Neubauvolumen (12 Prozent), dagegen einen Rückgang bei den Modernisierungs-Investitionen. Auch 1985 dürften die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden angesichts der Kürzung der Programmförderung stagnieren.
QUELLE: IMU

Gespräche verschoben

Bonn (rtr) – Die sowjetische Regierung hat um eine Verschiebung der für den 24. und 25. September geplanten deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche gebeten. Das Bundeswirtschaftsministerium teilte mit, als Grund habe die sowjetische Seite angegeben, daß sie nach dem plötzlichen Tod des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission auf sowjetischer Seite, Leonid Kostandow, derzeit die Entscheidung über einen Nachfolger vorbereite, mit der in Kürze zu rechnen sei. Danach werde die Sowjetunion umgehend einen Vorschlag für einen neuen Termin unterbreiten.

SCHIMMELPFENG/ Fünf Jahre Service Anlegerschutz

Meist unseriöse Anbieter

LEO FISCHER, Bonn

Mehr als 360 meist betrügerische Warenterminvermittler tummelten sich in der Bundesrepublik mit einem Schwerpunkt in Frankfurt, als sich die Auskunftei Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, entschloß einen speziellen Service „Kapitalschutz" einzuführen. Nach fünf Jahren kann die Auskunftei diese Bilanz ziehen: Rund 30 000 Anleger und Projektpartner haben sich in dieser Zeit um Rat an Schimmelpfeng gewandt.

Aber in den meisten Fällen wurde erst nach der Investition nachgefragt, also wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen war. Der Rat der Schimmelpfeng-Experten: Vor der Unterschrift die Seriosität des Anbieters prüfen.

Standen am Anfang die Anfragen nach den Warenterminvermittlern im Vordergrund, die das Geld der Kunden einsammelten, aber nicht wie versprochen an der Börse plazierten, sondern meist direkt in die eigene Tasche steckten – diese Firmen konnten während der 70er Jahre 1,25 bis zwei Milliarden Mark an sich ziehen – so wurde die Dienstleistung Kapitalschutz auf den gesamten freien oder grauen Kapitalmarkt ausgeweitet, dessen Zeichnungsvolumen auf fünf Milliarden Mark jährlich geschätzt wird. Er umfaßt alle Arten der steuerbegünstigten Kapitalanlagen wie Explorationsbohrungen nach Öl und Uran, Bauherrenmodelle, Schiffsbeteiligungen, Immobilien in den USA wie Farmland und Shopping-Center und vor allem in letzter Zeit auch Neuemissionen von Aktien, soweit es sich um Privatplazierungen, also ohne Einschaltung von Banken, handelte. Das erschreckende Ergebnis: „Drei Viertel der Angebote auf dem freien Kapitalmarkt konnten aus Anlegersicht als nicht seriös angesehen werden".

Als neues potentielles Betätigungsfeld unseriöser Initiatoren sehen die Schimmelpfeng-Experten die Venture-Capital-Beteiligungen. Um dieser sinnvollen und zukunftsträchtigen Anlageform den Weg zu ebnen und den Anlagehaien Paroli zu bieten, hat Schimmelpfeng eine „Evidenzzentrale für Venture Capital" gegründet.

Checklisten, mit deren Hilfe der Investor bei Anlageangeboten zunächst selbst eine Vorprüfung vornehmen kann, werden Interessenten kostenlos zur Verfügung gestellt.

KAPITALEXPORT / Auslandsschweden sind bei Aktiengeschäften bevorzugt

Auswanderungswelle bereitet Sorgen

R. GATERMANN, Stockholm

Schweden zählt zu den bevorzugten Zielländern politischer Flüchtlinge aus Südamerika, Osteuropa und dem Mittleren Osten, der Wohlfahrtsstaat in Nordeuropa erlebt jedoch selbst eine Auswanderungswelle. Ihm kehren hochausgebildete Angestellte, Freiberufler und Finanziers den Rücken und nehmen in den meisten Fällen ihre beachtlichen Vermögen mit. Einige haben auch festgestellt, daß man als Schwede mit Wohnsitz im Ausland viel ertragreichere Aktiengeschäfte mit schwedischen Titeln machen kann als der daheimgebliebene Landsmann.

Erstmals seit 1913 hat jetzt das Wirtschaftsmagazin „Veckans Affärer" eine Auswandereranalyse erstellt. Vor 70 Jahren registriert der Statistiker Gustav Sundbärg „ein Gefühl des gesellschaftlichen Unwohlseins" und eine „unbehagliche Machtlosigkeit" gegenüber der starken Bürokratie als Auswanderungsgründe. Einige dieser Argumente gelten auch heute.

So war in einigen Anträgen zu lesen: „Es ist praktischer und angenehmer für mich im Ausland zu arbeiten, mir wurde auch die schwedische Bürokratie zu viel." Und an anderer Stelle: „In Schweden gibt es so viele ‚Rote'".

Nach Angaben der Nationalbank sind im ersten Halbjahr 1984 Vermögen in Höhe von umgerechnet rund 403 Mill. DM legal ausgeführt worden, dies sind bereits mehr als im gesamten Vorjahr (307), 1982 waren es 220 Mill. In diesem Jahr dürften die 640 Mill. DM überschritten werden, immerhin liegen die Kapitalexportanträge von zwei im Ausland lebenden der reichsten Familien Schwedens vor. Den bisher größten Betrag nahm 1980 Peder Wallenberg, Erbe des Industriemagnaten und Denkers Jacob Wallenberg, mit. Es waren 125 Mill. DM.

Einige der größten Privatbesitzer schwedischer Aktien sitzen heute im Ausland, darunter Erik Penser, dessen Aktienportefeuille inzwischen 1,2 Mrd. DM wert ist und der u. a. den Kriegsmaterial-Hersteller Bofors kontrolliert. Er und seine in London, New York und Zürich wohnenden Landsleute haben weiterhin das Recht, Titel zu kaufen, die nur von Schweden erworben werden können, während dies in Schweden ansässigen Ausländern nicht möglich ist. Zum anderen kommen die Auslandsschweden auch steuermäßig besser davon, als die Daheimgebliebenen. So wird nicht nur ihre Dividende niedriger belastet, ihr Aktienbesitz ist zudem in Schweden vermögensteuerfrei. Bis 1983 galt dies auch für Verkaufsgewinne.

Kurioserweise darf ein Schwede, der auswandert und von der schwedischen Einkommensteuer und Vermögenssteuer befreit werden will, keine engeren Kapitalbindungen mehr mit der Heimat haben, dazu zählen größerer Wertpapierbesitz und Immobilien. Eigentlich darf man bestenfalls noch ein Ferienhaus in Schweden behalten.

Finanzminister Kjell-Olof Feldt und Nationalbankchef Bengt Dennis sehen in dieser Abwanderung von Kapital und geistiger Kapazität zwar noch keine größere Gefahr, bezeichnen die Situation dennoch als nicht problemlos. Der Minister: „Es ist unrealistisch zu glauben, daß wir mit den Steuerparadiesen konkurrieren können, aber vielleicht müßten wir über Methoden nachdenken, die die Unterschiede zwischen Schweden und den übrigen westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten ausgleichen."

VERSCHULDUNG/ Neue Bankenstrategie erfolgreich

Gefahr noch nicht gebannt

G. FRIEDLÄNDER, Mar del Plata

Das erste Treffen der elf meistverschuldeten Länder Lateinamerikas im Juni in Cartagena hatte noch die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gelenkt. Von dem zweiten Treffen in Mar del Plata in Argentinien nahm kaum jemand mehr Kenntnis.

Der Stimmungsumschwung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die nordamerikanischen Medien mit dem Wahlkampf in den USA beschäftigt sind. Hinzu kommt, daß die Unheilspropheten, die vor Cartagena die Bedrohung des westlichen Bankensystems durch ein Schuldnerkartell befürchteten, nicht bestätigt wurden.

Optimisten sprechen von einer Veränderung der Lage. Die Banken haben die neue Strategie angewandt, „gute" Schuldner zu belohnen, die vom Gedanken des Schuldnerkartells abrücken. Mexiko hat die Umschuldung der drückendsten Hälfte seiner Auslandsschuld von 90 Milliarden Dollar erzielt. Niemanden interessiert, daß diese gute Stimmung von kurzer Dauer sein könnte, wenn z. B. zu niedrige Erdölpreise auch den neuen Zahlungsplan in Gefahr bringen. Venezuela ist auf dem Weg zu einem ähnlichen Abkommen für seine Schuld von 35 Milliarden Dollar.

Aber es wurden auch pessimistische Stimmen hörbar. Argentinien hatte nur wenige Tage vor Mar del Plata ein Sturmzeichen gesetzt. Finanzminister Grinspun erklärte, daß es den 1982 aufgenommenen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 750 Millionen Dollar am 15. September nicht abdecken könne. Am 30. September müssen weitere 950 Millionen Dollar überfällige Zinsen gezahlt werden. Auch wenn ein neues Abkommen mit dem IWF diese Zahlung ermöglichen sollte, werden nur einige Monate Zeit gewonnen.

Kolumbiens Präsident Betancur hatte den in Mar del Plata versammelten Ländern phantasievolle Auswege aus der Krise vorgeschlagen, die allerdings nicht auf der Linie liegen, die heute in den USA verfolgt wird. Er schlägt u. a. vor, daß die Schuldner ihre Zinsen teilweise in ihrer eigenen Währung statt in Dollar zahlen, was angesichts der galoppierenden Inflation in vielen Ländern dasselbe wäre, wie den Zinssatz drastisch zu senken. Solche Vorschläge sind ein Ausdruck der Position Betancurs, daß die Schuldenfrage in erster Linie kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem ist, wobei die Zukunft der Demokratien Lateinamerikas auf dem Spiel steht, wenn, wie Betancur es nennt, „die Bombe der Verschuldung explodiert". Deshalb erwartet Betancur, daß öffentliche Institutionen den Privatbanken helfen, einen Weg aus der Krise zu finden.

Betancur schlägt für das kommende Jahr einen Dialog mit den Gläubigerländern vor, aber mindestens Mexiko und Brasilien wollen davon wenig wissen: Sie befürchten, daß jedes organisierte Gespräch von Gruppe zu Gruppe die Gedanken an das Schuldnerkartell erneut beleben könnten. Man kam schließlich zu einem Kompromiß: Die „Erklärung von Mar del Plata" schlägt diesen Dialog zwar vor, schließt aber ausdrücklich ein Schuldnerkartell aus.

Die Gefahr bleibt, daß eine Verschlechterung der Lage den radikaleren Kräften unter den Schuldnern wieder Auftrieb geben könnte.

KAFFEE-ABKOMMEN / Ratstagung in London

Quotenfreigabe gefordert

dpa/VWD, Hamburg

Die deutsche Kaffee-Wirtschaft fordert anläßlich der Ratstagung der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO) in London, eine sofortige Aufhebung der momentan gültigen Rohkaffeequoten. Nach Meinung des Importausschusses des Deutschen Kaffee-Verbandes, Hamburg, und des Kaffee-Vereins Bremen kann das Kaffeeabkommen vor dem Hintergrund eines stagnierenden Kaffeekonsums, insbesondere in der Bundesrepublik, und zusätzlich belastet durch den steigenden Dollar, die Weltmarktpreise derzeit nicht innerhalb der vereinbarten Preisspannen halten.

Unter der Voraussetzung unveränderter Preisspannen hat die Kaffeewirtschaft dem Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagen, bei der anstehenden ICO-Ratstagung für eine unlimitierte Basisquote vom 1. Oktober dieses Jahres an einzutreten. Sie verspricht sich hiervon nicht nur eine preisdämpfende Wirkung, sondern auch eine Lösung für das Problem des gespaltenen Marktes mit dem Unter-Preis-Verkauf an Ostblockländer und andere Nichtmitgliedsländer. Sollte der Indikatorpreis für Rohkaffee bis zum April 1985 unter die Grenze von 120 US-Cents je Pound (453 Gramm) fallen (Ende September 1983: 127 Cents, derzeit: 147 Cents), dann könnte im Kaffeerat über die Wiedereinführung der Quoten verhandelt werden.

Sollte der Indikatorpreis jedoch nicht unter 120 Cents sinken, wird eine Verlängerung des unlimitierten Zustandes befürwortet. Wie verlautet, finden die deutschen Vorstellungen bereits Sympathie bei einigen EG-Partnern, die vor ähnlichen Problemen stehen.

FRANKREICH / Im August weniger Stellenangebote

Arbeitslosenzahl gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Lage am französischen Arbeitsmarkt hat sich im August weiter verschlechtert. Während die Stellengesuche saisonbereinigt um 17 500 auf 2 363 300 zunahmen, stiegen die Stellenangebote nur um 3500 auf 40 000. Das Angebot lag damit aber immer noch um 18,7 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenzahl dagegen ist im Jahresvergleich August um 16 Prozent gestiegen.

Gleichwohl glaubt das Arbeitsministerium eine Tendenz zur Entspannung des Arbeitsmarktes feststellen zu können. Es weist darauf hin, daß noch zu Jahresbeginn die Zahl der Stellengesuche um monatlich etwa 50 000 bzw. um etwa zwei Prozent gestiegen war gegenüber um 0,7 Prozent im August.

Andererseits ist die durchschnittliche Arbeitslosendauer länger geworden. Sie betrug zuletzt 320 Tage gegenüber 297 Tage im Februar. Von allen Arbeitslosen waren im August 41 Prozent jünger als 25 Jahre.

Inzwischen hat die Regierung versprochen, daß bis Ende nächsten Jahres jeder Jugendliche unter 21 Jahren eine Berufsausbildung oder eine zumindest befristete Arbeit angeboten bekommt. Außerdem steht sie den Vorschlägen des Patronats auf die allgemeine Einführung von temporären Arbeitsverträgen weniger ablehnend gegenüber. Selbst die sozialistische CFDT-Gewerkschaft will darüber mit sich reden lassen.

Außerdem wird erwogen, die „sozialen Schwellen" in den Betrieben anzuheben. Viele kleine und mittlere Unternehmen würden sich zu Neueinstellungen entschließen, wenn sie dadurch nicht in eine Betriebskategorie geraten, für die insbesondere verstärkte Mitbestimmungsrechte für die Belegschaft gelten.

REUTERS / Neue Leistungen gut aufgenommen

Optimistische Gewinnprognose

rtr, London

Die Reuters Holdings PLC, Holdinggesellschaft der internationalen Nachrichtenagentur Reuters, hat das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 1984 mit verbesserten Ergebnissen abgeschlossen. Wie die Gesellschaft mitteilte, wurde in den sechs Monaten ein Gewinn vor Steuern von 30,1 Mill. Pfund Sterling (115,6 Mill. DM) erzielt, nach 26,3 Mill. Pfund im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach Steuern verblieb ein Gewinn von 17,4 (14,9) Mill. Pfund. Der Umsatz stieg auf 141,6 (115,3) Mill. Pfund. Den Aktionären wird am 5. November eine Zwischendividende von einem Pence je Aktie gezahlt.

Der Gewinn je Aktie erhöhte sich im Berichtshalbjahr auf 4,7 (4,1) Pence. Glen Renfrew, Managing Director der Reuters Holdings PLC, unterstrich nach der Vorlage der Halbjahresdaten, die Ergebnisse entsprächen den im Prospekt zur Börseneinführung enthaltenen Prognosen. Danach dürfte der Gewinn vor Steuern im Gesamtjahr 1984 eine Größenordnung von rund 70 (55,2) Mill. Pfund erreichen. Diese Voraussage basiere auf der Annahme, daß im Vergleich zum Gesamtjahr in den ersten sechs Monaten eine deutlich niedrigere, im zweiten Halbjahr jedoch eine kräftig höhere Steigerungsrate der Gewinne realisiert würde.

Sehr gut seien die von der Weltnachrichtenorganisation 1984 neu angebotenen Leistungen an den Märkten aufgenommen worden, insbesondere der „Money Dealing Service", der direkte Geschäfte der Kunden untereinander ermöglicht.

Im ersten Halbjahr, so Renfrew, sei das Gewinnwachstum durch Kosten für eine Reihe neuer Produkte und umfangreiche Investitionen in Nordamerika gebremst worden. Zudem habe es Engpässe bei der Installation von Kundengeräten gegeben, die jedoch mittlerweile fast behoben werden konnten. Dies habe insbesondere den „Money Dealing Service" und verschiedene Schnittstellenprodukte, die eine Verbindung des Reuter-Systems mit dem des Kunden ermöglichen, betroffen. Daher würden Gewinne aus dem „exzellenten" Absatz dieser Dienstleistungen erst mit Verzögerung eingehen.

ADV/ORGA / Bereich Datenservice veräußert

Gute Basis für Börsenstart

D. SCHMIDT, Wilhelmshaven

Das Beratungs- und Softwareunternehmen ADV/Orga F. A. Meyer GmbH, Wilhelmshaven, hat nach eigenen Angaben mit den Ergebnissen im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung an der Börse geschaffen. Der Umsatz der GmbH ist um 28 Prozent auf 56 (43,5) Mill. DM gestiegen. Für die Gruppe, die 1982/83 einen Umsatz von 64 Mill. DM erzielt hatte, werden Erlöse von 60,4 Mill. DM ausgewiesen.

Den Rückgang erklärt die Geschäftsführung mit der Veräußerung des Bereichs Datenservice. Bei Ausklammerung dieses Sektors (1982/83: 15,2 Mill. DM Umsatz) errechne sich auch für die Gruppe ein Umsatzplus von knapp 25 Prozent. Beim Datenservice, so ein Sprecher, handelte es sich um die VRG-Rechenzentren, an denen ADV/Orga mit einem Drittel beteiligt war. Dieser Anteil sei an die beiden anderen Gesellschafter verkauft worden.

Zur Ertragslage nennt das Unternehmen keine Zahlen. Die Umsatzrendite, die nach früheren Angaben „in normalen Jahren" zwischen 7 und 10 Prozent erreichte, wird mit 6,7 Prozent beziffert. Dennoch spricht die Firmenleitung von einem „außerordentlich guten Geschäftsergebnis". Die Umsatzsteigerung sei im wesentlichen auf die hohen Zuwachsraten im Softwarebereich zurückzuführen. Der Geschäftsbereich Anwendungssoftware sei um 43 Prozent gewachsen, die Sparte DB/DC-Systeme um 74 Prozent. Die Unternehmensberatung verzeichnete mit gut 10 Prozent ein angemessenes Umsatzplus. Künftig will sich das Unternehmen, Ende August wurde die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft beschlossen, verstärkt dem Mikrocomputermarkt widmen. Der Gang an die Börse ist noch im Herbst vorgesehen.

HAFAG / Duisburger Häfen 1983 mit Gewinn

1984 Plus im Güterverkehr

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die insgesamt positiven Tendenzen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden sich 1984 auch günstig auf die Duisburg-Ruhrorter Häfen und die Anlagen der zu gleichen Teilen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Duisburg gehörenden Hafag AG auswirken. In den ersten 6 Monaten dieses Jahres sind im Vergleich zum Vorjahr im Hafenumschlag (plus 2,4 Prozent) und beim Eisenbahnverkehr (plus 25,8 Prozent) bessere Verkehrsergebnisse zu verzeichnen.

Die für die Duisburger Hafenwirtschaft wichtige Stahlindustrie an Rhein, Ruhr und Saar sowie die traditionellen Ruhrkohleverladungen haben zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen, heißt es im Geschäftsbericht 1983 der Hafag. Auch der Container-Verkehr, insbesondere im direkten Rhein-See-Verkehr, profitiere von dieser Aufwärtsentwicklung.

Etwa im Gleichklang der rückläufigen Umschlagentwicklung aller Duisburger Häfen (47,2 nach 49,3 Mill. t) haben die Anlagen der Hafag ebenfalls den Schiffsgüterumschlag um 4,0 (1,9) Prozent auf 19,5 Mill. t zurücknehmen müssen. Dabei entstanden die Transportverluste überwiegend im grenzüberschreitenden Verkehr.

Der Anteil der Rheinmündungshäfen am Gesamtverkehr betrug 66 Prozent, der Güterverkehr mit den Hafenplätzen am Rhein und seinen Nebenflüssen nahm zu. Der direkte Verkehr über See hat jedoch seine positive Entwicklung nicht fortgesetzt. Erze waren wie bisher das meistbeförderte Gut (6,7 nach 8,1 Mill. t), vor Mineralöl (4,3 nach 4 Mill. t) und Kohlen (4 nach 3,8 Mill. t).

Trotz weiterer Transportverluste schließt das Hafag-Ergebnis mit einem Jahresüberschuß von 0,9 Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Nettoumsatzerlöse stiegen vor allem aufgrund von Tarif- und Pachtanhebungen sowie höheren Bahn-Verkehrsleistungen um 0,7 auf 31,3 Mill. DM. Insgesamt wurden rund 16 Mill. DM in die Verbesserung der Hafen-Infrastruktur investiert. Die Zahl der Mitarbeiter (215) hat sich gegenüber 1983 leicht erhöht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Harald Hackländer OHG, Wermelskirchen; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Werner Trampenau; **Coesfeld:** SMB System-Metallbau GmbH, Nottuln 2; **Düren:** Bäckerei Kaulen, Inden; **Düsseldorf:** Winter & Kobs Büro- u. Zeichenbedarf GmbH, Ratingen; Winter Büro- u. Objekteinrichtungen GmbH, Ratingen; **Essen:** Ingeborg Schwachula GmbH; WESMA Anlagenbau GmbH & Co. KG; **Ibbenbüren:** Glas-Wibbeler GmbH, Lengerich; **Kiel:** Günter Köhrer, Kaufmann; **Lüneburg:** Hans-Jürgen Müller, Kaufmann, Amelinghausen; **Mainz:** Friedrich Bechtel Vertriebsges. mbH, Ingelheim; **Neuss:** Fama GmbH, Meerbusch 1; Nachl. d. Anton Küsters, Meerbusch 2; **Recklinghausen:** Scholz + Partner Immobilien GmbH; **Reutlingen:** Herbert Frank, Trochtelfingen; **Wuppertal:** Foto Gerard Handels GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Wolfgang Reh, Immobilienkaufmann; **Siegen:** Werner Becker, Kaufmann, Inh. e. Elektrogroßhandlung; **Waldshut-Tiengen:** Schwarzwälder Kunststoff GmbH, Wehr.

Vergleich beantragt: Dannenberg: Otto Koops KG sowie Ulrich Britze, pers. haft. Gesellschafter, Betrieb e. Spedition, Lagerei.

WEIGANG / Die klassischen Organisationsmittel mit der Plantafel werden von der EDV lediglich unterstützt

„Ein Computer kann nichts durchsetzen"

JOACHIM WEBER, Würzburg

„Wir haben in letzter Zeit viel mehr Umsatz mit Konzernen gemacht als mit unserer eigentlichen Zielgruppe", wundert sich Gerhard Schmitt, Vertriebs-Geschäftsführer der Weigang-Organisation GmbH, Würzburg. Die eigentliche Zielgruppe, das sind mittelständische Unternehmen, die Weigang im ganz speziellen Bereich der Fertigungsplanung und -steuerung berät und mit den nötigen Hilfsmitteln ausstattet.

Warum nun ausgerechnet die Großunternehmen sich an den – selbst mittelständischen – Mittelstands-Mentor wenden, erklärt Schmitt ganz einfach: „Da wird augenblicklich in großem Stil dezentralisiert. Die Konzerne zerschlagen teilweise ihre Groß-EDV und geben den Fachabteilungen die Werkzeuge wieder direkt in die Hand."

Diese Werkzeuge und auch die zugehörige Philosophie aber gehören zum Standard-Repertoire der Würzburger. Der Computer hat darin seinen festen Platz, spielt aber nicht die Hauptrolle: „Die EDV kann eine Planung zwar unterstützen, sie aber niemals durchsetzen. Dazu brauchen wir die Menschen direkt im Betrieb, die den Laden genau kennen und wissen, wo sie in die Räder greifen können."

Auf diese Menschen wird auch der elektronische Gehilfe ausgerichtet. Die selbstentwickelte Software ist fast völlig deutschsprachig und so gestaltet, daß Fertigungsleute – Meister, Terminverfolger, Arbeitsvorbereiter – auf dem Bildschirm mit den gewohnten Formularen arbeiten können: Stücklisten, Terminpläne, Bestellformulare. Darüber hinaus bekommen sie aber auch Zusatzinformationen geliefert, zum Beispiel Zukunftsprojektionen aus der Kapazitätsauslastung mit Warnungen über absehbare Engpässe.

Als Instrument der Durchsetzung all dessen, was der Computer empfiehlt, schwört Weigang nach wie vor auf die gute alte Plantafel – sie gibt den großen Überblick auch im Vorbeigehen, ist damit ebenfalls am Menschen orientiert und wird vom Computer mit all dem versorgt, was da so an Papier hineingesteckt wird.

An Plantafeln, für die Industrie zu kompletten Leitständen montiert, hängt freilich auch das Herz der Würzburger: Sie sind eins der Traditionsprodukte des Unternehmens, das ursprünglich aus dem Bereich der „klassischen" Organisationsmittel (Durchschreibbuchführung, Karteien usw.) stammt. In der Produktion im fränkischen Bern, 1957 aufgebaut, arbeiten heute noch 110 der 320 Weigang-Mitarbeiter.

Die Fertigungsplanung ist allerdings schon ein Vorkriegs-„Produkt". Der Vater des heutigen Inhabers Just Jahn hatte 1924 in Dresden den „Industriedienst" gegründet, eine der ersten deutschen Unternehmensberatungen. Mitte der dreißiger Jahre erhielt er einen pikanten Beratungsauftrag: die Rettung einer maroden Steindruckerei, um die zudem ein Erbstreit im Gange war. Honorar sollte es mangels Masse keins geben, aber die Hälfte des Unternehmens im Falle der Rettung.

Aus seiner Praxis kannte Jahn Druckerzeugnisse, die dringend benötigt wurden: Formulare und Durchschreibsätze für die Buchführung und Organisation. Die Steindruckerei namens Weigang wurde umstrukturiert, von Zigarren-Bauchbinden auf Formulare umgerüstet – und sie lief. Ihren Namen behielt Jahn auch bei, als er nach dem Krieg in Ebern mit Beratung und Produkten für die Fertigungsplanung von vorne anfing. „Damals zogen die Leute über die Lande und erklärten, wie man mit einer Kartei eine Belastungs- und Belegungsrechnung oder gar eine Durchlauforganisation zustande bringt", erzählt Schmitt. Als neues Hilfsmittel kamen dann die Plantafeln ins Sortiment.

Als Anfang der siebziger Jahre die EDV immer weiter vordrang, wurde es eng für die alten Organisationsmittel. Doch Weigang bekam auch hier die Kurve. Eine Verbund-Philosophie, die alt und neu unter einen Hut brachte, sorgte für den sanften Übergang, auch bei den betreuten Kunden. In diesem Jahr wollen die vier Unternehmen der Gruppe (Beratung, Software und Systeme, zwei Firmen für den klassischen Bereich) wenigstens 30 (28,5) Mill. DM umsetzen. Als man 1976 auch die Datenverarbeitung professionell in Angriff nahm, waren es 6 Mill. DM Jahresumsatz.

Die Probleme sind immer noch die gleichen: „Viele Betriebe sind völlig unorganisiert. Der Chef holt die Aufträge, und die Meister haben die Stücklisten im Kopf", stöhnt Schmitt. „Da nützt der Computer überhaupt nichts. Da muß erst eine Organisation aufgebaut werden."

Cromme geht nicht zu Arbed Saarstahl

dpa/VWD, Saarbrücken

Der Versuch der saarländischen Landesregierung, dem wiederholt vom Zusammenbruch bedrohten Stahlunternehmen Arbed Saarstahl, Völklingen, mit knapp 16 000 Beschäftigten eine neue Führungsspitze zu geben, ist vorerst gescheitert. Der von Ministerpräsident Werner Zeyer als neuer Saarstahl-Chef vorgeschlagene Vorstandsvorsitzende der Halberger Hütte in Saarbrücken, Gerhard Cromme, steht nicht zur Verfügung. Entsprechende Informationen des Saarländischen Rundfunks wurden vom saarländischen Wirtschaftsminister Horst Rehberger bestätigt.

Rehberger betonte, er respektiere die Entscheidung Crommes und sei „der Überzeugung, daß die Landesregierung gemeinsam mit den Verantwortlichen bei Arbed Saarstahl zu einer (anderen) vernünftigen Lösung kommen" werde. Cromme sollte im Hinblick auf die am 28. September anstehende nächste Aufsichtsratssitzung des Unternehmens Nachfolger des bisherigen Saarstahl-Chefs Jürgen Krackow werden, der aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt angekündigt hatte.

Die angestrebte Veränderung der Führungsspitze ist Teil eines Konzepts der Saarregierung zur endgültigen Rettung des zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörenden Unternehmens, das erst letzte Woche vom Saarlandtag eine neuerliche Finanzspritze von 114 Mill. DM zugebilligt bekam. Seit 1978 hat Arbed Saarstahl von Bund und Land bereits 3,25 Mrd. DM öffentliche Hilfe erhalten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stagnation in Zement

Düsseldorf (Py.) – Die deutsche Zementindustrie sieht in Umsatz und Produktion der Beton- und Fertigteilindustrie für den weiteren Verlauf des Jahres durchaus noch Wachstumschancen, doch ist im Gesamtergebnis günstigstenfalls mit einer Stagnation zu rechnen. Wie der Bundesverband der Deutschen Zementindustrie ermittelte, erzielte dieser Industriezweig 1983 einen Umsatz von knapp 5,5 Mrd. DM (plus 3,8 Prozent). Daran hatten Betonerzeugnisse einen Anteil von 4,53 (4,38) Mrd. DM. Die Zahl der Beschäftigten ging um 3,2 Prozent auf fast 40 000 Mitarbeiter zurück.

Video-Markt wächst weiter

Hamburg (dpa/VWD) – Der deutsche Videomarkt wächst unvermindert weiter. Mit 1,47 Mill. Videorecordern wurden 1983 28,9 Prozent mehr verkauft als im Vorjahr. Der mit Videorecordern, Kameras und Leercassetten erzielte Gesamtumsatz von 3,46 Mrd. DM entspricht einem Wertzuwachs von 6,5 Prozent gegenüber 1982.

Klage über Brandstiftung

Berlin (ot.) – Besonders Brandstiftungen und Sturmschäden machen der Feuersozietät Berlin zu schaffen. Wie Sprecher der öffentlichen Versicherung, die in Berlin jedes dritte Haus in der Feuerversicherung unter Vertrag hat, mitteilten, kostet allein das kürzlich abgebrannte historische Restaurant Blockhaus Nikolskoe 2 Mill. DM. Das im letzten Jahr durch einen Bombenanschlag beschädigte Maison de France am Kurfürstendamm habe mit 2,6 Mill. DM zu Buch geschlagen. Die Brandstiftungen machten 35 Prozent der Schäden aus, dem Wert nach gar 73 Prozent (von insgesamt 67 Mill. DM Aufwand). Dennoch schließt die Feuersozietät 1983 mit 1,1 (0,3) Mill. DM Überschuß. Für dieses Jahr ist der Vorstand verhalten optimistisch.

250 000 DAF-Trucks

Düsseldorf (Py.) – Bei der niederländischen van Doorne's Bedrijfswagenfabriek (DAF-Trucks), ist in diesen Tagen das viertelmillionste Nutzfahrzeug vom Band gerollt. DAF nahm 1949 als Marktneuling die Lkw-Montage auf und führte 1973 als erstes Unternehmen in Europa den Lkw-Diesel mit Ladeluft-Rückkühlung (Intercooling) ein. Heute werden in drei Werken und elf europäischen Niederlassungen 8700 Menschen beschäftigt.

Starthilfe vom Computer

Düsseldorf (Py.) – Als Starthilfe für den Schritt in die Selbständigkeit haben die beiden regionalen Genossenschaftsbanken-Verbände von Rheinland und Westfalen-Lippe jetzt einen „Branchen-Computer" vorgestellt. Mit aktuellen und praxisgerechten Informationen aus über 100 Branchen werden bisher unbekannte Marktnischen ausgeleuchtet, Gründungskonzepte entworfen und staatliche Förderprogramme vorgestellt. Das Informationspaket kostet 5 DM.

NAMEN

Horst Wache, Senior Vice President der Sterling-Winthrop-Continental, vorher Sterling-Continental, wird am 19. September 65 Jahre alt und scheidet Ende September aus dem Firmenverbund Sterling-Europa, Lausanne/Sterling Drug Inc., New York, aus.

Jochen Schleicher (43), geschäftsführender Gesellschafter der Heckmann GmbH Messen und Ausstellungen, Wiesbaden, ist zum Geschäftsführer der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH NOWEA bestellt worden.

Sven-Erik Lange (45), Marketingdirektor im Hause Peter Eckes, Nieder-Olm, wird das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen. Sein Vertrag läuft am 31. März 1985 aus.

Heinz Gentes und **Wilfried Winrich,** letzte noch verbliebene Vorstandsmitglieder der Hammer Bank Spardaka eG, Hamm/Westfalen, sind ausgeschieden, stehen jedoch dem Institut beratend zur Verfügung.

Karl Niggemann ist per 1. September alleiniger Geschäftsführer der Geflügel-Kontor GmbH, Frankfurt. **Wolfgang Köhler,** bisheriger Mitgeschäftsführer, ist auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen ausgeschieden.

James Crowley (37), zuletzt Geschäftsführer der Elizabeth Arden Hauptverwaltung in Südafrika, wird im Herbst 1984 die Geschäftsleitung der Elizabeth Arden GmbH, Düsseldorf, übernehmen. Sein Vorgänger **Michael E. Brillhart** ist zum gleichen Zeitpunkt zum Vice President, Marketing weltweit, nach New York berufen worden.

SÜSSWAREN

Export nahm kräftig zu

HL. Bonn

Die deutsche Süßwarenindustrie kann für das erste Halbjahr 1984 bemerkenswerte Exporterfolge melden. So wurden, wie der Bundesverband des Süßwaren- Groß- und Außenhandels, München, gestern berichtete, 147 156 Tonnen Süßwaren aller Art im Wert von 895 Mill. DM im Ausland verkauft. Mengenmäßig war dies gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres eine Steigerung um 11,5 Prozent, dem Wert nach sogar um 22 Prozent.

Wichtigste Exportprodukte blieben Kakaoerzeugnisse, Dauerbackwaren und Schokalade. Als Hauptabnehmer dieser süßen Produkte behaupteten sich Frankreich und die Niederlande. Insgesamt stieg die Exportquote der Industrie von der Menge her auf 19,9 Prozent und dem Wert nach auf 16,6 Prozent.

Allerdings gab es auch auf der Importseite kräftige Zuwachsraten. Der Groß- und Außenhandel nennt für das erste Halbjahr ein Plus bei der Einfuhrmenge von zehn Prozent auf 172 838 Tonnen und beim Importwert von 21 Prozent auf 924 Mill. DM. Weltweit werden jedes Jahr für 50 Mrd. Dollar Süßwaren produziert.

WEINWIRTSCHAFT / Die südeuropäischen Erzeugerländer ziehen Bilanz

83er Jahrgang brachte mehr Qualität

HEINZ HILDEBRANDT, Bremen

Kurz vor dem Einbringen der neuen Weinmengen des Jahrgangs 1984 machen die großen Weinbaunationen Frankreich, Italien und Spanien Bestandsaufnahme. Das Ernteergebnis dieser drei Anbauländer zusammen hat 1983 zwar nahezu den Mittelwert der letzten fünf Jahre erreicht, lag jedoch beträchtlich unter dem des Rekordjahres 1982, dessen Überschußmengen immer noch auf den Markt drücken.

So lag die französische Ernte 1983 mit 68,1 Mill. Hektolitern um 14,1 Prozent unter den Vorjahresergebnissen. Bei den Qualitätsweinen (Appellation d'Origine Contrôlée – A. O. C.) betrug die Erntemenge 17,2 Mill. Hektoliter, damit ebenfalls unter den Mengen von 1982 gelegen, jedoch das langjährige Mittel übersteigend. Positiv verlief hier die Absatzentwicklung; die bisher verkauften 15 Mill. Hektoliter, ein Plus von 13 Prozent, bedeuten eine Rekordleistung. Der Anteil der A. O. C.-Weine an der gesamten französischen Ernte lag allerdings nur bei 21 Prozent, deutsche Weine berufen sich dagegen zu rund 96 Prozent auf vergleichbare Qualitätsbezeichnungen.

Als positiv für die europäische Weinwirtschaft muß gewertet werden, daß die südfranzösischen Erntemengen 1983 rund 12 Prozent unter den Mittelwerten lagen. Die hier beheimateten Massenweine der Tafel- und Landwein-Kategorie vergrößern somit kaum den EG-Weinsee. Bei Qualitätsweinen hat die deutlich gestiegene Nachfrage sowie die Entwicklung der Material- und Lohnkosten jedoch zu Preissteigerungen geführt. Diese betragen z. B. bei Rotweinen aus Burgund 15 Prozent und mehr, bei dem auch in Deutschland beliebten Chablis sogar 20 bis 30 Prozent.

Italien lag mit seinen 76,5 Mill. Hektolitern 1983 mengenmäßig wieder an der Spitze aller Weinbaunationen, trotz regionaler Trockenschäden vor allem im Süden. Die Erntemenge übertraf leicht den Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die neun Mill. Hektoliter D. O. C.-Qualitätsweine bedeuten ein Plus von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die A. O. C.-Weine zeigen eine ansteigende Preistendenz. Weiterhin drängen jedoch billige Massenweine auf niedrigstem Preisniveau auf den Markt.

Mit stabilen Preisen wird in absehbarer Zukunft der spanische Wein aufwarten können. Zwar lag hier das Gesamternteergebnis von 32,5 Mill. Hektolitern um 17 Prozent unter dem des Vorjahres, allerdings mit regional sehr unterschiedlichen Werten. Altbestände qualitativ sehr guter Weine sorgen jedoch für ein ausreichendes Angebot. Die spanischen Erzeuger werden daher noch vor dem anvisierten EG-Beitritt ihre Ausgangsposition wie schon in den letzten Jahren weiter verbessern können.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Schmidt: Karriere und Partnerschaft, Denkanstöße zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit, H. Sauer-Verlag 1984, 176 Seiten, 39 Mark

Erfolg haben heißt, Ziele erreichen. Widerstände sind zu beseitigen und zu überwinden. Erfolglosigkeit kann unrealistische Zielsetzung sein. Über Erfolgserringung durch Umgang mit sich selbst und Umgang mit den anderen schreibt der Autor in dem Buch, das keine Rezepte anbieten, sondern Denkanstöße geben will. Selbstsicherheit entwickeln ist das Leitmotiv der informativen Schrift.

Baumbach/Hefermehl: Wettbewerbsrecht, C. H. Beck Verlag, München 1983, 2070 S.; (Ln.), 198 Mark

Das deutsche Wettbewerbsrecht hat der Gesetzgeber in nur wenigen Rechtsvorschriften mit Generalklauseln gestaltet, denen Praxis und Rechtsprechung in der Folge eine Vielzahl von Einzelfällen zuordnete. Eine systematische Darstellung des Stoffes läßt sich daher nur schwer erreichen, und jede Kommentierung ist eher an der Kasuistik orientiert. Beide Aspekte zu verbinden, dies versucht der vorliegende Kommentar. In der Einleitung, die gut ein Fünftel des Gesamtumfangs ausmacht, werden im Zusammenhang, klar gegliedert und in sich geschlossen, die allgemeinen Grundlagen des Wettbewerbsrechts dargestellt. Die anschließende Erläuterung der Paragraphen zeigt am Einzelfall ausgerichtet den gegenwärtigen Erkenntnisstand. Ein Fälle- und Fundstellenverzeichnis sowie ein umfangreiches Sachregister erleichtern die Handhabung dieses Standardkommentars zum Wettbewerbsrecht.

Spörlein/Tausend: Handbuch für den Geschäftsführer der GmbH, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 1984, 512 S., 86 Mark

Für einen Praktiker ist es wichtig, das wesentliche Entscheidungsmaterial zu einem Problemkreis schnell und bequem zur Hand zu bekommen. Für einen Geschäftsführer einer GmbH schafft das vorliegende Werk diese Möglichkeit, jedenfalls für die häufig auftretenden Rechts- und Steuerfragen. Der erste Teil des Buches behandelt die handelsrechtlichen Fragen von der Planung und Entstehung einer GmbH bis zur Auflösung und Liquidation. Der zweite Teil stellt die Steuerpflicht und Steuerarten der GmbH dar, während der abschließende dritte Teil Muster zu den wesentlichen Rechtshandlungen und Geschäftsvorfällen enthält. Beispiele tragen zur Verdeutlichung der teilweise komplizierten Sachverhalte bei.

Joachim Kath: Infogaps, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1984, 267 S., 32 Mark

Der Begriff „Infogaps" bezeichnet nichts anderes als Informationslücken, die, in allen Lebensbereichen auftretend, häufig zu falschen Beurteilungen, Vorurteilen, Fehlentscheidungen, Krisen und sogar Kriegen führen können. Wenn man dem gerade erschienenen Buch von Joachim Kath, Mitinhaber einer Werbeagentur in München, Glauben schenkt, sind weder im Privatleben noch in Politik oder Wirtschaftsleben stets alle Informationen vorgegeben, die zu einer optimalen Problemlösung notwendig sind. Gerade im Zeitalter neuer Medien und verbesserter Kommunikationsmöglichkeiten kommt es darauf an, daß die Qualität der Informationsverarbeitung verbessert wird. Joachim Kath zeigt am Kommunikationsverhalten im familiären, politischen und wirtschaftlichen Bereich die Zusammenhänge auf zwischen Mißverständnissen, Mißmanagement und der Unfähigkeit, Lücken im Informationsstand sinnvoll zu schließen. Speziell im Marketingbereich sind die Kommunikationskonzepte, die Kath im letzten Teil des Buches vorstellt, eine wertvolle Hilfe zur Lösung unternehmerischer Probleme.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Rechtswissenschaft
Erstsemester

Nr.	von	nach
1	Augsburg	Bonn
2	Augsburg	Bochum
3	Augsburg	Heidelberg
4	Augsburg	Köln
5	Augsburg	Münster
6	Bielefeld	Bonn
7	Bielefeld	Köln
8	Bielefeld	Münster
9	Bayreuth	Frankfurt
10	Bayreuth	Hannover
11	Bayreuth	Hamburg
12	Bayreuth	Köln
13	Bayreuth	Uni Kiel
14	Bayreuth	Münster
15	Freiburg	Bonn
16	Freiburg	Hamburg
17	Freiburg	Köln
18	Giessen	Frankfurt
19	Giessen	Mainz
20	Konstanz	Tübingen
21	Regensburg	Bonn
22	Regensburg	Bochum
23	Regensburg	Köln
24	Regensburg	Mainz
25	Würzburg	Bonn
26	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
Erstsemester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Münster
3	Bochum	Bonn
4	Bochum	Freiburg
5	Bochum	Heidelberg
6	Bochum	TU München
7	Bochum	Uni München
8	Bochum	Regensburg
9	Bochum	Tübingen
10	FU Berlin	Bonn
11	FU Berlin	Essen
12	FU Berlin	Freiburg
13	FU Berlin	Heidelberg
14	FU Berlin	Köln
15	Essen	Hannover
16	Essen	Hamburg
17	Essen	Lübeck
18	Essen	Uni Kiel
19	Heidelberg	Tübingen
20	Saarbrücken	Bonn
21	Saarbrücken	Heidelberg
22	Saarbrücken	Ulm

FINANZANZEIGEN



N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij
(Royal Dutch) Geschäftssitz in Den Haag, Niederlande

Interimsdividende 1984

Aufsichtsrat und Vorstand der N.V. KONINKLIJKE NEDERLANDSCHE PETROLEUM MAATSCHAPPIJ (Royal Dutch) haben beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Interimsdividende von hfl. 3,85 je Stammaktie mit einem Nennwert von je hfl. 10 auszuschütten.

Unter Abzug von 25% niederländischer Dividendensteuer und gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 176 ist die Interimsdividende ab Dienstag, den 25. September 1984, im Bundesgebiet oder in Berlin (West) bei nachstehenden Banken zahlbar:

Deutsche Bank AG, *Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, München,*
Deutsche Bank Berlin AG, *Berlin (West),*
Bank für Handel und Industrie AG, *Berlin (West),*
Dresdner Bank AG, *Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken,*
Deutsche Bank Saar AG, *Saarbrücken.*

Zur Interimsdividende auf die Inhaberaktien, die mit einem Dividendenblatt ausgestattet sind, das sich nicht aus einzelnen Dividendenscheinen zusammensetzt (sog. CF-Stücke), sind diejenigen berechtigt, die am 14. September 1984 bei Geschäftsschluß Inhaber dieser Aktien sind und deren Dividendenblätter sich zu diesem Zeitpunkt bei einem der dem Centrum voor Fondsenadministratie B.V. angeschlossenen Verwahrer befinden.

Die Interimsdividende wird abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer am Dienstag, dem 25. September 1984, an obiges Centrum ausgezahlt werden, das für die Weiterleitung an die betreffenden Verwahrer sorgen wird.

Dividenden, die einer im Bundesgebiet oder in Berlin (West) unbeschränkt steuerpflichtigen Person (Steuerinländer) zufließen, unterliegen mit ihrem Bruttobetrag der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nach Tarif. Von der niederländischen Dividendensteuer werden 2/5 aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer bei rechtzeitiger Vorlage eines vom Wohnsitzfinanzamt bestätigten Antrages auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „Inkomstenbelasting nr. 92 D" zusätzlich zum Nettobetrag vergütet. Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

Der Gegenwert der Dividende wird in DM zum Tageskurs gutgeschrieben oder ausgezahlt.

Den Haag, den 13. September 1984
DER VORSTAND

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
Washington, D. C.
7% Deutsche Mark-Anleihe von 1977
– WKN 471 661/80 –

Für die am 1. Januar 1985 fällige Tilgungsrate sind nach § 4 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 20.000.000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Washington, im September 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

KÖNIGREICH SCHWEDEN

6% Deutsche Mark Anleihe von 1977/89
– WKN 461 556 –

Für die am 1. Dezember 1984 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 20.000.000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Stockholm, im September 1984

KÖNIGREICH SCHWEDEN
vertreten durch das Riksgäldskontoret

STADT KOPENHAGEN

(Königreich Dänemark)
5¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1964
– WKN 451 614 –
Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom. DM 5.000.000,– Teilschuldverschreibungen am 15. Dezember 1984 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernkreise

Nummernkreis	
1 – 7 820	
38 925 – 40 000	zu je DM 1.000,–
40 001 – 40 010	
41 561 – 41 695	
42 004 – 42 209	
43 548 – 44 159	
44 982 – 45 000	zu je DM 5.000,–
45 001 – 45 003	
45 022 – 45 026	
45 089 – 45 263	
45 337 – 45 422	
45 551 – 45 557	
45 782 – 45 783	
45 986 – 46 000	zu je DM 10.000,–.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 17. Dezember 1984 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel zum Nennbetrag bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Algemene Bank Nederland N.V.
Privatbanken Aktieselskab
Den Danske Bank af 1871 Aktieselskab
Copenhagen Handelsbank
R. Henriques jr.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 14. Dezember 1984.

Die am 15. Dezember 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise

13 274 – 17 490, 17 491 – 22 140, 22 141 – 22 426,
25 085 – 28 362, 28 363 – 29 286, 29 287 – 30 485,
30 486 – 35 119, 35 120 – 38 632, 38 633 – 38 924 zu je DM 1.000,–
40 011 – 40 789, 40 790 – 41 468, 41 469 – 41 560,
42 210 – 42 550, 43 268 – 43 547, 44 160 – 44 677,
44 678 – 44 981 zu je DM 5.000,–
45 004 – 45 021, 45 784 – 45 844, 45 890 – 45 985 zu je DM 10.000,–

sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Kopenhagen, im September 1984

STADT KOPENHAGEN

Kleiner Rückschlag bei Renten

Am Rentenmarkt hinterließ der deutlich gestiegene Dollar seine Spuren, zumal die Ausländer, die in der Vorwoche bei den öffentlichen Anleihen für festere Kurse gesorgt hatten, diesmal als Käufer weitgehend ausfielen. Die kurspflegenden Stellen nahmen die Notierungen bis zu einem Viertelpunkt zurück. DM-Auslandsanleihen wurden ebenfalls in der Spitze bis 0,25 Prozentpunkte zurückgenommen. Die vierprozentige Wandelanleihe der Deutschen Bank wurde erstmals amtlich notiert, der Kurs kam auf 118,75. Pfandbriefe blieben bei ruhigem Geschäft nahezu behauptet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	17. 9.	14. 9.
M 5½ Bayer.Hybo Pf 14	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 20	82G	83G
8½ dgl. Pf. 2	99G	99G
7 dgl. Pf 3	97,5bG	97,5G
6½ dgl. KS 14	99G	99G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	128,25G	128,25G
6 dgl. Pf 34	77,5G	77,5G
6 dgl. KO Pf 59	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	83,75G	83G

	17. 9.	14. 9.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,8bG	92,8bG
6 dgl. 47	80,5G	80,5G
F 8 Helaba Pf 8	110,5	110,5
6 dgl. Pf 60	96,25G	96,5G
6 dgl. Pf 73	102,05G	101,8G
4 dgl. KO 5	109G	109G
H 5 Hyp.-Hbg. Pf 95	84,25G	83,75
6½ dgl. Pf 80	92,2G	92,2
8 dgl. Pf. 240	101,1G	100,85G

	17. 9.	14. 9.
M 5 Vereinsbk Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79bG	79G
7 dgl. Pf 109	100,6bG	100,45G
D 8 WestLB Pf 350	101,05G	101,05G
6¾ dgl. Pf 403	99,15G	99,15G
9½ dgl. Pf 1007	107,55G	107,55G
8 dgl. Pf 1015	101,05G	101,05G
7 dgl. KO 555	100,25G	100,25G
6½ dgl. KS 420	97,9G	97,9G
9¼ dgl. KO 1301	108,85G	108,85G
8¼ dgl. KS 1278	101,3G	101,3G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

	17. 9.	14. 9.
F US West	196,8	192,7
M Vaal Reefs Expl.	28,5	28,5
D Veit-Stork	115,5G	115,5bB
D Volvo A	92G	92G
D dgl. Nam B	80G	80G
F Warner Commun.	64,5	62
F Warner Lambert	103	100
F Wells Fargo	132,1	126
M Western Deep L	130,3	129,4
M Western Mining	7,9	7,95
M Westinghouse El	82,3	80
F Westl.-Utrecht H.	82T	80
D Xerox Corp.	116,2	115

Atempause am Aktienmarkt

Deutlicher Kursgewinn bei Allianz Versicherung

DW. – Trotz des weiter gestiegenen Dollars hielten sich am Wochenbeginn die Ausländer am Aktienmarkt zurück. Wenn es dennoch bei stabilen Kursen blieb, lag dies an der Anlagebereitschaft einiger inländischer Anleger, die sich nicht zuletzt durch die positive Konjunkturbeurteilung der Bundesbank zum Aktienerwerb ermuntern ließen. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Allianz Versicherung, wo der Kurs zeitweise bis zu 25 DM über dem der Wochenschlußbörse lag. Auch andere Versicherungsaktien erzielten Gewinne.

Die leichte Abkühlung am Rentenmarkt hemmte vor allem den weiteren Anstieg der Bankaktien. Ähnlich stand es bei den Papieren der Großchemie, die sich ebenfalls nur knapp behaupten konnten. Im Elektrobereich anhaltende Meinungskäufe bei AEG, wo die Publikationen im Zusammenhang mit der Entlassung aus dem Vergleichsverfahren für zusätzliche Anregungen gesorgt haben. Während der Nixdorf-Kurs nahezu unverändert blieb, setzten PKI-Aktien ihren Anstieg fort. Autoaktien konnten die gegen Schluß der Vorwoche erreichten Kurse in etwa verteidigen.

Düsseldorf: Scheidemandel verminderten sich um 4 DM auf 143 DM und Huta um 3 DM auf 79 DM. Audi NSU erhöhten um 15 DM, Hagen Batterie um 3,50 DM und Kochs Adler um 10 DM. Rheag und VDN stockten je um 5 DM auf und Keramag um 6 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Aachen Münchner Bet. um 24 DM, Allianz Leben um 100 DM und Allianz Vers. um 27 DM.

Frankfurt: AEG Telefunken erhöhten um 3 DM und Brau AG um 4 DM. BBC stockten um 4,50 DM auf und Cassella um 8 DM. Deutsche Texaco verbesserten sich um 5 DM auf 199 DM und Grünzweig + hartmann um 3 DM auf 125 DM. MAN-Vz. steigerten um 7 DM auf 153 DM.

Hamburg: Beiersdorf mußten mit 355 DM (plus 6 DM) und Triton mit 3 108 DM (plus 3 DM) bezahlt werden. Kühltransit wurden bei Zuteilung mit 1000 DM (plus 52 DM) gehandelt. HEW blieben bei 82 DM knapp gehalten und NWK-Vz. gingen zu 168 DM aus dem Markt. Vereins- und Westbank waren mit 295 DM unverändert.

München: Agrob St. erhöhten um 1 DM und Audi NSU um 15 DM. Deckel AG stockten um 3 DM und Hutschenreuther um 4 DM auf. NAK Stoffe verbesserten sich um 0,90 DM auf 73 DM und Neue Baumwolle Hof um 11 DM auf 238 DM. Süd Chemie schlossen um 1 DM und Zahnräder Renk um 5 DM fester. Nachgegeben haben Dywidag um 3 DM und Erlus AG um 6 DM.

Berlin: Deutsche Hypobank Berlin wurden um 6 DM höher taxiert. Herlitz St. konnten sich um 5,40 DM, Herlitz Vz. um 3,50 DM und DeTeWe um 2 DM befestigen. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 4,50 DM und Berliner Kindl um 3 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 150,0 (150,2)
WELT-Umsatzindex: 3115 (4979)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	17.9.	14.9.
H AachM Beteil. 9+2,5	999	975
H Aach. M. Vers. 7	345G	345G
D Aach. Rück. 9	900bB	899
D Aseag *4	490G	500bB
M Ack-Gögg 4	107bB	106,5
H Adca 0	119	120
D Adler 9	290G	290G
F Adt AG 4	101bG	101,1
F AEG-Telef. 0	105	100
D AEG-Kabel 8	312T	318
S Aesculap 8	329	329
F AGAB 5	115	112

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ungeregelt. Freiverkehr

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	14.9.	13.9.
Aetna Life	35,625	35
Alcan Aluminium	28,50	27,875
Allied Chemical	35,75	35,25
Alcoa	35	34
AMR Corp.	27,75	28,125
Am. Cyanamid	50,875	50
Amax	20,25	19,875
Am. Express	34,875	34,825
Am. Motors	4,625	4,625
Am. Tel. & Telegr.	19	18,125
Asarco	21,375	21
Atlantic Richfield	51,50	50,875
Avon Products	24,50	24
Bally	16,625	17,125
Bk. of America	18,75	18,25
Bethlehem Steel	18,50	17,375
Black & Decker	21,375	21
Boeing	55,875	55,375
Brunswick	34,25	34
Burroughs	55,875	56
General Electric	58,375	58,875
General Foods	59	58,50
General Motors	75,125	75,125
Gen. T. & E.	38	40,125
Goodyeartire	27,625	27,375
Goodrich	27,75	27,25
Grace	42,75	41,50
Gulf Oil	–	–
Halliburton	33,125	32,875
Hewlett Packard	39,25	38,625
Homestake	25,25	25
Honeywell	61,75	60
IBM	126,75	126
Int. Harvester	8,125	8,25
Int. Paper	55,375	54,125
Int. Tel. & Tel.	27,625	27,125
Int. North. Inc.	38,875	37,50
Jim Walter	26,75	26,875
J. P. Morgan	74,25	72,625
LTV Corp.	10,875	11,75
Litton Industries	72,625	71,75
Lockheed Corp.	46	46,375
Loew's Corp.	91,75	90,375
Lone Star	22,755	22,425
Louisiana Land	31,75	31,125
Singer	32,875	33,125
Sperry Corp.	40,625	40,625
Stand. Oil Calif.	36,375	35,875
Stand. Oil Indiana	58,625	58,875
Storage Techn.	12	11,75
Superior Oil	44,625	44,50
Tandy	28,125	27,50
Teledyne	287,625	288,255
Telex Corp.	34,875	34,625
Tesoro	14,625	14,50
Texaco	37,25	37,625
Texas Instrum.	135,25	131,75
Tosco	1,625	1,75
Transamerica	27	26,875
Travellers	35,375	34,75
Trans World Corp.	29,625	30,125
Ucel Corp.	10,375	10,375
UAL	38,625	39
Union Carbide	53,375	52,875
Union Oil of Calif.	39,125	38,75
United Technologies	40,375	39,875
US Steel	25	24,75
Warner Comm.	21,375	20,75
Westinghouse El.	27,125	26,25
Weyerhaeuser	29,375	29,125
Ford	45,375	45,125
Foster Wheeler	11,625	11,75
Fruehauf	35,125	35,25
GAF Corp.	22,75	22,875
General Dynamics	66,875	66,50
Rockwell Int.	30,25	31
Rorer Group	34	33,625
Schlumberger	46,75	47,50
Sears, Roebuck	35,50	35,375
Shell Oil	56	55,625

Toronto

	14.9.	13.9.
Hiram Walker Res.	24,50	24
Hudson Bay Mng.Sp.	9,25	9,125
Husky Oil	12,50	12,50
Imperial Oil -A-	42,375	42,125
Inland Nat. Gas	14,75	14,75
Inco	15,125	15,25
Inter City Gas Ltd.	10,375	9,75
Interprov. Pipeline	32,25	32,75
Kerr Addison	16,25	16
Lac Minerals	28,75	28
Massey Ferguson	4,10	4,05
Moore Corp.	53,625	52,50
Noranda Mines	20,875	20,50
Norcen Energy Res.	18	18,125
Northgate Expl.	4,80	4,85
Northern Telecom.	51,75	51,50
Nova -A-	7,375	7
Oakwood Petrol	–	6,875
Prodeco	4,35	4,15
Ranger Oil	8,50	8,25
Revenue Prop. -A-	1,45	1,45
Rio Algom Mines	19	18,75
Royal Bk. of Can.	28,425	28,125
Seagram	50	49,875
Shell Canada	24,875	24,125
Domtar	31,625	31,625
Falconbridge Ltd.	76,50	73
Great Lakes Forest	88	–
Gulf Canada	19,125	18,75
Gulfstream Res.	0,67	0,65

London

	14.9.	13.9.
Free St. Geduld $	29,5	29,5
General Electric	216	212
Guinness	155	156
Hawker Siddeley	445	447
ICI	636	626
ICL Ltd.	87	88
Imperial Group	175	175
Lloyds Bank	479	467
Lonrho	145	145
Marks & Spencer	111	113
Midland Bank	317	317
Nat. Westminster	487	484
Plessey	202	206
Reckitt & Colman	530	528
Rio Tinto-Zinc	597	594
Rustenburg Plat. $	8,68	8,68
Shell Transp.	673	668
Thorn Emi	399	404
TI Group	238	240
Unilever	920	920
Vickers	182	182
Woolworth	513	528
Financial Times	857,4	858,8
Courtaulds	125	122
De Beers $	5,17	5,2
Distillers	299	300
Driefontein $	28,62	28,62
Dunlop	38	36

Amsterdam

	17.9.	14.9.
ACF Holding	185	185
Aegon	119,5	119
Akzo	93,9	94,2
Alg. Bk. Nederl.	299,5	299
Amev	171,9	168,5
Amro Bank	59	58,4
Berkel's Patent	41,4	40,7
Bijenkorf	31	30,8
Lucas Bols	95,5	95,2
Bredero	160	155
Bührmann	67,5	67,5
Credit Lyonnais Bk. N	52,2	52,2
Desseaux	69,5	70
Fokker	61,2	59,2
Gist Brocades	169	170
Océ-v. d. Grinten	251	250
Hagemeyer	42	41,9
Heineken Bierbr.	138,5	140
KLM	184,2	182
Kon. Hoogovens	58	58,1
Nationale Ned.	232,5	230,5
Ned. Lloyd Groep	147,5	147

Tokio

	17.9.	14.9.
Alps	2400	2370
Bank of Tokyo	455	453
Banyu Pharma	845	855
Bridgestone Tire	570	585
Canon	1380	1380
Daikin Kogyo	436	435
Daiwa Sec.	542	543
Daiwa House	510	498
Eisai	1270	1320
Fuji Bank	940	950
Fuji Photo	1770	1750
Hitachi	880	879
Honda	1320	1300
Ikegai Iron	405	390
Kansai El. P.	1130	1120
Kao Soap	738	742
Kirin Brewery	530	537
Komatsu	452	459
Kubota Iron	333	336
Matsushita El. Ind.	1680	1690
Matsushita El. Wks.	663	652
Mitsubishi El.	440	422
Mitsubishi H. I.	231	233

Zürich

	17.9.	14.9.
Alusuisse	790	795
dgl. NA	270	272
Bank Leu	3600	3600
Brown Boveri	1330	1355
Ciba Geigy Inh.	2480	2460
Ciba Geigy Part.	1935	1940
Elektr. Watt	2585	2600
Fischer Inh.	605	600
Globus Part.	590	585
H. La Roche 1/10	9400	9375
Holderbank	740	747
Jacobs Suchard Inh.	6025	6190
Italo-Suisse	164	165
Jelmoli	1890	1870
Landis Gyr	1460	1450
Mövenpick Inh.	3775	3750
Motor Columbus	745	750
Nestlé Inh.	5300	6285
Oerlikon-Bührle	1240	1250
Sandoz NA	2500	3425
Sandoz Inh.	6850	6825
Sandoz Part.	1060	1077
Saurer	202	202

Madrid

	17.9.	14.9.
Banco de Bilbao	351	345
Banco Central	360	358
Banco Esp. Cred.	365	368
Banco Hisp. Am.	242	242
Banco Popular	350	355
Banco de Santander	324	326
Banco de Vizcaya	410	412
Cros	67	65
Dragados	179	176
El Aguila	240	–
Esp. del Zink	205	206
Esp. Petroleos	169,25	163
Fenix	–	–
Fecsa	63	61
Hidroelectr. Esp.	74,75	73,75
Iberduero	79,75	77
S. E. A. T.	–	–
Sevillana de El.	67	65,75
Telefonica	102,75	99,25
Union Electrica	62,75	66
Union Explosivos RT	40,75	40
Urbis	57	55,75

Paris

	17.9.	14.9.
Air Liquide	552	560
Alsthom Atlant.	203	205
Beghin-Say	281	285,5
BSN-Gerv.-Danone	2572	2600
Carrefour	1610	1597
Club Mediterranée	1020	1016
Franc. Petrol B	217,9	220
Elf-Aquitaine	234,5	231,8
Gal. Lafayette	249	250
Hachette	1574	1570
Imetal	88,95	87
Lafarge	341	345
Locafrance	295	310
Machines Bull	32,6	33,3
Michelin	879	872
Moët-Hennessy	1758	1749
Moulinex	99,6	99,6
L'Oréal	2500	2500
Penarroya	–	34,5
Pernod-Ricard	800	805
Perrier (Source)	307	310
Peugeot-Citroën	224	227

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 17. 9. 84: 1023 Optionen = 56 950 (58 900) Aktien, davon 80 Verkaufsoptionen: = 4150 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-95/7, 10-100/4, 1-90/12,9, 1-95/12, 1-100/8,5-9, 1-110/4, 4-95/20, 4-100/10, 4-100/6,9, 4-120/4,8, BASF 10-150/8,2, 10-160/3,4, 1-160/7,5, 1-170/3,5, 4-160/10,6, 4-170/6,5, 4-180/3,9, Bayer 10-170/4,5, 1-160/15,8, 1-170/8,5, 1-180/4,8, 4-170/12,4, 4-180/9,4, 4-190/5, BHF 4-260/15, Bekula 1-100/3, 4-100/6, Commerzbank 10-140/22, 10-160/4,4, 10-164/3,2, 10-70/1, 1-160/9,9, 1-170/5,5, 4-170/8, Conti 100-110/11,5, 10-120/3,3, 1-120/8, 1-130/3,7, 4-120/9,6, 4-130/6, Daimler 1-580/14, 4-580/24,2, Dt. Babcock ST 10-150/17,5, 1-150/20, 4-150/22,2, Deutsche Bank 10-350/7,5, 10-380/3,5, 1-340/24,8, 1-346,75/20,5, 1-350/18,5, 1-360/12, 1-370/7,5, 4-340/30, 4-360/18,6, 4-370/13, 4-380/7, Dresdner Bank 10-170/1,5, 1-160/10, 1-170/4,7, 4-150/18, 4-170/8, 4-180/5, GHH ST 1-160/7, Hoechst 10-170/4, 1-170/9,5, 1-180/4,9, 1-183/2,5, 4-160/20,5, 4-170/14,25, 4-180/9,3, 4-190/4,5, Hoesch 10-95/8, 10-100/2,9, 1-100/6,9, 1-110/3,4, 4-100/12, 4-110/6, Karstadt 1-340/14,4, Klöckner 10-60/5, 10-65/2, 1-50/12, 1-60/8, 1-65/3,9, 1-70/3,5, 4-60/12, 4-65/7, -70/5, Lufthansa ST 10-136,5/22, 4-160/14,5, Lufthansa VZ 4-160/10, Mannesmann 10-140/15,5, 10-146/8, 10-160/2,9, 1-140/17,6, 1-146/13,8, 1-150/11, 1-160/7, 1-170/3,6, 4-150/14,5, 4-160/10, 4-190/4,4, RWE ST 10-160/5,6, 1-160/8,7, RWE VZ 1-160/5,6, Schering 10-360/20, 4-370/22, 4-380/20, Siemens 10-390/20, 10-140/6,5, 1-40/18, 1-420/12,7, 1-430/8, 4-410/25, 4-430/16, Thyssen 10-75/6,5, 1-80/6,4, 4-85/6, Varta 10-170/7,2, Veba 10-160/7,85, 1-160/12, 1-170/5,6, 4-180/5, VEW 10-120/2,4, VW 10-170/5, 10-180/1,2, 1-190/4, 1-200/2,4, 4-170/18,6, 4-180/12, 4-190/7,5, 4-200/5,1, Alcan 10-80/7,1, 4-80/12, 4-85/9,4, Chrysler 10-60/34, 10-80/14, 10-90/7, 10-95/3,65, 1-65/30,8, 1-75/20,8, 1-80/16, 1-90/11, 1-95/6,9, 4-90/11,5, Elf 1-80/3, General Motors 10-180/45, 1-190/38, IBM 10-380/24,5, 1-320/66,5, 1-370/18, Philips 1-45/4,5, 1-50/2,5, 4-45/7, Sony 1-50/2,5, Sperry 1-110/17, Xerox 1-120/6. Verkaufsoptionen: AEG 10-95/2, 1-100/2,85, 4-90/2,5, 4-95/3,2, 4-100/6,2, Bayer 10-170/1,5, 1-170/2,7, 4-160/1,9, BBC 1-200/4,8, BMW 1-370/5,5, 1-380/9, 4-370/9,5, Commerzbank 4-160/9,6, Conti 1-117/1, 4-120/3, Daimler 1-549,5/13,5, Deutsche Bank 10-340/1, Dresdner Bank 4-160/9,4, Mannesmann 10-160/5, 1-150/2,4, 4-140/2,4, Schering 4-380/19, Siemens 4-390/3,3, 4-400/10, VW 1-170/4, 4-160/2,9, 4-170/7, Chrysler 1-85/2,1, 4-90/8, General Motors 1-200/3,7, IBM 4-390/9,2, 4-380/16,5. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅛–5⅜	4⅛–4⅜
3 Monate	11⅝–11⅞	5½–5¾	4⅝–5⅛
6 Monate	11¾–12	5¾–6⅛	5 –5¼
12 Monate	12⅛–12⅜	6 –6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1540,80
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	235,00	290,70
20 belgische Franken	183,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	250,00	312,36
2 südafrikanische Rand	225,00	289,56
Krüger Rand, neu	1054,00	1241,46
Maple Leaf	1054,00	1241,46
Platin Noble Man	1027,00	1210,68

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	255,00	318,06
20 schweiz Franken „Vreneli"	186,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	874,00	1174,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,0581	3,0661	3,0165	3,01	3,10
London1)	3,826	3,840	3,785	3,78	3,93
Dublin1)	3,093	3,107	3,045	3,00	3,15
Montreal3)	2,3270	2,3350	2,29	2,27	2,37
Amsterd.	88,840	88,850	88,60	87,25	89,75
Zürich	121,390	121,580	121,40	120,00	122,75
Brüssel	4,962	4,982	4,909	4,85	5,05
Paris	32,550	32,710	32,16	31,75	33,50
Kopenh.	27,570	27,690	27,29	26,25	28,00
Oslo	35,440	35,580	34,84	34,50	36,25
Stockh.**)	35,420	35,580	34,845	34,50	36,25
Mailand2) **)	1,620	1,630	1,587	1,58	1,68
Wien	14,212	14,252	14,181	14,13	14,35
Madrid**)	1,782	1,792	1,749	1,74	1,88
Lissabon**)	1,924	1,944	1,619	1,55	2,35
Tokio	1,2420	1,2450	–	1,20	1,36
Helsinki	48,420	48,620	47,395	47,25	49,60
Buen. Air.	–	–	–	–	3,00
Rio	–	–	–	0,05	0,32
Athen*) **)	2,5155	2,5695	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5240	2,5430	–	2,43	2,56
Johannesbg.*)	1,8258	1,8448	–	1,60	1,65

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die amtliche Notiz des US-Dollars am 17. 9. wurde gegenüber Freitag um 1,18 Prozent höher mit 3,0621 festgestellt. Die Bundesbank blieb trotz dieses starken Kursanstiegs dem Freiverkehr fern und gab zur Notiz 50,0 Mio. US-Dollar bestens, weitere Abgaben zum Kursausgleich waren nicht notwendig. Die Dollar-Nachfrage hielt während des gesamten Tages an, ohne das neue Argumente zu erkennen waren. Die Schlußkurse lagen in der Nähe des Tageshöchstkurses von 3,0660. Minuskorrekturen wiesen lediglich das englische Pfund und der portugiesische Escudo auf. Gegenüber allen anderen Währungen tendierte die D-Mark schwächer, insbesondere gegen dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen. US-Dollar in: Amsterdam 3,4510; Brüssel 61,5825; Paris 9,3835; Mailand 1885,00; Wien 2151,90; Zürich 121,49; Ir. Pfund/DM 2,5205; Pfund/Dollar 1,2518; Pfund/DM 3,833.

Ostmarkkurs am 17. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bereits am Freitagnachmittag kam es zu einer leichten Erweiterung der Dollar-Terminabschläge. Auf dieser Basis notierten die Termine dann auch zum Wochenbeginn.

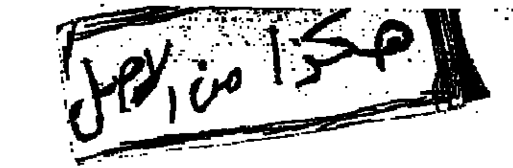
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,57/1,47	4,65/4,55	8,72/8,52
Pfund/Dollar	0,09/0,11	0,29/0,32	0,71/0,76
Pfund/DM	2,30/0,90	3,45/4,86	8,17/7,77
FF/DM	22/7	55/39	109/87

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 9.: Tagesgeld 5,5-5,55 Prozent; Monatsgeld 5,6-5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7-5,85 Prozent.

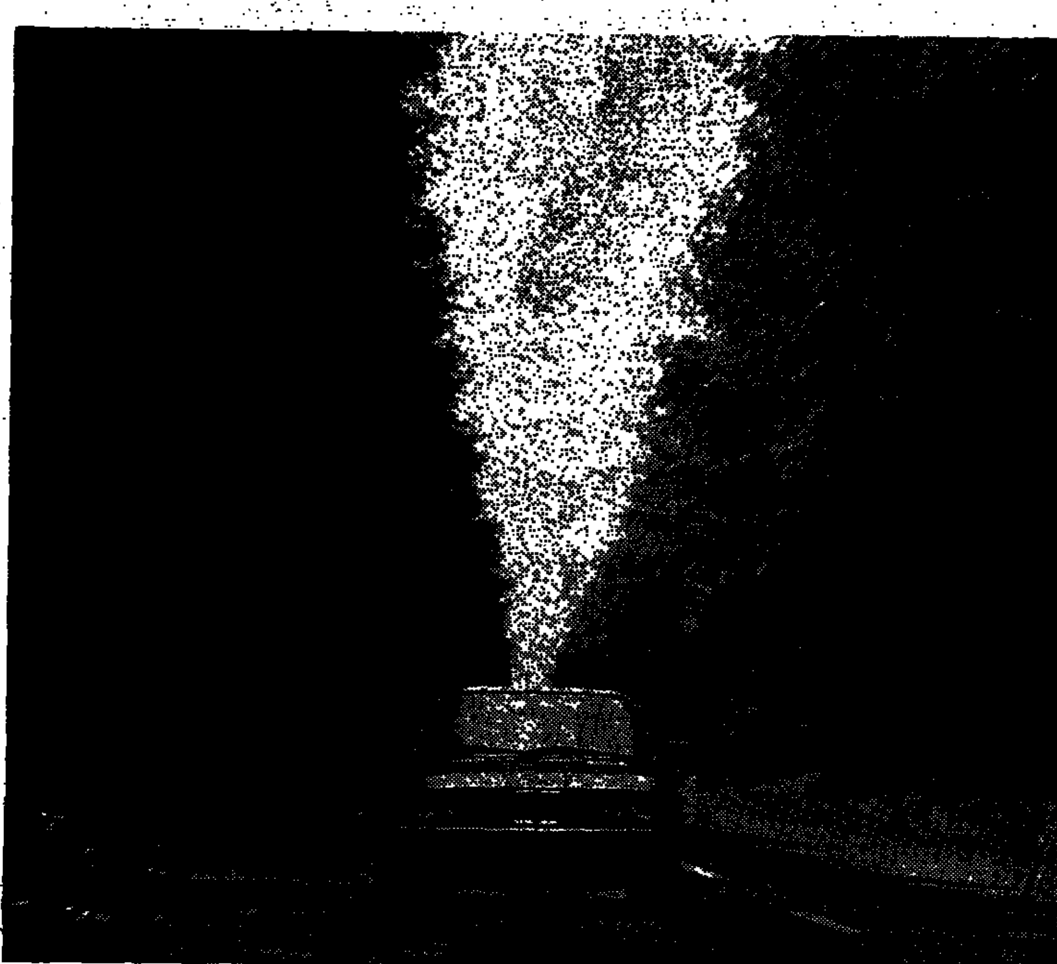
Privatdiskontsätze am 17. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

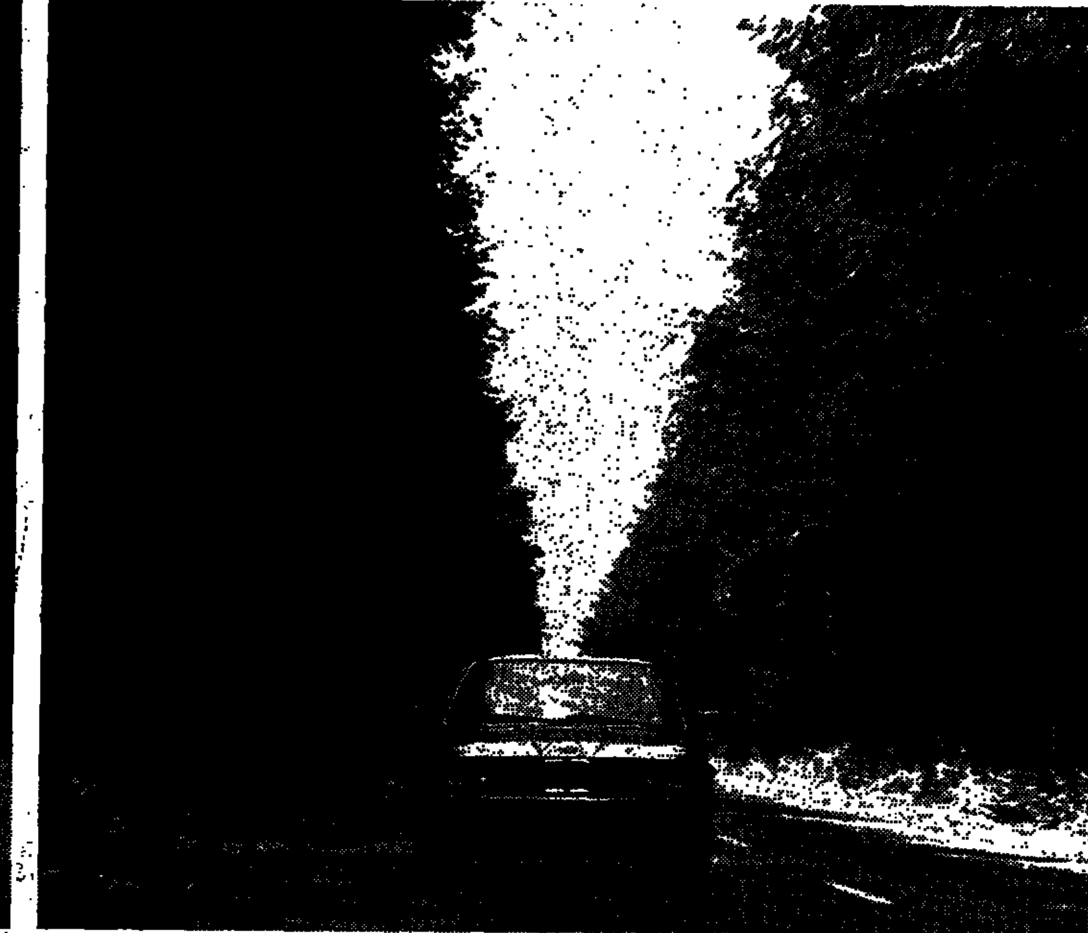
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent (in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,46). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,75 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,59) – 8,50 (7,71). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,50, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,00, Rendite 7,50.



Für Europa beginnt 1986 die automobile Neuzeit.

Für BMW Fahrer hat sie bereits begonnen.





Denn bei BMW finden Sie nicht nur Automobile mit Katalysatortechnik.

Sondern auch die bestmöglichen Alternativen dazu.

BMW hat als einer der ersten Automobilhersteller die konsequente, europaweite Verringerung der Abgasemission gefordert.
Auch wenn bisher noch nicht eindeutig geklärt werden konnte, welche Stoffe der Emissionen bei Industrie, Haushalt und Verkehr zu welchen *Formen der Umweltbelastung führen – der* Fortschritt braucht Vorbilder.
Damit die Entschlossenheit einiger Wege für viele aufzeigen kann.

BMW bietet bereits heute Katalysatortechnik als gegenwärtig wirksamstes System zur Abgasentgiftung in drei Modellreihen: 318i, 525e, 735i.
BMW offeriert auch in der Bundesrepublik Deutschland ein abgestimmtes Programm von Modellen mit Katalysatortechnik, auf Wunsch auch in Automatic-Version (735i ausschließlich).
Und BMW wird die Zahl der Modelle, die alternativ mit Katalysatortechnik erhältlich sind, konsequent erhöhen.
Die Tabelle zeigt die Unterschiede bei Leistung, Verbrauch und Preis im Vergleich zu den *Modellen ohne Katalysatortechnik.*

Wenn für Sie ein Katalysator-Automobil aufgrund unzureichender europaweiter Erhältlichkeit von bleifreiem Benzin noch nicht praktikabel ist – BMW ermöglicht Ihnen sofort wesentliche Fortschritte bei der Umweltentlastung.
Katalysatortechnik setzt unabdingbar unverbleites Benzin voraus.
Und bei mehr als 120 Mio. Verkehrsbewegungen über deutsche Grenzen im Jahr wird deutlich, wie entscheidend *eine europäische Einigung* als Voraussetzung für eine weitere Verbreitung von Katalysator-Automobilen ist.
Doch die eingeschränkte Einsatzfähigkeit *sollte nicht zum Anlaß genommen werden, nicht* schon jetzt verantwortungsvoll zu handeln.
Und das heißt: konsequent alle modernsten Techniken einzusetzen, die sofort und auf sehr *viel breiterer Basis Umweltentlastung möglich* machen.

Wer eine Alternative sucht, findet bei BMW das Attraktivste, was Automobiltechnik ohne Katalysator heute der Umwelt liefern kann: Intelligenteste Triebwerks-Elektronik.
Jedes neue Automobil vom technischen Anspruch eines *BMW stellt eine wichtige* Verbesserung der Emissions-Problematik dar.

Schon folgende Zahlen zeigen, daß jeder, der jetzt ein technologisch so fortschrittliches Automobil wie einen BMW kauft, auch im Sinne der Umwelt handelt:
BMW Automobile des Jahrgangs '84 haben im Vergleich zu den Abgasgrenzwerten von 1971 *einen fast 68% geringeren Ausstoß* an Kohlenmonoxid, einen um 55% geringeren Ausstoß an *Kohlenwasserstoffen und einen um 55%* gesenkten Ausstoß an Stickoxiden.

Gegenüberstellung Modelle ohne/mit Katalysatortechnik	318i 5-Gang ohne Katalysator	318i 5-Gang mit Katalysator	525e 5-Gang ohne Katalysator	525e 5-Gang mit Katalysator	735i Autom. ohne Katalysator	735i Autom. mit Katalysator
Leistung kW (PS)	77/105	75/102	92/125	90/122	160/218	136/185
1/min	5800	5800	4250	4250	5200	5400
Höchstgeschwindigkeit km/h	184	180	189	188	211	199
Beschleunigung 0-100 km/h s	11,2	11,9	10,7	11,3	9,4	10,4
Verbräuche* nach DIN 70030:						
bei 90 km/h l/100 km	6,0	5,5	5,8	6,3	7,9	8,4
bei 120 km/h l/100 km	7,9	8,3	7,4	8,4	9,8	10,5
im Stadtverk. l/100 km	9,5	9,9	11,0	11,8	16,7	17,4
Aufpreis für Katalysator/DM		1.500,–		1.800,–		1.950,–

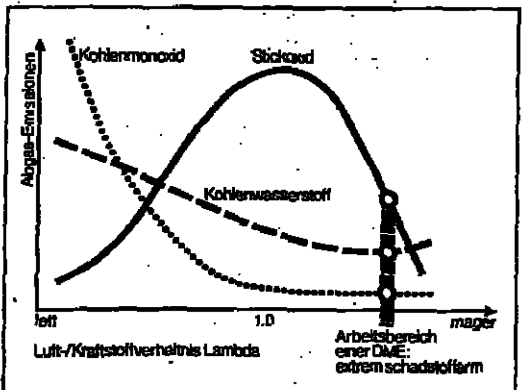
Alle oben genannten Modelle sind selbstverständlich auch in Automatic-Version erhältlich (735i ausschließlich).
*bei Fahrzeugen mit Katalysator für bleifreies Normalbenzin, sonst für Superbenzin

BMW Modelle erreichen bereits heute Abgasgrenzwerte, die von der Bundesregierung erst für '86 gefordert werden.

Jeder Fachmann weiß, daß harte Abgasziele *nur mit konsequentem Einsatz modernster Elektronik zu erreichen sind.*
Und modernste Triebwerks-Elektronik heißt heute BMW.
Bei der Triebwerks-Elektronik war BMW Pionier – und ist heute Technologie-Führer.
Und wie erheblich Triebwerks-Technologie vom Standard eines BMW zur Umweltentlastung *beitragen kann, macht z.B. die jüngste* Untersuchung des TÜV Rheinland (1984) deutlich.
Sie hat ergeben, daß 2/3 aller Fahrzeuge mit Vergasern zu hohe Kohlenmonoxid-Konzen*trationen (CO) durch falsche Einstellungen auf*weisen – und daß durch korrekte Einstellungen *der CO-Ausstoß um fast die Hälfte* vermindert werden könnte.

Ein Problem, das bei elektronischen Triebwerkssteuerungen gar nicht auftreten kann.
Denn im Gegensatz zu herkömmlicher mechanischer Technik hat die Elektronik nicht die unangenehme Eigenschaft, sich zum Schlechten hin zu verändern.
Die bei Mechanik üblichen Veränderungen durch Verschleiß, Verschmutzung und fehlende *oder fehlerhafte Wartung sind mit Elektronik* ausgeschlossen.

So selbstverständlich wie bei BMW ist der Einsatz derart umweltfreundlicher Technologien allerdings durchaus nicht überall:
Selbst viele anspruchsvolle Automobile werden heute noch mit herkömmlicher Vergaser- oder Einspritztechnik ausgerüstet.



Wie erfolgreich elektronische Intelligenz dazu beitragen kann, die Umwelt zu entlasten, zeigt sich auf vielen Gebieten.
Wieviel Stickoxide, Kohlenwasserstoffe und *Kohlenmonoxid Ihr Automobil* ausstößt, hängt ganz entscheidend davon ab, wie intelligent *seine Triebwerkssteuerung ist.*
Die Grafik verdeutlicht den Zusammenhang *zwischen Abgasemission und Luft-Kraftstoff-*Verhältnis beim Verbrennungsvorgang:
Sehr mageres Gemisch, also *relativ viel Luft* und wenig Kraftstoff, führt zu viel günstigeren Werten bei den im Zusammenhang mit der Belastung des Waldes so oft diskutierten Stickoxiden, aber auch bei den Kohlenwasserstoffen und beim Kohlenmonoxid.
Ein sicherer Betrieb des Motors exakt in diesem *kleinen Bereich* kurz vor der Zündunwilligkeit des Kraftstoff-Luft-Gemischs bei unterschied*lichsten Betriebsbedingungen* ist mit einfacher, herkömmlicher Technik nicht zu erreichen.
Dazu ist die Intelligenz der kompletten Computersteuerung des Triebwerks, der Digitalen Motor-Elektronik *(DME), erforderlich.*

Wenn man die Diskussionen um die Probleme unserer Umwelt betrachtet, wird klar, wieviel der systematische Einsatz von Triebwerks-Elektronik bei BMW für die Zukunft des Autofahrens getan hat.
BMW hat so konsequent wie kein anderer modernste elektronische Triebwerkssteuerungen entwickelt und eingesetzt.
BMW besitzt deshalb einen Vorsprung und eine *breite Basis* von *Know-how* – was es uns möglich macht, neue Aufgaben erfolgreich zu lösen.
*Schon 35% des gesamten BMW Modell-*Programms werden mit einer Digitalen Motor-Elektronik ausgerüstet. 90% der Modelle haben die elektronische Einspritzanlage.
Und selbst das Einstiegsmodell – der BMW 316 – besitzt als neueste technische Entwicklung einen elektronisch gesteuerten Vergaser.

Mit Bewußtsein fahren: BMW fahren.
Freiheit ist Verantwortung – weniger des Staates als vielmehr jedes einzelnen.
Jeder von uns ist auch mit Blick auf die Umwelt aufgefordert, in diesem Sinne zu handeln.
Einen BMW zu fahren, war schon immer ein Zeichen wachen Bewußtseins und kritischen Sachverstands.
Und wann waren diese Qualitäten beim Autofahren mehr gefordert als heute?



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich höher wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	14. 9.	13. 9.
Sept.	339,00	345,75
Dez.	349,00	354,25
März	356,50	360,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	14. 9.	13. 9.
St. Lawrence 1 CW	235,80	236,00
Amber Durum	255,75	256,90

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	143,20	142,00
Dez.	148,50	146,50
März	–	152,30

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,50	122,20
Dez.	122,60	122,40
März	124,60	124,80

Hafer Chicago (c/bush)	14. 9.	13. 9.
Sept.	176,00	173,75
Dez.	177,00	175,50
März	178,00	173,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	316,50	309,75
Dez.	289,50	287,25
März	292,75	291,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 9.	13. 9.
Okt.	126,70	128,00
Dez.	126,80	127,80
März	131,70	131,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Terminkontr. Sept.	141,50	143,50
Dez.	138,90	141,10
März	137,00	139,00

Kakao New York ($/t)	14. 9.	13. 9.
Terminkontr. Sept.	2602	2540
Dez.	2333	2285
März	2225	2245
Umsatz	3075	4472

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,15	4,37
Jan	4,75	5,00
März	5,41	5,60
Mai	5,75	5,92
Juli	6,05	8,21
Umsatz	15 210	7 375

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	14. 9.	13. 9.
	4,29	4,28

Kaffee London (£/t) Robusta-	14. 9.	13. 9.
Kontrakt Sept.	2420–2425	2420–2430
Nov.	2440–2444	2455–2457
Jan.	2370–2371	2376–2377
Umsatz	3532	3269

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2214–2215	2140–2145
Dez.	1940–1941	1883–1885
März	1865–1869	1824–1826
Umsatz	7891	4321

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	122,60–122,80	125,00–125,20
Dez.	133,00–133,80	135,60–136,00
März	150,20–150,40	152,20–152,40
Umsatz	2244	3034

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 9.	13. 9.
schw. Sarawak spez.	420,00	410,00
weißer Sarawak	680,00	675,00
weißer Muntok	687,50	682,50

Orangensaft New York (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Sept.	179,00	180,00
Nov.	173,60	174,30
Jan.	173,15	173,75
März	172,30	172,40
Mai	171,10	171,30
Umsatz	1 700	1 750

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Südstaaten fob Werk	39,00	39,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	29,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	26,55	26,50
Okt.	25,60	26,16
Dez.	24,70	25,41
Jan.	24,42	25,35
März	24,20	25,08
Mai	24,00	24,90
Juli	23,85	24,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	31,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,50	21,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,25	21,00
fancy	21,00	20,75
bleichfähig	19,25	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	47,20	46,60
Dez.	48,50	48,30
Febr.	51,12	50,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,92	62,35
März	62,85	61,55
Mai	63,90	62,30

Häute Chicago (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Ochsen enth. schwere River Northern	69,00	71,00
Kühe enth. schwere River Northern	63,00	63,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	603,50	601,00
Nov.	607,00	605,75
Jan.	619,00	618,25
März	632,50	630,00
Mai	641,00	640,00
Juli	647,00	645,50
Aug.	644,00	642,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	148,00	145,50
Okt.	150,00	147,30
Dez.	156,00	153,30
Jan.	159,00	156,00
März	163,00	161,30
Mai	168,50	165,30
Juli	172,50	180,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	14. 9.	13. 9.
Okt.	349,00	346,00
Dez.	357,50	354,00
März	370,10	367,50

Kokosöl New York (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Westküste fob Werk	58,00	58,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	17. 9.	14. 9.
jegl. Herk. cif	945,00	955,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	640,00	615,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	615,00	610,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	242,00	239,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1345,00	1350,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	282,50	286,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	14. 9.	13. 9.
Okt.	63,65	63,65
Dez.	64,95	64,75
März	66,80	66,70
Mai	68,00	67,95
Juli	69,05	69,20
Okt.	69,60	69,55

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1:	48,50	46,50

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	14. 9.	13. 9.
Okt.	500–506	504–506
Dez.	510–516	510–514
Jan.	515–517	515–517
Umsatz	178	83

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	14. 9.	13. 9.
Okt.	51,00	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	52,80	52,80
Mai	53,10	53,10
Umsatz	0	2

Tendenz: nominell

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 9.	13. 9.
Okt.	561,0	562,0–563,0
März	576,0–580,0	578,0–580,0
Mai	582,0–585,0	580,0–585,0
Umsatz	12	7

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 9.	13. 9.
East African 3 long	880,00	880,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	14. 9.	13. 9.
AAA, ab Lager Sept.	13 544	13 344
Okt.	12 948	12 748

Kautschuk London (p/kg)	14. 9.	13. 9.
Nr. 1 RSS loco	61,00–63,00	62,50–64,50
Okt.	59,00–62,00	61,00–63,50
Nov.	61,50–62,50	63,10–64,00
Dez.	62,50–63,50	63,50–65,00

Tendenz: lustlos

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	14. 9.	13. 9.
Okt.	219,00–219,50	219,50–220,50
Nov.	219,50–220,00	220,50–221,50
Nr. 2 RSS Okt.	208,00–209,00	209,00–210,50
Nr. 3 RSS Okt.	204,50–205,50	205,50–206,50
Nr. 4 RSS Okt.	197,50–198,50	198,50–199,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	14. 9.	13. 9.
BWC	710,00	710,00
BWD	695,00	695,00
BTC	710,00	710,00
BTD	695,00	695,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17. 9.	14. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,78–115,97	117,36–117,46
drittfolg. Monat	119,04–119,23	120,63–121,02
Zink: Basis London		
laufend. Monat	227,71–228,10	226,84–227,22
drittfolg. Monat	227,52–227,71	227,42–227,51
Produz.-Preis	288,21	229,10
Reinzinn 99,9%	4114–4155	4122–4163

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17. 9.	14. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	393,60–395,52	395,58–397,50
Blei in Kabeln	123,50–124,50	125,00–126,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler

Messingnotierungen

	17. 9.	14. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382–385	384–386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–432	427–432
MS 63	415–420	417–422

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-kg)	14. 9.	13. 9.
	29,75	29,75

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17. 9.	14. 9.
	355–372	355–372
Leg. 225	357–375	357–375
Leg. 226	391–425	391–425
Leg. 231	391–415	427–415
Leg. 233	[illegible]	[illegible]

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17. 9.	14. 9.
Platin (DM je g)	34,55	34,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 750	33 550
Rücknahmepr.	33 300	32 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 300	33 750
Rücknahmepr.	31 150	32 300
verarbeitet	35 660	35 400
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 330	33 150
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	717,50	715,70
Rücknahmepr.	696,40	695,60
verarbeitet	749,30	749,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	17. 9.	14. 9.
London 10.30	338,30	333,40
15.00	335,25	341,45
Zürich mittags	337,25–337,75	339,70–340,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 000	101 150
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	567,40	565,00
3 Monate	582,30	580,15
6 Monate	597,20	594,40
12 Monate	628,35	625,75

Platin (£-Feinunze)	14. 9.	13. 9.
London fr. Markt	250,55	255,50

Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	109,05	107,25

New Yorker Preise

	14. 9.	13. 9.
Gold H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Silber H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Platin H. Handelspr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Palladium H.-Handelspr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	[illegible]
Nov.	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	14. 9.	13. 9.
Sept.	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	[illegible]

Londoner Metallbörse

	17. 9.	14. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer höhergradig (£/t) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer Standard) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)		[illegible]
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)		[illegible]

Praktischer Pessimismus

reich – Ich habe an mir immer wieder beobachten können, daß Phasen von philosophischem Pessimismus stets solche von Seelenfrieden und gleichzeitig hoher Arbeitskraft waren, und umgekehrt, daß ich bei philosophischem Optimismus nervös und unlustig war bis zur Unfähigkeit, das vom Augenblicke Geforderte denn auch zu tun. Vulgär gesprochen: Der philosophische Pessimismus erzeugte praktischen Optimismus, der philosophische Optimismus hingegen praktischen Pessimismus.

Dies an mir selber wahrgenommene Phänomen zeigt sich auch im Großen: Alle bedeutenden Schöpfungen menschlichen Geistes kommen aus tief pessimistischem Urgrund; sie sind, psychologisch verstanden, Trotzreaktionen auf das erbärmliche Schicksal des Menschen, selbst Goethe, Leben und Werk in eines geschaut, macht da keine Ausnahme, eines Shakespeare oder Tolstoi zu geschweigen. Das künstlerischste Volk dieser Erde, das griechische, hat ein Jahrtausend lang nichts als nur lamentiert; sein Opus *magnum* besteht nur aus Variationen des einen Themas: „Am besten ist, nicht geboren zu sein; am zweitbesten, früh zu sterben." Und Christi Erlösungstat ist, historisch gesehen, die Überwindung des jüdischen Optimismus: sein Reich ist weniger als das eines Mose von dieser Welt. Auch im weitest übertragenen Sinne gilt, was Paul Valéry einmal sagt: Optimisten schreiben schlecht.

Überzeugender noch ist die Gegenprobe: Aus dem plattesten Optimismus, der je gedacht worden, dem des Karl Marx, kommt die ganze Tristesse des real existierenden Sozialismus: von der Elbe bis zum Ussuri erweist sich, und zwar tagtäglich, der angewandte Optimismus als praktizierter Pessimismus.

Der ganze philosophische Optimismus bringt den Menschen um seine Chance der Menschwerdung, nämlich Selbstachtung zu gewinnen, indem er sich der „schrecklichen Gewalt der Tatsachen" (Stifter) stellt und, mit Gottes Hilfe, auch standhält; indem er nicht Welt und Gesellschaft verändert sehen möchte, sondern indem er das eine wirklich verändert, das auch der Allergeringste zu ändern vermag: sich selber.

Und übrigens ist es erwiesenermaßen noch keinem einzigen Denker gelungen, die mittlerweile in Grund und Boden geschwätzte Menschenwürde wo anders als eben im Pessimismus solid zu begründen.

Start der Opernsaison: G. Friedrich inszenierte „Das Rheingold" in Berlin, K. Horres „Boris Godunow" in Hamburg

Götter auf Abruf im Zeitschacht

Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Ins Endlose streckt sich der Tunnel der Zeit." In einen solchen „Zeittunnel", von Peter Sykora entworfen, stellt Götz Friedrich seine Neuinszenierung der Tetralogie Wagners vom „Ring des Nibelungen", die an der Deutschen Oper Berlin mit der Aufführung des „Rheingold" begann. Und da sich heutzutage offenbar kein richtiger „Ring" mehr ohne Buh-Geschrei schmieden läßt, bestätigte gerade der lauthalsige Widerspruch am Ende insgeheim Friedrichs Konzept. Ohne Radikalismus, ohne Neuheitsfimmel geht Friedrich das Riesenwerk mit liebevoller Phantasie an.

Im Zeitschacht, dem endlosen, warten die Figuren der Mythologie *auf Abruf zu neuem Leben. Henry* Moore hat in seinen berühmten „Shelter"-Blättern die Menschen unserer Zeit in den Londoner U-Bahn-Schächten des Bombenkrieges auf ähnliche Weise gezeichnet. Gegenwart und Vergangenheit verschränken sich so eindrucksvoll für Friedrich. Das Emporfluten des „Rheingold"-Vorspiels erlöst den erstarrten Mythos aus altem Bann.

Hinter glitzernd durchsichtigen Vorhängen treiben die Rheintöchter mit Alberich ihr schamloses Spiel. Der kriecht zu ihnen durch den Schlitz der Unterbühne herauf. Ein wackerer Arbeitsmann, der, nach der Schicht offenkundig liebesbedürftig, *verhöhnt und gekränkt* die Liebe verflucht und sich das Gold aus schwebend dahintreibendem Käfig raubt.

Der Zeitschacht verkürzt sich. Walhall die Götterburg, frisch erbaut, schimmert von Ferne auf. Die Bauherren, die Riesen, klumpen herein. All das ist anschaulich, erzählungsfroh in Szene gesetzt. Loge, zu Hilfe gerufen, erscheint im reichen, rotausgeschlagenen Havelock, roten Glimmer ums Auge unter dem Stetson: Deutlich eine Spielernatur aus Wildwest, vielleicht vom Mississippi in die deutsche Sage herüberverschlagen.

Nibelheim – das ist dampfend die Schmiede der Macht. Sie wird überwacht auf zahlreichen Monitoren. Al*berich hat sich zum Frühkapitalisten* gemausert, zum mittelgescheitelten Ladenschwengel, in Anschmeißwäsche mit Knopflochblume. Ob ein Stritzi wie er allerdings Verwünschungen aussprechen kann von der Gewalt eines über die Zeiten wirkenden Fluchs, steht dahin. Hier reißt sich Friedrichs Inszenierung ihr größtes Loch.

Erdas Auftritt geschieht beinahe beiläufig. Sie orakelt daher im Vorübergehen. Der Schluß sieht die Götter in feierlichem Schreittanz der Burg entgegenzögern: Dies ist das einzige, was Friedrich aus seiner vorzeitig abgebrochenen Hamburger „Ring"-Inszenierung in die Berliner Produktion übernommen hat.

Den Glanz der Aufführung stiftet ein handverlesenes Sänger-Ensemble, um das Bayreuth Berlin heftig beneiden darf. Simon Estes ist ein wundervoll dahertönender Wotan, ohne allerdings schon jene Autorität zu entwickeln, die gerade den Verlust der Autorität im nachhinein auf tragische Art wirksam macht. Doch er singt den Göttervater mit überaus wohlklingendem Munde. Ihm ebenbürtig ist Diane Curry, eine Fricka von junonisch imposanter Statur mit dem Stimmglanz einer über den Wolken thronenden Landesmutter.

Überhaupt sind die Götter in Ber*lin bestens bei Stimme*. Mit Gerd Feldhoffs sonorem Organ ist das Grollen Donners glänzend bedacht. In William Pell stellt sich als Froh ein künftiger junger Heldentenor vor. Sheryl Studer ist eine frischkehlige Freia, die durchaus nicht nur Opfer sein mag. Sie wartet mit ungeahnter Singaktivität auf.

Riesen wie Zwerge kommen singend überaus kunstreich daher. Horst Hiestermann *ist ein in seiner Qual* beinahe verzückter Mime, der sich mit stechender Charakterschärfe stimmlich blendend artikuliert. Matti Salminen ist ein Fasolt auf klumpigen Freiers-Füßen, dessen Baß wohltuend einlullt wie ein schwarzes Plumeau. Bengt Rundgren gibt Fafner kolossale Mordgier mit auf den schwankenden Weg. Gottfried Hornik singt Alberich makellos. Doch haben ihm Regie und Kostüm fahrlässig jede Art Dämonie vorenthalten. Als Erda gibt Florence Quivar mit sattem geschmeidigem Alt ihr Verkündungs-Entree.

Bleibt George Shirley als Loge. Er erscheint als Wanderer der Mondänität. Er singt gepflegt, er artikuliert deutlich, die Stimmblässe vieler Charaktertenöre im Schmalspurformat liegt ihm fern. Aber er streicht als Fremdkörper durch die Aufführung. Friedrich hat es nicht plausibel zu machen verstanden, was der farbige Mister Loge ausgerechnet am Rheine zu suchen hat.

Jesus Lopez Cobos leistet sich mit dem horntrüben Vorspiel einen sauren Anfang. Doch sehr schnell spielt sich das Orchester erfreulich frei und trägt Wagners Erzählung musikalisch spannungsreich vor. Lopez Cobos nüchtert nichts aus und läßt nichts verkargen. Er hält den Vortrag schlank, setzt aber dennoch die dramatischen Akzente stark und genau. Das „Rheingold" in Berlin macht neugierig auf die Fortsetzung mit der „Walküre", die schon am 6. Oktober fällig ist.

KLAUS GEITEL



Singt den Göttervater mit wohlklingendem Bariton: Simon Estes als Wotan in der Berliner Inszenierung FOTO: JOCHEN CLAUSS



Stimmprächtig und facettenreich: Kurt Moll als Boris Godunow in der Hamburger Inszenierung FOTO: F. PEYER

Ein böser Empfang für den Zaren

Daß ihm sogleich eine derart steife Brise ins Gesicht wehen würde, hat sich Kurt Horres, frisch inthronisierter Intendant der Hamburgischen Staatsoper, gewiß nicht träumen lassen. Zuerst einmal eine immer noch defekte Oberbühnenmaschinerie, deren völlige Instandsetzung in den Sternen steht. Des weiteren drastische Sparmaßnahmen, die zur Zeit im Senat ausgehandelt werden. Keiner kann glauben, daß ausgerechnet die Oper, die vielen SPD-Genossen an der Alster und wohl auch der Kultursenatorin ein Dorn im Auge ist, ungeschoren bleiben wird. Ganz zu schweigen von der „opera stabile", der Experimentierbühne der Staatsoper, die unter den strangulierenden Sparmaßnahmen wahrscheinlich sogar den Todesstoß erhalten wird.

Ob das von seinem Vorgänger Christoph von Dohnanyi ausgegebene Stichwort vom „Wegwerftheater" für Horres die Lösung sein kann, wäre zu bezweifeln. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung aber dürfte es für den neuen Hausherrn sein, daß er in Hamburgs neuem Generalmusikdirektor Hans Zender einen Mitstreiter von kritischer Wachsamkeit, beweglicher Intelligenz und mit Lust an innovatorischen Projekten erhalten hat.

Bei der ersten Premiere der Ära Horres, der Neuinszenierung von Mussorgskis „Boris Godunow", schlugen Zenders Engagement und seine stoßkräftige Phantasie gleich positiv zu Buche. Was immer auch auf der Bühne geschieht, so schien er am Pult der Philharmoniker zu signalisieren, die Musik muß Zentrum, muß Motor allen Geschehens bleiben. Und der entschiedene Rückgriff auf den „Boris" im originaleren Gewand, als es uns der große Weichmacher Rimski-Korsakow hinterlassen hat, also auf die Schostakowitsch-Fassung, schien ihn dabei zu einem außerordentlichen Höhenflug zu inspirieren.

Mit fabelhafter Lebhaftigkeit ließ er die herrlichen Schroffheiten, die Farbenpracht und das dramatische Pathos der Mussorgski-Musik aufleuchten. Was an subtilen Rissen und Brüchen vom Komponisten intendiert wurde, blieb dabei ohne einschmeichelnde Retuschen stehen. Eine glänzende Interpretation, die gewisse Wackelkontakte zwischen Bühne und Orchester und Spannungsverluste, welche aber auch den extrem langen, lähmenden Umbauzeiten zwischen den Bildern zuzuschreiben waren, nicht ins Gewicht fallen ließ.

Die Inszenierung von Horres und seinem Bühnenbildner Wilfried Werz löste dagegen gewisse Irritationen aus. Niemand wird sagen können, Horres habe es sich leicht gemacht. Sein „Boris" zeugt von intensiver, grüblerischer Auseinandersetzung mit dem an aktuellen Bezügen reichen Werk. Als ein entscheidendes Handikap dieser Inszenierung stellte sich aber das Bühnenbild heraus, das unentschieden zwischen allen Stilen schwankt, zum einen aufdringlich, zum anderen unklar wirkt.

Dabei ist der Ansatz, den „Boris" – jenseits von allem altrussischen Folklore-Schnickschnack, von Kreml-Glanz und historisierendem Ausstattungsprunk – gleichsam als schwarze Parabel der im verhängnisvollen Kreislauf der Geschichte gefangenen Menschheit zu deuten, durchaus plausibel und auch faszinierend. Der Hof des Neujungfrauenklosters bei Moskau ist folgerichtig ein schwarzer, nur von grellen Scheinwerfern erhellter Gefängnishof, in dem das Volk wie Verdammte zusammengetrieben wird. Die Welt ein Verlies, eine Riesengruft: Immer wieder öffnen sich in dieser Inszenierung Klappen im Bühnengrund, Sargdeckeln gleich, unter denen die Akteure verschwinden. Solche Bild-Visionen haben düstere Wucht, Überzeugungskraft. Man fragt sich nur, warum Horres und Werz diese Idee nicht weiterentwickelt haben, hin zu einem kühnen, erhellenden Schluß.

Anstelle der wuchtigen Durchführung des energisch angeschlagenen Themas steht in Hamburg ein enervierender Wechsel von wild gemischten, symbolüberladenen Bilder-Welten, die weder platten Naturalismus (bis zu veritablen Hühnern in der Schenke) noch abgenutztes Spiel mit Tüchern, Masken etc. noch (für das Erscheinen des neuen Zaren) eine Fallschirmspringerkluft verschmähen. Nur wenn das Bühnenbild einmal Ruhe gibt, wie in den beiden großen Boris-Szenen, findet Horres zu wirklich starken, bewegenden Lösungen, zu einer packenden und schlüssigen Personen-Choreographie.

In Kurt Moll hat er einen Sängerschauspieler zur Hand, der sich mit seiner stimmprächtigen und facettenreich realistischen Darstellung des Zaren sehr würdig in die Reihe der großen Boris-Interpreten einfügt. Das Premierenpublikum feierte ihn und die anderen Sänger (die, mit Robert Schunk als Dimitrij, Marjana Lipovsek als Marina und Walter Raffeiner als Schuiskij an der Spitze, durchweg überzeugend waren), den Chor und den Dirigenten mit enthusiastischem Applaus. Werz, aber vor allem Horres wurden dagegen mit kräftigen Buhs belegt. Ein unbarmherziger Empfang.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Neuer Verlag für Dissidenten-Literatur

rst. Köln

Dem deutschen Leser literarische und zeitkritische Texte ost- und südosteuropäischer Dissidenten näherzubringen hat sich der in Köln gegründete „Thule-Verlag" zur Hauptaufgabe gemacht. In dem neuen Verlag, der sich zum erstenmal auf der Frankfurter Buchmesse vorstellen wird, erscheinen demnächst „Die rote Messe" des führenden rumänischen Exilschriftstellers Paul Goma und „Hier spricht Moskau", eine Erzählung der russischen Journalistin Renate Lesnik, die früher bei Radio Moskau gearbeitet hat. Der Sekretär des 1948 unter mysteriösen Umständen verstorbenen tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk, Avigdor Dagan, schildert in einem Buch Begegnungen mit dem Sohn des Gründers der Tschechoslowakei, und von dem Rumänen Lucian Grigorewitsch wird im „Thule-Verlag" der Roman „Drei Tage im Sommer" herausgebracht.

Buxtehuder Bulle, Buxtehuder Igel

DW. Buxtehude

Im Rahmen der „Buxtehuder Woche" ist die Schriftstellerin Gudrun Pausewang mit dem Jugendbuchpreis „Buxtehuder Bulle" für den Antikriegsroman „Die letzten Kinder von Schewenborn" ausgezeichnet worden. Für die beste Kleinkunstdarstellung bekam das Pantomimen-Duo Eva Grun und Mathias Kritzel vom Mimentheater „Magma" aus Berlin den „Buxtehuder Igel" für ihr Programm „Irgendwie–irgendwo".

„Kranich mit dem Stein" für Adelheid Duvanel

DW. Darmstadt

Zum Abschluß der zweiten „Kranichsteiner Literaturtage" wurde der Basler Autorin Adelheid Duvanel der mit 10 000 Mark dotierte Preis des „Kranichs mit dem Stein" vergeben. Einmütig wählten alle sechs Jury-Mitglieder die 48jährige Schweizerin unter den 16 eingeladenen Autorinnen und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum aus.

Uraufführung in einem „Musik-Container"

M. v. Z. Venedig

Als einzige Darbietung der aus Finanzgründen gestrichenen Musikbiennale von Venedig wird am 25. September Luigi Nonos Oper „Prometeus" in der Kirche San Lorenzo uraufgeführt werden. Die „Hörbare Tragödie", an der Nono seit zehn Jahren gearbeitet hat, findet in einem „musikalischen Container" statt, den der Architekt Renzo Piano entworfen hat. Wie das Innere eines Musikinstruments wird er außer 400 Gästen das europäische Kammerorchester unter Claudio Abbado, fünf Sänger, den Chor und elektronische Apparate aufnehmen. Der „Prometeus" soll im Herbst 1985 in Mailand, anschließend in Paris und 1987 in Berlin aufgeführt werden. Am 1. Oktober feiert Venedigs Opernhaus Goffredo Petrassi, den 80jährigen Dekan der italienischen Komponisten, mit der Aufführung seiner Werke unter Giuseppe Sinopoli.

Peter Pewas gestorben

dpa, Hamburg

Der Filmregisseur Peter Pewas ist in Hamburg im Alter von 80 Jahren gestorben. 1951 war er für „Herbstgedanken" bei den Berliner Filmfestspielen mit dem Kritikerpreis ausgezeichnet worden. 1956 wurde ihm derselbe Preis für „Viele kamen vorbei" zugesprochen, und 1967 gewann er mit dem Kurzfilm „Kennzeichen Luftballon" einen Bundesfilmpreis. Für seine Arbeit im deutschen Film erhielt er noch im Juni dieses Jahres das „Filmband in Gold".

Viel Klugschwätzereien und neue Innigkeit – Die Folgeausstellungen der IBA

Am Anhalter rattern wieder Züge

Nieselregen. Das weite, fußballplatzgroße Feld hinter der zerbrochenen Rundbogenfassade, aus der Bäume wachsen. Wind bewegt das Stoppelgras und die verbleichende Goldraute. Dann eine Lautsprecherstimme mit hohlem Klang: „Achtung am Gleis 9 a/b. Der Zug fährt sofort ab." Von der anderen Seite, wo Schulkinder ihre Fahrräder schieben, kreischende Bremsen und das dumpfe Donnern rollender Räder.

Anhalter Bahnhof Berlin 1984. Seit fast 40 Jahren verkehren hier, wo einmal Europas größter Fernbahnhof stand und täglich eine Menschenflut von 100 000 Reisenden über die Bahnsteige trieb, keine Züge mehr. Von der großen Halle und dem schönen Bahnhofsgebäude blieb nur der gelbe Ruinenstumpf. Dahinter Sandboden und ein Dschungel wildwachsender Pflanzen mit Exoten selbst aus Sibirien, deren Samen mit den Zügen aus aller Welt auf das Bahnhofsgelände kamen. Und immer wieder die Stimme der Ansagerin. „Achtung Gleis 6. Es fährt ein: Nahverkehrszug aus . . ."

Keine Halluzination, sondern eine „Klangskulptur" des Amerikaners Bill Fontana für die schemenhafte Szenerie des einstigen Bahnhofs, erzeugt mit acht vergrabenen Lautsprechern im Gelände des ehemaligen Gleiskörpers – eine Veranstaltung im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Berlin, der IBA.

Die „Klänge" hat der 37jährige Clevelander, der seit einem Jahr in Berlin lebt, von einem „der belebtesten Verkehrsknotenpunkte in Europa", vom Kölner Hauptbahnhof, entliehen. Die Imagination gelingt deshalb nur teilweise. Keine Züge aus Schlesien, Böhmen, Sachsen, kein Nahverkehrszug aus Königswusterhausen. Aber ein Mythos, der in diesen Tagen und Wochen von der alten Hauptstadt Besitz ergreift: Bauen und Planen für Berlin. Und das heißt speziell in einem Stadtteil, dem, wo der Anhalter Bahnhof steht, auch Träumen: in Kreuzberg.

Der von Planern verhunzte, von Bomben zerfetzte Stadtteil feiert seine Wiedererweckung durch „behutsame Stadterneuerung" auf der IBA mit einer Fülle von Ausstellungen, die hinter dem Gestrüpp soziologischer und politologischer Klugschwätzereien den ausgeprägten Hang zu einer neuen Innerlichkeit, die Suche nach Selbstfindung und Identifikation erkennen lassen. Die Themenstellungen sind nur Chiffren dafür: „Im Schatten das NKZ" (Dresdener Straße 15, bis 16. 12.), „Die zwei Leben des Blocks 88" (Reichenberger Straße 22, bis 11. 11.), „Der IBA-Wurm ist immer noch im Gebälk" (Waldemarstraße 46, bis 16. 12.) und gleich dreimal: „Behutsame Stadterneuerung" (U-Bahnhof Schlesisches Tor und Lausitzer Straße 22, bis 25. 11., Oranienstraße 190, bis 16. 12.). Dazu „Werkkreise", Besichtigungen von Häusern und Baustellen, „Arbeitsberichte" von Architekten und „Mieterberatern" und die Selbstpräsentation von „Stadtteilgruppen".

Die „offizielle" Ausstellung „Kreuzberger Mischung" in der Bewaghalle am Paul-Lincke-Ufer (bis 28. 10., Katalog 324 S., 28 Mark) liefert zu all der „Infrastruktur", im buchstäblichen und im übertragenen Sinne: Einblicke in die „Technik der Unterstadt" mit ihren Kabel- und Kanalnetzen, mit einem „Trockenstrauß, gepflückt im Block 82, gewachsen auf Sand, Ziegelschutt und Mörtel", Belehrungen über Besonnung, „Kaltluftseen" und Schadstoffzirkulation sowie über die Möglichkeit, Brandwände in „Vertikalplantagen" zu verwandeln.



Bei der Suche nach dem Neuen das Alte nicht vergessen: Reminiszenzen an das alte Berlin in einer der IBA-Ausstellungen während des Aufbaus FOTO: MROTZKOWSKI

Fortgesponnen werden die Themen in der Ausstellung „Schöne neue Welt – Ökologische Projektionen aus einer verrotteten Garage" (Parkgarage am Kottbusser Tor, Dresdener Straße, bis Mitte Oktober). Mit wenigen Kunstgriffen haben Hinrich Baller und Margrit Kennedy das Betonmonster in einen alternativen „Ausstellungspalast" mit Transparentpapierfenstern, Sandwegen, Teichen und Pflanzen verwandelt.

Aussteller zeigen „Collagen oder Träume, um die Wirklichkeit zu verändern" – von Grünstraßen, Grünhäusern, vom „Modell autofreies Kreuzberg" bis zum „Sparklo" und zum „Wurmschauglas" des selbsternannten „Wurmvaters" H. G. Starck. Das Konzept kommt auch beim Außenseiterpublikum an. Drei Steppkes vor dem Modell eines „Ökohauses": „So woll'n se das machen." „Find' ich gut." „Find' ich voll geil."

Wer Kreuzberg sucht, der wird es dennoch nicht in den Ausstellungen finden. Ausgestellt werden nur die Versatzstücke der vielleicht merkwürdigsten Traum- und Gefühlskultwelt, die jemals in einem deutschen Großstadtquartier erblüht ist. Frei*lich: Sie gehören zu dieser IBA wie* der ungeschickterweise pünktlich zur IBA-Eröffnung von Berliner Politikern neuentfesselte Streit um eine Wiederaufnahme der Abrißpraxis und wie die „Standpauke" des Bundesbauministers beim Eröffnungsfestakt dazu: „Die Altbauerhaltung hat grundsätzlich Vorrang vor dem Abriß."

Nutzungsvielfalt, Individualität, handwerkliche Solidität, Gestaltungsidee und Urbanität der alten „Mietskasernenquartiere" werden von Neubauplanungen noch immer nur selten erreicht. Deshalb ist die Botschaft der Kreuzberger Ausstellungen trotz allen ihren Wunderlichkeiten eine IBA wert.

DANKWART GURATZSCH

Geschichten aus Odessas Getto – Isaak Babels „Sonnenuntergang" in Zürich

Nur auf den Schimmel war Verlaß

Isaak Babel war ein gottbegnadeter Erzähler, ein gottbegnadeter Dramatiker war er nicht. Sein „Sonnenuntergang", mit dem das Schauspielhaus Zürich die Spielzeit eröffnete, belegt das eklatant.

Worum geht es? Um das Schicksal eines alternden und reichen jüdischen Fuhrunternehmers, der im Getto von Odessa, anno 1913, über die eigene Familie und über die anderen Juden eine Art Gewaltherrschaft ausübt. Er verliebt sich in eine blutjunge blonde Nutte, ist drauf und dran, sein Geschäft zu verkaufen und mit dem Mädchen nach Arabien auszuwandern. Die Söhne, beide schon erwachsen, revoltieren, schlagen ihn zusammen. Seine Macht erlischt mit der physischen Niederlage. Künftig werden die Söhne regieren. Aus.

Es handelt sich also durchaus nicht um ein spezifisch jüdisches Schicksal, obwohl die Familie von unzähligen anderen Juden umgeben ist. Das Stück hat rund vierzig Rollen, die alle ein Schicksal, aber kaum ein paar Sätze haben.

Die deutschsprachige Erstaufführung von „Sonnenuntergang", vor zwanzig Jahren ebenfalls in Zürich, mag eine literaturhistorische Tat gewesen sein, nicht zuletzt weil Werner Düggelin sie leise, zart, diskret inszenierte, aber die Neuaufführung ist ein *einziges Mißverständnis*. Der polnische Regisseur Jerzy Jarocki bringt alle Stile durcheinander. Jeder spielt einen anderen. Die einen spielen „geduckt", als hätten sie ein Pogrom hinter sich, die anderen geben sich überlaut und fröhlich, als seien sie sich keiner Gefahr bewußt usw. usw.

Hans Dieter Zeidler war nie so blaß, gleichgültig, ob er polterte oder unhörbar flüsterte. Margrit Enzinger *als seine Frau mußte sich ständig* überschreien, überzeugte nur, wenn sie stumm blieb. Von Robert Tessen als Rabbiner wußte man nicht, ob oder was er spielte, denn sein Gesicht wurde durch einen Bart à la Knecht Ruprecht verdeckt. Stark war nur der brutale Sohn von Sven-Eric Bechtolf und lustig der Schneider Hubert Kronlachners. Das waren auch die beiden einzigen, die man immer verstand.

Ein Einfall der Regie war eine Liebesnacht des Alten mit der Nutte, die sich unterm Sternenhimmel völlig entkleiden mußte. Dazu eine schwülstige Hollywoodmusik des Polen Stanislaw Radwan, dem Sinn des Stücks zuwider. Ferner ein Schimmel, der ein paarmal um die Bühne herumgeführt wurde, aber wenigstens darstellerisch einwandfrei war.

Im Foyer des Theaters war eine „Synagoge" aufgebaut, wo vor Beginn des Stücks und in der Pause entsprechend verkleidete „Juden" beteten. Und so kauten die Besucher *ihre Schinkenbrötchen, während der* jüdische Urschrei vom „einzigen Gott" ertönte. Dabei wurde viel gelacht. Juden live sind ja auch so komisch. Über Geschmack läßt sich streiten, über Geschmacklosigkeiten nicht.

CURT RIESS

Trostpflaster für entgangene Retrospektive: Guttuso-Graphik in München

Respektvoll auf Picassos Stiere gesetzt

Glühend rote Paprikaschoten, weißer Blumenkohl inmitten grün abschattierter Blätter, gelbe Maiskolben neben Zitronen, Früchte, Gemüse, Tierschädel, Blätter und Äste, dazu hin und wieder ein Akt oder ein Architekturausschnitt. Das ist das Repertoire von guten zwei Dutzend farbigen Graphiken. Es sind Werke des 72jährigen Italieners Renato Guttuso. Die Studioausstellung in der Neuen Pinakothek in München versteht sich als „Trostpflaster" (so Prof. Steingräber) für die nicht zustande gekommene Übernahme der großen Guttuso-Retrospektive vom Frühjahr 1982 im Palazzo Grassi zu Venedig, die an bürokratischen Hindernissen scheiterte.

Die einfachen Bildinhalte des italienischen Künstlers machen staunen und verwirren, denn Guttuso gilt vielen als anachronistischer Malerfürst des italienischen Eurokommunismus, als sozialistischer Realist par excellence, auch als malender Propagandist. Hat hier nun einer resigniert, ist er zurückgekehrt zu den Wurzeln seiner sizilianischen Heimat? Das sind Fragen, die nur der Künstler beantworten könnte. Mag auch die neue Sicht erstaunen lassen, die kraftvollen, expressiven Elemente zeichneten Guttusos Werk immer aus.

So zählt zu den ausdrucksstärksten Werken dieser Präsentation die Radierung „Die Stiere Picassos 1983". *Aus schwarzen dichten Farbflächen* sind die schweren Köpfe der Stiere zusammengesetzt, Augen und Nüstern durch weiße Markierungen gekennzeichnet. Grüne und rote Farbakzente verleihen dem Blatt Dramatik, vermitteln unmittelbar etwas vom wilden Ungestüm dieser Tiere.

Immer wieder benutzt der Künstler kräftige und schwächere Konturlinien, die er mit Farbflächen verbindet, um Räumlichkeit und Plastizität zu gewinnen. Mitunter gehen die einzelnen Farbtöne in rascher Folge ineinander über. Dadurch erzielt Guttuso eine erstaunliche Tiefe des Kolorits.

Neben den sinnlich kräftigen Stilleben faszinieren in dieser Auswahl die lichten Radierungen wie z. B. „Die Turnerin 1983". Aus dem hellen, graublauen Aquatinta-Hintergrund beugt sich die Figur einer Frau in den Vordergrund. Das Gesicht ist von Haaren verdeckt. Eine Gestalt voller Leichtigkeit, und dennoch scheint der Körper zu federn, man spürt die Spannung, die von dieser Komposition ausgeht.

Renato Guttuso beherrscht die graphische Technik souverän. Um annähernd malerische Wirkungen zu erzielen, verbindet er drei Tiefdruckverfahren: Aquatinta, Radierung und Kaltnadel. Er spielt ihre Eigenheiten perfekt aus und gewinnt dadurch eine ungewöhnliche Ausdrucksfähigkeit.

Ein zusätzlicher Reiz der Ausstellung ist, daß hier auch alle Druckplatten gezeigt werden. (Bis 14. Oktober, Katalog 15 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Späte Rückkehr zu den Wurzeln der Antike: Die Farbradierung „Leda" (1975) von Renato Guttuso, aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

Noch härtere Bandagen in zweiter Runde?

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Urteile sind gesprochen, doch sind damit längst nicht die Wellen verebbt, die der Vergewaltigungs-Prozeß gegen zwei Oberärzte der Berliner Universitäts-Frauenklinik aufgeworfen hat. Zu Diskussionen Anlaß gegeben hat seit dem Urteil von je 27 Monaten für die Angeklagten vor allem die Begründung des Vorsitzenden Richters Alexander Ketzel (61). Seine Ausführungen, so glaubt es zumindest die Verteidigung, hätten nach dem Motto „in dubio pro reo" auch für einen Freispruch genügt.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Verteidiger haben Revision angekündigt. Über die Zulässigkeit entscheidet der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Berlin. Bis dahin bleiben die beiden Oberärzte gegen eine Kaution von jeweils 30 000 Mark, die der Chef der Frauenklinik gestellt hat, auf freiem Fuß.

Aussagen im Kern wahr

Ihre Hoffnung für die Revision bezieht die Verteidigung aus dem Umstand, daß das Gericht in erster Instanz 15 sogenannte „Hilfsbeweisanträge" abgelehnt hat. Dadurch „sind Zeugen nicht zu Wort gekommen, die weitere Erkenntnisse über die mangelnde Glaubwürdigkeit der Ärztin geliefert hätten", so Rechtsanwalt Herbert Dulde zur WELT.

Wie schwer für die 22. Große Strafkammer die Suche nach der Wahrheit wirklich war, läßt die Urteilsbegründung nur erahnen. Letzte Zweifel an der Aussage der Ärztin sind dem Gericht offenbar geblieben, auch wenn sie im Urteil positiv formuliert worden sind. *Danach sind die Aussagen* der Nebenklägerin „trotz mancher Widersprüche und Ungereimtheiten" zum „Kerngeschehen" glaubwürdig. Allerdings, so Richter Ketzel, habe die Zeugin die Wahrheitsfindung erschwert, indem sie alle Fragen zum Randgeschehen abgeblockt habe und beim Schutz ihres Privatlebens so weit gegangen sei, sogar die Unwahrheit zu sagen.

Das Gericht kennzeichnete die Frau als „burschikos und sensibel, stolz und verschlossen, sich selbst überschätzend und zu Übertreibungen neigend". Viele ihrer Handlungen seien „sexuell gefärbt" gewesen.

Weil es die Männer nicht allein nach der Aussage der Frau habe verurteilen können, habe es auch nach ihren Motiven gesucht, die für eine wissentlich falsche Anschuldigung sprechen würden, erklärte das Gericht. Diese Motive habe es jedoch nicht gefunden. Und auch ihr Verhalten, in das Dienstzimmer zurückzukehren, in dem die Männer mit ihr etwas vorhatten, führte das Gericht „auf die Überheblichkeit einer sich selbst überschätzenden Frau" zurück, die gedacht habe: „Mit diesen Kerlen werde ich schon fertig."

Sollte das Urteil Rechtskraft erlangen, wird beiden Ärzten die Zulassung auf Lebenszeit entzogen. Beide sind derzeit noch bei halben Bezügen vom Dienst beurlaubt, sie erwarten zudem Prozeßkosten in Höhe von 150 000 Mark.

Strafanzeige angekündigt

Angesichts solcher Konsequenzen ist es erklärlich, wenn die Verteidiger ihre Mandanten mit allen Mitteln „herauspauken" wollen – auch wenn es mit Mitteln geschieht, die, so Prozeßbeobachter, „zur Vernichtung der Persönlichkeit einer Frau" dienten. Ein Vorwurf, der sich hätte vermeiden lassen, wenn das Gericht häufiger vom Mittel des Ausschlusses der Öffentlichkeit Gebrauch gemacht hätte – so problematisch wiederum aus rechtsstaatlichen Gründen eine derartige Entscheidung gewesen wäre.

Gestern kündigte die Verteidigung gegenüber der WELT die Absicht an, *gegen die Ärztin Strafanzeige* wegen der Falschaussage zu stellen, die das Gericht in der Urteilsbegründung festgestellt hat.





Das Schlachterhandwerk gehört zu den ältesten Zünften. So ist Europas erstes Metzger-Museum im Renaissance-Haus von Böblingen (links) zünftig untergebracht. Das obere Bild zeigt das älteste bekannte Porträt eines deutschen Fleischers von Hans Lengenfelder aus dem Jahre 1456. Der „lockere Vogel" (Bild unten) ist ein Schlachterbeil aus der Zeit um die Jahrhundertwende.

FOTOS: THOMAS FREI

Ein Museum beweist: Den Fleischern ist nicht alles wurscht

XING-HU KUO, Böblingen

Das Deutsche Fleischermuseum, eine in Europa einmalige Einrichtung, ist gestern in Böblingen, unweit von Stuttgart, zünftig eingeweiht worden – mit einer 450 Meter langen und 560 Kilogramm schweren „Museumswurst". Sie wurde auf einem Langholzwagen durch die Innenstadt gezogen und von Tausenden von Schaulustigen „häppchenweise" – fünf Mark pro Portion – zugunsten der „Aktion Sorgenkind" verzehrt.

Um diese „Kilo-Meter-Wurst", die mit dem Ehrgeiz hergestellt wurde, ins Guinness-Buch der Rekorde zu kommen, scharte sich der lange „Festzug der Metzger". Musikkapellen, Reiterstaffeln, Fahnenabordnungen, Festwagen zogen zum historischen Gebäude des Fleischermuseums, einem Zierfachwerkhaus der Renaissance, das zwischen 1580 und 1590 erbaut worden ist. Ein würdiger Rahmen für das Jahrhunderte alte Handwerk des Fleischers.

Bei der feierlichen Eröffnung in der Kongreßhalle, an der rund 1000 Gäste aus dem In- und Ausland teilnahmen, wurde auf die Einmaligkeit und Bedeutung des Museums hingewiesen.

Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser (CDU) verwies auf die wachsende Bedeutung von Fleisch und Wurst für die Ernährung: Vor 100 Jahren noch ein Privileg wohlhabender Schichten sind diese Erzeugnisse heute zur Volksnahrung geworden. Jeder Einwohner der Bundesrepublik Deutschland verzehrt im Durchschnitt 90 Kilogramm Fleisch und Wurst im Jahr.

Es sei deshalb zu erwarten, so der Minister, daß die „hervorragende Einrichtung" auf großes Interesse stoßen werde. In der Tat: Selbst das japanische Fernsehen ließ schon einen Film über das Museum drehen, dessen Vorgeschichte bereits in dem US-Magazin „Time" veröffentlicht wurde.

Zur Vorgeschichte gehört untrennbar der Sindelfinger Wissenschaftler Professor Kurt Nagel, ein Informatiker, der als Metzgersohn erblich vorbelastet ist. Er hat als Vorsitzender des Vereins Deutsches Fleischermuseum Böblingen e. V. dem Museum den Weg geöffnet.

Auf einer Ausstellungsfläche von 340 Quadratmetern werden in drei Stockwerken folgende Schwerpunkte gezeigt: Im Erdgeschoß Exponate zum Thema „Produktion und Verkauf". Hier kann der Besucher vom Mittelalter bis zur Gegenwart verfolgen, wie der Verkauf sich wandelte – vom „Ganztier-Angebot" zu einzelnen Fleischstücken. Gleichzeitig ist die Wurstherstellung ständig verfeinert worden; die Bandbreite dieses Nahrungsmittels ist heute fast unübersichtlich geworden.

Im ersten Stock zeigen die Fleischer Kostbarkeiten aus ihrer wechselvollen Zunftgeschichte: Prunk- und Trinkgefäße, Zunftfahnen, Stubenzeichen und Siegel. Im zweiten Stock wird die „Bildende Kunst im Fleischerhandwerk" dokumentiert.

Das Computerzeitalter hat inzwischen auch das uralte Fleischerhandwerk erreicht: Im Böblinger Museum wird ein „Dokumentationszentrum" errichtet, das mit modernsten Computern alle Daten zur Geschichte der Fleischverarbeitung sammelt und auswertet.

Hatten Römer Container?

Schiffsfund enthüllt unbekannte kaufmännische Praktiken

KLAUS RÜHLE, Rom

Italien ist und bleibt eine archäologische Fundgrube. Die jüngste Entdeckung beweist, daß schon Römer und Griechen das heute im Warenverkehr so gängige Container-System kannten und anwendeten.

Vier Seemeilen von Diano Marina bei Imperia (Ligurien) entfernt liegt in 40 Meter Tiefe das Relikt eines römischen Schiffs, das vor zwei Jahrtausenden für die Beförderung von Frachtgut im Mittelmeer verwendet wurde. Wie die ärchäologische Superintendanz Liguriens jetzt bekanntgibt, enthält das Innere des antiken Frachters 20 offenbar gleichgroße (also genormte?), riesige Behälter aus Terrakotta, die dem Getreidetransport dienten. Danach handelt es sich um Vorgänger der heutigen Container – freilich aus anderem Material.

Von den zahlreichen Amphoren, die gleichfalls im Schiffsleib gefunden wurden und vermutlich für Wein und Honig bestimmt waren, sind noch rund einhundert sichergestellt worden. Ein Teil ist im Auftrag habgieriger Antiquitäten-Großhändler von Spezialisten mit Taucherausrüstung gestohlen worden. Ein ebenso blühendes wie skrupelloses Antiquitäten-Gewerbe, das mit dem offiziellen Kunsthandel nichts zu tun hat, macht große Geschäfte mit solchen geraubten Raritäten.

Einheiten der Polizei und der Carabinieri haben diesem Schwarzhandel an der Ligurischen Küste nun einen Riegel vorgeschoben. Die Fundstelle ist abgesperrt worden. Polizeitaucher haben festgestellt, daß die antiken Container gut erhalten sind und gehoben werden können. Dies wird im Verlauf eines Monats erfolgen.

Dazu werden mächtige Kräne und *luftgefüllte Ballons eingesetzt.* Auf die eine oder andere Weise hofft man die Terrakotta-Container ans Tageslicht befördern zu können. Das italienische Verteidigungsministerium wird eine Equipe von Tauchern und auch mehrere Hubschrauber zur Verfügung stellen. Es soll alles getan werden, um dem Meer eines der spannendsten Geheimnisse altrömischer Handelstechnik zu entlocken.

Glücklicherweise sind die Terrakotta-Container so schwer und voluminös, daß der organisierte Antiquitäten-Raub damit nicht zu Rande kam. Und auch von den Wein-Amphoren sind nur die handlichsten Opfer der Habsucht geworden. Container und Amphoren sollen in einem eigens zu gründenden Museum für archäologische Unterwasserfunde in Diano Marina der Öffentlichkeit gezeigt werden.

LEUTE HEUTE

Schweigsam

Prinzessin Diana und ihr Neugeborener waren noch keine Stunde wieder daheim im Kensington-Palast, da widmete sich der frischgebackene Vater **Charles** schon wieder seiner liebsten Sonntagsbeschäftigung: Er verbrachte in Windsor den Nachmittag – schweigsam – im Sattel seines Polo-Ponys. Auf dem „Smith's Lawn"-Spielfeld war eigens ihm zu Ehren ein Polo-Match zwischen alten Freunden arrangiert worden (das die Mannschaft des Prinzen dann übrigens verlor). Schweigsam auch **Prinz Andrew**, der als erstes Mitglied der königlichen Familie den Neugeborenen visitierte. Harry hat den Onkel vom vierten auf den fünften Rang in der Thronfolge verdrängt.

„Dr. astro"

Der erste Kosmonaut der „DDR", **Sigmund Jähn**, ein Oberstleutnant der Volksarmee, hat mit der Auswertung der Ergebnisse seines Weltraumflugs von 1978 am Potsdamer Zentralinstitut für Astrophysik und Physik zum Doktor der Naturwissenschaften promoviert. Das wurde jetzt beiläufig durch ein Interview im „Neuen Deutschland" bekannt. Jähn hatte 1978 als erster Deutscher am Flug eines sowjetischen Raumschiffs zur Orbitalstation Saljut 6 teilgenommen.

Australische Mäuse entsetzen die Katzen

AFP, Sydney

Australien leidet gegenwärtig unter einer Mäuseplage. Im Bundesstaat New South Wales, der Kornkammer des Landes, ist die Ernte bedroht. „Die Katzen sind angesichts der Masse von Nagern angewidert und reagieren schon neurotisch", erklärte ein Verantwortlicher der staatlichen Gesundheitsbehörden gestern in Sydney.

Die Invasion der Nagetiere ereignete sich bisher regelmäßig in gewissen Zeitabständen. Nach der Plage des vergangenen Jahres erhofften sich die geplagten Farmer in New South Wales jetzt wenigstens für einige Jahre Ruhe. Sie wurden enttäuscht.

Abermillionen von Mäusen greifen auch in diesem Jahr wieder Felder und Höfe an. Eine regelrechte Invasion. Sie fressen junge Saaten und die Getreidekörner in den Silos. Des Nachts kriechen sie aus ihren Löchern und zögern nicht, über Menschen herzufallen. Schon wurden Kinder während des Schlafes von den Nagetieren gebissen. Die Farmer laufen nur noch in Stiefeln oder mit zugebundenen Hosen herum, da die Mäuse sich gern unter den Saum flüchten und die Beine hochkriechen. Die Autofahrer vermeiden Nachtfahrten. Die Landstraßen sind oft ein reines Mäuse-Meer. „Man hat das Gefühl, auf einem Teppichboden zu fahren", berichtete ein Bewohner voller Ekel einer Lokalzeitung. Nicht umsonst heißt eine Landstraße in dem Bundesstaat „Samt-Straße".

Die Wissenschaftler stehen dem Phänomen machtlos gegenüber. Sie haben keine Erklärung. Sogar die Katzen haben vor der Menge kapituliert. „Sie verweigern das Fressen", berichtete ein Farmer. Die Autoreparaturwerkstätten haben während der Mäuseplage Hochbetrieb. Die Tiere knabbern an den elektrischen Kabeln und fressen sich bis zu den Sitzen vor.

Nach Ansicht der Experten wird die Plage überhaupt erst im nächsten Frühjahr ihren Höhepunkt erreichen.

Das Landwirtschaftsministerium warnte dessen ungeachtet die Farmer vor einer unkontrollierten Benutzung von Mäusegift. Nach Erklärungen von Landwirtschaftsminister Jack Hallam sind die Weizenexporte bedroht, falls im Ausland der Verdacht aufkommt, daß der Weizen vergiftet ist.

„Wir sind nicht Gott. Es handelt sich um ein Naturereignis, das wir nicht kontrollieren können", betonte am Wochenende ein Regierungssprecher.

11,5 Prozent weniger Verkehrstote

dpa, Bonn

Die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland ist im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 5413 auf 4792 und damit um 11,5 Prozent zurückgegangen. Dies teilte gestern der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), Gerhard Schork, in Bonn mit. Nach dem „Rückschlag" im vergangenen Jahr ein „positiver Trend", der sich durch die Pflicht zum Angurten in der zweiten Jahreshälfte weiter verstärken müsse. Nach Angaben Schorks hat sich auch in dem Zeitraum 1973 bis 1983 eine Verbesserung der Verkehrssicherheit ergeben. Während in dieser Zeit die Zahl der Kraftfahrzeuge von 21,2 auf 30,5 Millionen und der Kilometer von 266 auf 348 Milliarden gewachsen sei, habe die Zahl der Opfer sich von 61 auf 34 und die der Verletzten von 1833 auf 1406 je Milliarde Fahrzeugkilometer verringert. Der Verkehrssicherheitsrat befürwortet den Führerschein auf Probe, setzt sich aber für eine zweite Ausbildungsphase nach Erwerb desselben ein. In der Frage der Geschwindigkeitsbegrenzung tritt der DVR dafür ein, daß das Tempo im Kern der Wohngebiete auf 30 Stundenkilometer gesenkt wird.

Bikini-Erfinder gestorben

AFP, Lausanne

Der Erfinder des zweiteiligen Badeanzugs „Bikini", der Franzose Louis Reard, ist am Wochenende im Alter von 88 Jahren in Lausanne gestorben. Reard hatte den Bikini, eine Moderevolution nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946 entworfen und den Namen von den Bikini-Inseln entliehen. Die Inselgruppe war damals wegen der dortigen Atombombenversuche in aller Munde.

88 Mark pro Tag

dpa, Tokio

Der 53jährige Japaner, der 34 Jahre unschuldig in der Todeszelle gesessen hat, ist gestern mit 904 000 Mark entschädigt worden. Shigeyoshi Taniguchi war 1950 unter dem Verdacht, einen Reishändler ermordet zu haben, festgenommen und 1952 zum Tode verurteilt worden. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde er im März dieses Jahres für unschuldig erklärt. Der Japaner erhielt als Entschädigungssatz 88 Mark pro Tag.

Tödliche Hilfe

lz. München

Seine Hilfsbereitschaft mußte der bayerische CSU-Landtagsabgeordnete Rudolf Kluger, 49, mit dem Leben bezahlen. Der Vater von vier Kindern wollte nachts auf der Autobahn nahe seinem Heimatort Memmingen einer Autofahrerin Pannenhilfe leisten, als ein weiterer Wagen auf die am Standstreifen mit eingeschalteten Warnlichtern abgestellten Fahrzeuge prallte. Drei Personen erlitten schwere Verletzungen. Der Getötete gehörte dem Landtag seit 1970 an.

Rammbock-Methode

dpa, Kreuzlingen

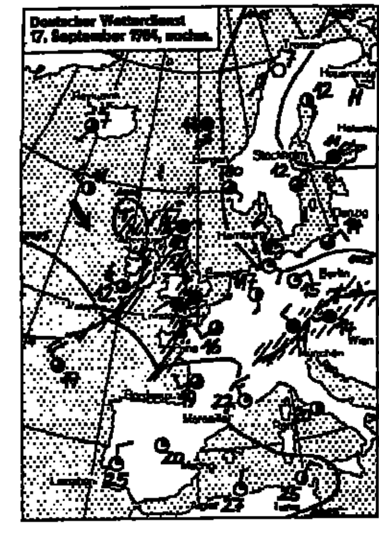
Die Gangster-Methode, Juweliergeschäfte mit Hilfe von Autos aufzurammen und anschließend auszuräumen, ist erneut in der Schweiz kopiert worden. Am Sonntag morgen haben drei Unbekannte dabei Schmuck und Uhren im Wert von rund 120 000 Mark erbeutet.

ZU GUTER LETZT

Labrador-Retriever-Welpen, aus Champignon-Zucht, Anfang Oktober abzugeben. Aus der Wochenendausgabe (15./16. September) des Bonner General-Anzeiger.

WETTER: Nur im Westen Regen

Wetterlage: Tiefausläufer über den britischen Inseln streifen den Westen Deutschlands. Der Osten und Norden verbleiben dagegen noch im Einfuß eines Hochdruckgebietes über der Ostsee.



Vorhersage für Dienstag:
Im Westen bei starker Bewölkung zeitweise Regen, Temperaturen um 15, nachts um 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Ost. Im mittleren und östlichen Deutschland wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei, Temperaturen nahe 18, nachts 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Am Mittwoch Aufheiterungen und *meist niederschlagsfrei, im Alpenraum* Föhn, ab Donnerstag von Süden aufkommender Regen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	15°
Dresden	11°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	14°
Frankfurt	15°	Madrid	20°
Hamburg	15°	Mailand	15°
List/Sylt	14°	Mallorca	24°
München	11°	Moskau	14°
Stuttgart	13°	Nizza	22°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	17°	Paris	16°
Athen	27°	Prag	10°
Barcelona	22°	Rom	30°
Brüssel	15°	Stockholm	12°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	18°	Tunis	24°
Helsinki	11°	Wien	14°
Istanbul	27°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.03 Uhr, Untergang: 19.28 Uhr; **Mondaufgang:** 0.07 Uhr, Untergang: 16.51 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Scheinehe dank Londoner Marktlücke

SAD, London

In London kann man heiraten, ohne selbst vor dem Standesamt erscheinen zu müssen. Man läßt sich vertreten. Vorlage der Geburtsurkunde genügt. Aus dieser Praxis schlägt ein international operierendes Ehevermittlungssyndikat Kapital, das Asylbewerbern aus Ghana, die in deutschen Auffanglagern leben, zu einem deutschen Paß verhilft. Diesen „Ehevermittlern" ist Scotland Yard auf der Spur. Bisher konnten in London im Zusammenhang mit solchen Scheinehen 63 Personen, darunter auch Deutsche, festgenommen werden. Mindestens 222 solcher „Paß-Ehen" sollen so schon eingegangen worden sein.

Der politische Hintergrund ist simpel. Zu Hunderttausenden haben Ghanaer ihr krisengeschütteltes Land verlassen, beziehungsweise sind aus Nigeria ausgewiesen worden. Durch die Hintertür Ost-Berlin finden sie in der Regel Eingang nach Europa. Von dort nämlich werden sie bei ihrer Ankunft aus Accra nicht zurückgeschickt, sondern in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Diese Ghanaer, die dann in Lagern auf ihr Schicksal warten, bilden den „Heiratsmarkt" für die Bande, die in der Regel immer mit derselben Masche arbeitet: Ein Werber macht sich an einen Asylbewerber heran und „rekrutiert" ihn für das illegale Einbürgerungsverfahren. Der Scheinehen-Kandidat, hier mit fiktivem Namen Joseph Owango, übergibt dem Werber lediglich seine Geburtsurkunde und 4000 Mark „Vermittlungsgebühr". Die „Braut" für Joseph sucht und findet das Syndikat in Hamburg oder auch in Rauschgiftkreisen von Amsterdam. Sie wird vom dann vom Institut zum Heiraten nach London geschickt. Der Ausflug an die Themse geht in 48 Stunden über die Bühne. So schnell und unbürokratisch kann man sich vor einem Londoner Standesamt trauen lassen. In England gibt es keine Personalausweise. Einen Paß braucht nur, wer das Land verläßt.

Weiter: Die Ehekandidatin wird dann von Mitarbeitern des „Eheanbahnungs-Institutes" mit einem entsprechenden Partner aus Afrika zusammengeführt. Aus Afrika deshalb, weil er schwarz sein muß wie der in Deutschland wartende Joseph Owango, unter dessen Namen er das deutsche Mädchen heiratet. (Es genügt die Vorlage der Geburtsurkunde).

Die Rekrutierung von Braut oder Bräutigam für solche Scheinehen bereitet in England keine Schwierigkeiten. Dazu gibt es zu viele legal aus ehemaligen britischen Kolonien Eingewanderte, die glaubwürdig als Ghanaer posieren können.

Und wie geht's weiter? Die Hamburger Braut ist mittlerweile Frau Joseph Owango geworden. Ihr britischer Partner, der sich lediglich für die standesamtliche Zeremonie zur Verfügung gestellt hat, ist ausbezahlt worden und abgezogen. Frau Owango kehrt nach Deutschland zurück und besucht zum ersten Mal – ihren Scheinehemann Joseph. Zusammen gehen die beiden nun zur Behörde, wo der mit einer Deutschen „Verheiratete" Anspruch auf Ausstellung eines deutschen Passes hat.

Der letzte Akt dieses raffinierten „Einbürgerungsverfahrens" findet *dann, so schnell es geht, vor dem* Scheidungsrichter statt. Die Hälfte der 63 Verhafteten ist schon verurteilt worden – zwischen sechs und 15 Monaten.

Kalifornische Spitzenzungen testen deutschen Spitzenwein

Drei Weingüter zur Probe nach San Francisco eingeladen

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Zum ersten Mal hat die berühmte „California Wine Experience", einer der elitärsten Weinkennerzirkel der Welt, zu seiner jährlichen Festveranstaltung im feudalen Fairmont Hotel *in San Francisco vom 26. bis 29. Oktober* auch deutsche Spitzenweine einer eigenen Probe für würdig befunden.

Eingeladen wurden drei namhafte deutsche Weingüter. Jedes darf vier ausgesuchte Kreszenzen präsentieren. Den Schluß bilden natürlich drei Trockenbeerenauslesen – ein 1979er Wachenheimer Gerümpel Eiswein vom Weingut Bürklin-Wolf aus Wachenheim in der Pfalz, ein 1976er Graach Josephshöfer vom Weingut Reichsgraf von Kesselstatt in Trier an der Mosel und ein 1971er Hattenheimer Mannberg vom Weingut Freiherr Langwerth von Simmern in Eltville im Rheingau. Sämtliche vorgestellten Tropfen sind selbstverständlich Riesling-Weine, die in aller Welt als Spezialität des deutschen Weißweins angesehen werden.

Welche Auszeichnung mit dieser Einladung verbunden ist, zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1983. Damals präsentierte der illustren Runde Baron Eric de Rothschild persönlich Rotweine der verschiedensten Jahrgänge von seinem Bordeaux-Chateau *Lafitte*, der wohl berühmtesten Weinlage der ganzen Welt.

Die deutschen Spitzenweine, die zur Zeit übrigens Exportzuwächse von fast 50 Prozent verzeichnen, stellt im Fairmont Hotel der New Yorker Weinimporteur Peter Sichel vor. Dem Gremium, das über die Proben urteilen soll, gehören internationale Kapazitäten wie der Engländer Hugh Johnson (Autor des bekannten „Weinatlas") und sein Landsmann Michael Broadbent, der Weinexperte des Auktionshauses Christie's, an.

Die beiden übrigen Proben der diesjährigen „California Wine Experience" sind eine sogenannte Blindprobe mit 1974er Cabernet Sauvignons aus Kalifornien sowie ein Vergleich zwischen kalifornischen Chardonnays und Weißweinen aus der Bourgogne.